

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4-2021

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2021

Redaktionsnotiz	3
2021 gibt es mehrere Wahlen	4
Heinz Ahlreip: Bemerkungen zum bürgerlichen Superwahljahr	
Solidarität mit Palästina	6
KPD und offen-siv: Solidarität mit Palästina!	6
Nachlese zum 1. Mai	7
Geschichtliches und Aktuelles zum Ersten Mai: Internationaler	
Kampftag der Arbeiterklasse für Frieden und Sozialismus	7

offen-siv 4-2021

Rosa Luxemburg: Wie entstand die Maifeier? (Februar 1894)	7
Friedrich Engels: Vorwort des Manifestes der Kommunistischen	
Partei, Ausgabe 1890	9
W.I. Lenin: Der 1. Mai (Entwurf eines Flugblatts, April 1904) Rosa Luxemburg: Der Maigedanke auf dem Vormarsch (30. April	10
1913)	14
Kommunistische Organisation: Stellungnahme zum 1. Mai 2021 - Über die Notwendigkeit und den Weg zur Überwindung der Krise	
der Arbeiterbewegung	17
Cornelia Noack: Weiterleitung eines Berichts von Genossinnen	
und Genossen des revolutionären Jugendbundes über einen	
faschistischen Angriff am 1. Mai	23
Bericht des Revolutionären Jugendbundes	23
Yana Zavatsky: Der. 8. Mai 2021 - Tag der Befreiung vom	
Faschismus	26
Kommunistische Organisation (KO)	29
Referat zur 3. Vollversammlung der KO 2021	29
Vor 30 Jahren: Nordkorea zur Weltpolitik	51
Kim Jong Il: Vor 30 Jahren: Das sozialistische Werk verteidigen	
und weiterführen	51
Zur politischen Ökonomie des Sozialismus	55
Hermann Jacobs: aber gibt es auch "Geld ohne	
Warenproduktion?"	55
Beiträge zur Analyse des deutschen Imperialismus	62
Frank Flegel, Jürgen Geppert und IΦB: Der deutsche	
Imperialismus und die Frage seiner West- und/oder	
Ostorientierung. Das Handeln der deutschen Regierung, u.a. der	
Kampf um die Weltleitwährung	62
Heinz Ahlreip und Michael Kubi: Die ökonomischen und	
politischen Interessen des deutschen Imperialismus in Afrika	67
Über Erziehung	83
Heinz Ahlreip: 1762 erschien "Emile" von Rousseau	83
Kuba	85
Gregor Lenßen: Trotz marktwirtschaftlichem Kurs gilt die	
Notwendigkeit der Solidarität	85

86
86
88
91
91
93
95
95
00 00 01

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck, Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77 BIC: SPKHDE2HXXX: Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Wir legen Euch hiermit wieder ein prall gefülltes Heft vor. Zwei Themenkreise interessieren uns besonders: der 1. Mai, hier sowohl die Geschichte als auch die aktuelle Situation in Deutschland - und der deutsche Imperialismus. Aber auch Anderes hat Platz gefunden: Wahlen, Palästina, Nordkorea, sozialistische Ökonomie, Erziehung und das Hauptreferat der 3. Vollversammlung der Kommunistischen Organisation. Buch- bzw. Zeitschriftenbesprechungen und ein Blick in die Post unserer Leserinnen und Leser beschließen das Heft.

Dass Zeitungmachen Geld kostet, ist sicherlich nichts Neues. Trotzdem müssen wir darauf hinweisen, denn Ihr, unsere Leserinnen und Leser, seid diejenigen, die die Zeitschrift offen-siv am Leben halten.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

2021 gibt es mehrere Wahlen

Heinz Ahlreip. Bemerkungen zum bürgerlichen Superwahljahr

Friedrich Engels bemerkt 1886 in seiner Studie über Ludwig Feuerbach beiläufig, dass es das gewöhnliche Bewusstsein ist, dass seine geistige Nahrung aus den Zeitungen bezieht. Neun Jahre später hebt der proletarische Revolutionär in seiner Einleitung zu den von seinem Kampfgefährte Karl Marx 1850 verfassten 'Klassenkämpfe in Frankreich' hervor, dass die bürgerlichen Zeitungen ein ganz spezifisches Defizit aufweisen *müssen*. Die Artikelschreiber sind förmlich überfordert, zu ihren politischen Klassenkampfwiedergaben, die sie nicht als solche begreifen, in der Kürze der Zeit (eine Nacht) deren ökonomischen Hintergründe zu ermitteln und hervorzuheben. Das Wesentliche *muss* unterbleiben. Und das gewöhnliche Bewusstsein fragt auch nicht danach, weil die Massen nach der Vermittlung politischen Wissens auf Klippschulniveau dumpf gehalten werden.

Was 1895 nur für die Zeitungen galt, das gilt heute für die bürgerlichen Massenmedien (Zeitungen, Radio, TV, Internet ...) unisono. Mit Wissenschaft hat das alles nichts zu tun. In der 'tagesschau' zum Beispiel kommen die Worte Kapitalismus und Sozialismus so gut wie nicht vor. Was vorgelegt wird sind Kopien der chaotischen Mannigfaltigkeit der Oberfläche der spätbürgerlichen Gesellschaft, das beginnt mit der Wahl irgendeines Präsidenten und just zwischendurch mit der Geburt eines Pandas im Berliner Zoo und am Ende mit Ergebnissen von Fußballspielen, die von Millionären bestritten werden. Ir-

gendeine wissenschaftlich zu verwertende Substanz kann bei diesem widerlichen Faktenbrei, den man nur mit Brechreiz konsumieren kann, nicht vorliegen, da die unter den politischen Oberflächlichkeiten liegenden elementaren Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Krisengesetze ausgeblendet bleiben. Auch zeitlich, dazu würden 15 Minuten nicht ausreichen, aber das ist auch auf keinen Fall Sinn und Zweck des kapitalistischen Klassenfernsehens. Es ist ein Abklatsch, und ich wiederhole: Es ist das gewöhnliche Bewusstsein, das seine geistige Nahrung aus bürgerlichen Zeitungen bezieht. Die BILD Zeitung, zu der sich bürgerliche Politiker zwecks beabsichtigtem Wahlbetrugs mit Artikeln, die das Blaue vom Himmel versprechen, herablassen, richtet hier in der Seele des Volkes Verheerendes an und es ist das bewusst niedrig gehaltene politische Bewusstsein, das dann in diesem Superwahljahr zum Zuge kommt.

Lenin hat 1913, in den "Drei Quellen des Marxismus" (LW Bd. 19, S. 3) bemerkt, dass die Menschen in der Politik immer einfältige Opfer von Betrug und Selbstbetrug sind. Der Volksmund sagt richtig, Politik ist ein schmutziges Geschäft und sie verdirbt den Charakter. Das muss eigens in diesem Superwahljahr hervorgehoben werden. Die in diesem Land wissenschaftlich aufgeklärten Menschen dürfen sich an den Wahlabenden keineswegs zufrieden zurücklehnen und überheblich darüber schmunzeln, wie beflissen die betrügenden und betrogenen Moderatoren mit dem Horizont einer Zeitungsente die Zahlen nach den Kommata wie brandheiße Ware verabreichen.

Den Kommunistinnen und Kommunisten ist bewusst, dass bei bürgerlichen Parlamentswahlen das Volk immer Opfer von Betrug und Selbstbetrug ist. Aber es gibt die richtigen Ansätze im Volk: Politik verdirbt den Charakter und ist ein schmutziges Geschäft. Das ist der richtige Instinkt und den gilt es durch Aufklärung auf die Höhe des wissenschaftlichen, nicht länger gewöhnlichen Bewusstseins zu heben. Die kapitalistische Gesellschaft bedeutet für die große Mehrzahl des Volkes ein Dasein in einem Zustand pervertierten Menschseins, was eben den politischen Betrug einschließt. Der Kapitalismus muss überwunden werden, damit aus schmutzigen Wahlen saubere werden.

Solidarität mit Palästina

KPD und offen-siv: Solidarität mit Palästina!

Die Landesorganisation der KPD in NRW (und natürlich auch die Redaktion dieser Zeitschrift, d. Red.) solidarisiert sich mit dem gerechten Kampf der Palästinenser um Selbstbestimmung. Im Gegensatz zu vielen kleinbürgerlichen Linken in der BRD halten wir trotz aller Verleumdungen der bürgerlichen Presse am proletarischen Internationalismus fest.

Hier geht es um die nationale Frage. Palästina wird als Nation unterdrückt und die Verzweiflung der Bevölkerung ist groß. Diese Feststellung bringt mit sich, dass zum palästinensischen Widerstand (ob einem das nun gefällt oder nicht) auch islamische und nationalistische Gruppen gehören. Was mit der Nakba begann ist noch nicht beendet, da das palästinensische Volk noch immer unter der Besatzung leidet. Vertreibung, Schikanen und Militärschläge die immer wieder Tote fordern. gehören dazu.

Die jetzigen Proteste richten sich gegen die Angriffe auf die Al-Aksa-Moschee während eines hohen religiösen Feiertages, sowie die Vertreibungen der Palästinenser aus Jerusalem. Anders als von den bürgerlichen Medien und Politikern behauptet, ging der Tropfen, der das Fass zum überlaufen brachte, somit erneut von den Besatzern aus, die sich bewusst sein mussten, welche Konsequenzen eine derartige Provokation hat. Der Charakter des Staates Israel, der auf Apartheid beruht und nicht auf der Gleichberechtigung aller seiner Bewohner ist das Problem. Palästinenser werden als Bürger zweiter Klasse gesehen. Die systematische Vertreibung wird in der Zerstückelung der arabischen Siedlungen sichtbar. Im Gegensatz dazu ist Gaza ein großes, dicht besiedeltes Freiluftgefängnis.

Als deutsche Kommunisten sehen wir natürlich auch die Rolle des einheimischen Imperialismus, der unter anderem Israel mit Waffenlieferungen unterstützt. Uns ist bewusst, dass Israel nicht ohne Konsequenzen handeln könnte, wenn es nicht diese Unterstützung durch die NATO-Imperialisten hätte, deswegen ist es wichtig, das Proletariat in den imperialistischen Staaten über diese Verbindung aufzuklären.

Ein großer Teil der linken Bewegung in der Bundesrepublik bezieht in dieser Thematik eine offen reaktionäre Stellung. Dort stechen besonders die Antideutschen heraus mit einem zutiefst nationalistischen Charakter, im Grundsatz haben sie nichts gegen den Imperialismus, sondern unterstützten ihn und denunzieren den Widerstand dagegen. Wir sprechen diesen Elementen unsere tiefste Verachtung aus.

Wir fordern: die Einstellungen aller Kampfhandlungen, den sofortigen Rücktritt der israelischen Regierung und die Einleitung eines Dialoges zwischen auf beiden Seiten neu gewählten Vertretern. Schluss mit der Vertreibung und Besatzung!

Außerdem: Hände weg von der BDS-Bewegung! Sie ist keineswegs antisemitisch, sondern eine zivile Protestbewegung gegen die Besatzung.

Wir stellen fest, dass wir Palästina am besten helfen, wenn wir hier für den Sozialismus kämpfen, denn ein sozialistisches Deutschland wäre ein Freund aller unterdrückten Völker. So wie es historisch die DDR war, die den palästinensischen Widerstand unterstützte. Heute stehen wir in ihrer Tradition und kämpfen für ein sozialistisches Deutschland!

Nachlese zum 1. Mai

Geschichtliches zum Ersten Mai: Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse für Frieden und Sozialismus

Rosa Luxemburg: Wie entstand die Maifeier? (Februar 1894)

Der befreiende Gedanke, einen proletarischen Feiertag als Mittel zum Erlangen des achtstündigen Arbeitstages einzuführen, entstand zum erstenmal in Australien. Die dortigen Arbeiter beschlossen schon im Jahre 1856, einen Tag völliger Arbeitsruhe zu veranstalten, verbunden mit Versammlungen und Vergnügungen, als Manifestation zugunsten des achtstündigen Arbeitstages. Für den Tag dieser Feier wurde der 21. April bestimmt. Anfangs dachten die

australischen Arbeiter nur an eine einmalige Manifestation im Jahre 1856. Schon diese erste Feier übte jedoch einen so starken Eindruck auf die proletarischen Massen Australiens aus, wirkte so aufmunternd und agitatorisch, daß man beschloß, alljährlich diese Feier zu wiederholen.

In der Tat, was könnte der Arbeitermasse größeren Mut und Glauben an die eigenen Kräfte verleihen, als eine Massenniederlegung der Arbeit aus eigenem Willen. Was könnte den ewigen Sklaven der Fabrik und der Werkstätte besseren Mut verleihen, als die Musterung ihrer eigenen Truppen? So wurde auch der Gedanke der proletarischen Feier sehr schnell angenommen und begann sich aus Australien über andere Länder auszubreiten, bis er die ganze proletarische Welt eroberte.

Als erste folgten dem Beispiele der australischen Arbeiter die Amerikaner. Sie setzten im Jahre 1886 als Tag der allgemeinen Arbeitsruhe den 1. Mai fest. An diesem Tage verließen 200.000 von ihnen die Arbeit und forderten den achtstündigen Arbeitstag. Späterhin verhinderten die Regierungsverfolgungen die Arbeiter mehrere Jahre hindurch, diese Manifestation zu wiederholen. Im Jahre 1888 erneuerten sie jedoch ihren Beschluß und bestimmten für die nächste Feier den 1. Mai des Jahres 1890.

Inzwischen hatte sich die Arbeiterbewegung in Europa mächtig entwickelt und belebt. Ihren gewaltigen Ausdruck fand diese Bewegung durch den internationalen Arbeiterkongreß im Jahre 1889. Auf diesem Kongreß, der 400 Delegierte versammelte, wurde beschlossen, in erster Linie den achtstündigen Arbeitstag zu fordern. Worauf der Delegierte der französischen Gewerkschaften, der Arbeiter Lavigne aus Bordeaux, den Antrag stellte, man möge in allen Ländern diese Forderung durch einen allgemeinen Arbeiterfeiertag zum Ausdruck bringen. Da der Delegierte der amerikanischen Arbeiter die Aufmerksamkeit auf den gleichen Beschluß seiner Genossen in bezug auf den 1. Mai 1890 richtete, so setzte der Kongreß das Datum für den allgemeinen proletarischen Feiertag auf denselben Tag fest.

Die Arbeiter dachten eigentlich auch in diesem Falle, wie vor dreißig Jahren in Australien, lediglich an eine einmalige Manifestation. Der Kongreß beschloß, daß die Arbeiter aller Länder mit der Forderung des achtstündigen Arbeitstages am 1. Mai 1890 gemeinsam demonstrieren. Von einer Wiederholung der Feier in den darauffolgenden Jahren war nicht die Rede. Niemand

konnte natürlich voraussehen, wie glänzend die Ausführung dieses Gedankens gelingen werde und wie schnell sich dieser unter der Arbeiterklasse einbürgern werde. Es genügte jedoch, einmal die Maifeier im Jahre 1890 zu begehen, damit jeder sofort begriff und fühlte, die Maifeier müsse eine alljährliche und ständige Einrichtung sein.

Der 1. Mai verkündet die Losung des achtstündigen Arbeitstages. Aber auch nach der Erlangung dieses Zieles wird die Maifeier nicht aufgegeben. Solange der Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie und die Regierung währen wird, solange noch nicht alle Forderungen erfüllt sein werden, wird die Maifeier der alljährliche Ausdruck dieser Forderungen sein. Wenn aber bessere Zeiten dämmern werden und die Arbeiterklasse ihre Erlösung in der gesamten Welt erlangt haben wird, auch dann wird wahrscheinlich, zum Gedenken an die ausgefochtenen Kämpfe und an die erlittenen Leiden, die Menschheit den 1. Mai festlich begehen.

Quelle: **Sprawa Robotnicza** (**Arbeitersache**), Paris, Februar 1894. Aus dem Polnischen. https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1894/02/maifeier.htm

Friedrich Engels: Vorwort des Manifestes der Kommunistischen Partei, Ausgabe 1890

Denn heute, wo ich diese Zeilen schreibe, hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum erstenmal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer, unter einer Fahne und für ein nächstes Ziel: den schon vom Genfer Kongress der Internationale 1866 und wiederum vom Pariser Arbeiterkongress 1889 proklamierten, **gesetzlich festzustellenden, achtstündigen Normalarbeitstag**. Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, dass heute das Proletariat aller Länder in der Tat vereinigt ist. Stände nur Marx noch neben mir, dies mit eignen Augen zu sehn! London am 1. Mai 1890, F. Engels

Quelle: Vorwort zur deutschen Ausgabe des "Manifest der Kommunistischen Partei" von 1890

W.I. Lenin: Der 1. Mai (Entwurf eines Flugblatts, April 1904)

Genossen Arbeiter! Es naht der 1. Mai, der Tag, an dem die Arbeiter aller Länder ihr Erwachen zum bewußten Leben feiern, ihre Vereinigung im Kampf gegen jede Bedrückung und jede Knechtung des Menschen durch den Menschen, im Kampf für die Befreiung der Millionen Werktätigen von Hunger,. Elend und Erniedrigung feiern. Zwei Welten stehen einander in diesem gewaltigen Kampf gegenüber: die Welt des Kapitals und die Welt der Arbeit, die Welt der Ausbeutung und Sklaverei und die Welt der Brüderlichkeit und Freiheit.

Auf der einen Seite - ein Häuflein reicher Schmarotzer. Sie haben Fabriken und Werke, Arbeitsgeräte und Maschinen an sich gerissen. Sie haben Millionen Desjatinen von Land und Berge von Geld in ihr Privateigentum verwandelt. Sie haben die Regierung und das Heer gezwungen, ihre Diener, die treuen Wächter des von ihnen angehäuften Reichtums zu sein.

Auf der anderen Seite - Millionen Enterbter. Sie müssen bei den Reichen um Erlaubnis bitten, für sie arbeiten zu dürfen. Sie schaffen durch ihre Arbeit alle Reichtümer, selber aber plagen sie sich ihr ganzes Leben lang für ein Stückchen Brot ab, sie betteln um Arbeit wie um ein Almosen, unterhöhlen ihre Kraft und Gesundheit durch übermäßige Arbeit, hungern in den Elendshütten der Dörfer, in den Kellerlöchern und Dachstuben der großen Städte.

Und nun haben diese Enterbten und Werktätigen den Reichen und Ausbeutern den Krieg erklärt. Die Arbeiter aller Länder kämpfen für die Befreiung der Arbeit von der Lohnsklaverei, von Elend und Not. Sie kämpfen für die Errichtung einer Gesellschaft, in welcher die durch gemeinsame Arbeit erzeugten Reichtümer allen Werktätigen zugute kämen und nicht einem Häuflein Reicher. Sie wollen, daß der Grund und Boden, die Fabriken und Werke, die Maschinen in das Gemeineigentum aller Arbeitenden umgewandelt werden. Sie wollen, daß es keine Reichen und keine Armen gibt, daß die Früchte der Arbeit denen zufallen, die arbeiten, daß alle Errungenschaften des menschlichen Geistes, alle Verbesserungen in der Arbeit das Leben dessen verbessern, der arbeitet, und nicht als Werkzeug zur Unterdrückung des Arbeitenden dienen.

Der gewaltige Kampf der Arbeit gegen das Kapital hat die Arbeiter aller Länder riesige Opfer gekostet. Viel Arbeiterblut ist geflossen bei der Verteidigung des Rechtes auf ein besseres Leben und auf eine wirkliche Freiheit. Maßlos sind die Verfolgungen, denen die Regierungen die Kämpfer für die Arbeitersache aussetzen. Aber das Bündnis der Arbeiter der ganzen Welt wächst und erstarkt - allen Verfolgungen zum Trotz. Die Arbeiter schließen sich immer fester zu sozialistischen Parteien zusammen, die Anhänger der sozialistischen Parteien zählen schon nach Millionen, und Schritt um Schritt gehen sie unbeirrt dem vollständigen Sieg über die Klasse der kapitalistischen Ausbeuter entgegen.

Auch das russische Proletariat ist zu neuem Leben erwacht und hat sich zu diesem großen Kampf angeschlossen. Vorbei sind die Zeiten, da unser Arbeiter unterwürfig den Rücken krümmte, ohne einen Ausweg aus seinem Sklavendasein zu sehen, ohne einen Lichtstrahl in seinem Zuchthausleben zu sehen. Der Sozialismus hat diesen Ausweg gezeigt, und dem röten Banner folgten wie einem Leitstern Tausende und aber Tausende Kämpfer. Die Streiks zeigten den Arbeitern die Stärke des Zusammenschlusses, sie lehrten die Arbeiter, Widerstand zu leisten, sie zeigten, welchen Schrecken die organisierte Arbeiterschaft dem Kapital einjagt.

Die Arbeiter sahen mit eigenen Augen, daß die Kapitalisten und die Regierung von ihrer Arbeit leben und sich an ihr bereichern. In den Arbeitern erwachte das Streben nach gemeinsamem Kampf, nach Freiheit und nach Sozialismus. Die Arbeiter haben begriffen, welch böse und finstere Kraft die zaristische Selbstherrschaft ist. Die Arbeiter brauchen Bewegungsfreiheit für den Kampf, die zaristische Regierung aber bindet sie an Händen und Füßen. Die Arbeiter brauchen freie Versammlungen, freie Verbände, freie Bücher und Zeitungen, die zaristische Regierung aber unterdrückt jede freiheitliche Regung durch Gefängnis, Knute und 'Bajonett. In ganz Rußland erscholl der Ruf "Nieder mit der Selbstherrschaft!"

Immer häufiger ertönte dieser Ruf auf den Straßen, in den von vielen Tausenden besuchten Arbeiterversammlungen. Im Sommer des vorigen Jahres erhoben sich in ganz Südrußland Zehntausende von Arbeitern, sie erhoben sich zum Kampf für ein besseres Leben, für die Befreiung vom polizeilichen Joch. Bourgeoisie und Regierung erzitterten beim Anblick der furchtgebietenden Arbeiterarmee, die mit einem Schlage die ganze Industrie großer Städte

zum Stillstand brachte. Dutzende von Kämpfern für die Arbeitersache fielen unter den Kugeln der zaristischen Truppen, die gegen den inneren Feind eingesetzt wurden.

Doch keine Macht ist imstande, diesen inneren Feind zu besiegen, denn nur dank seiner Arbeit können sich die herrschenden Klassen und die Regierung halten. Es gibt keine Macht auf Erden, welche die Millionen Arbeiter niederringen könnte, die immer klassenbewußter werden, sich immer fester zusammenschließen und organisieren. Jede Niederlage der Arbeiter erzeugt neue Kämpferreihen, läßt breitere Massen zu neuem Leben erwachen und sich zu neuem Kampfe rüsten.

Rußland aber macht jetzt Ereignisse durch, die bewirken, daß dieses Erwachen der Arbeitermassen unweigerlich noch schneller und in noch größerem Ausmaß erfolgt, die verlangen, daß wir alle Kräfte anspannen, um die Reihen des Proletariats zu schließen und es auf einen noch entschlosseneren Kampf vorzubereiten. Der Krieg weckt das Interesse für politische Dinge und Fragen auch bei den rückständigsten Schichten des Proletariats. Der Krieg entlarvt immer klarer, immer anschaulicher, wie morsch das Regime der Selbstherrschaft, wie verbrecherisch die Bande der

Polizeischergen und Hofschranzen ist, die Rußland regiert. Unser Volk verelendet und stirbt Hungers im eigenen Land - und da hat man es in einen verheerenden und sinnlosen Krieg hineingehetzt, der um neue fremde Länder geführt wird, die von einer fremden Bevölkerung besiedelt sind und Tausende Werst entfernt liegen. Unser Volk leidet unter der politischen Sklaverei - und da hat man es in einen Krieg zur Versklavung neuer Völker hineingehetzt. Unser Volk fordert die Umgestaltung der politischen Verhältnisse im eigenen Land - und da lenkt man seine Aufmerksamkeit ab durch Kanonendonner am andern Ende der Welt. Doch die zaristische Regierung ist zu weit gegangen in ihrem Hasardspiel, in ihrer verbrecherischen Verschleuderung von Volksgut und ihrem Frevel an jungen Menschen, die an der Küste des Stillen Ozeans ihr Leben opfern müssen. Jeder Krieg erfordert eine Anspannung der Volkskräfte, aber der schwere Krieg gegen das zivilisierte und freie Japan erfordert von Rußland eine gigantische Anspannung. Und diese Anspannung fällt in eine Zeit, da das Gebäude der polizeilichen Selbstherrschaft unter den Schlägen des erwachenden Proletariats bereits zu wanken begonnen hat.

Der Krieg entblößt alle schwachen Seiten der Regierung, der Krieg reißt die falschen Aushängeschilder herunter, der Krieg offenbart die innere Fäulnis, der Krieg treibt den Aberwitz der zaristischen Selbstherrschaft so weit, daß er jedermann ins Auge springt, der Krieg zeigt allen die Agonie des alten Rußlands, des rechtlosen, unwissenden und getretenen Rußlands, des Rußlands, das in leibeigener Abhängigkeit von der Polizeiregierung verharrt.

Das alte Rußland stirbt. An seine Stelle tritt ein freies Rußland. Die dunklen Mächte, welche die zaristische Selbstherrschaft schützten, gehen unter. Doch nur das klassenbewußte, nur das organisierte Proletariat ist imstande, diesen dunklen Mächten den Todesstoß zu versetzen. Nur das klassenbewußte und organisierte Proletariat ist imstande, dem Volk die wahre, die unverfälschte Freiheit zu erkämpfen. Nur das klassenbewußte und organisierte Proletariat ist imstande, jedem Versuch, das Volk zu prellen, seine Rechte zu schmälern, es zu einem bloßen Werkzeug in den Händen der Bourgeoisie zu machen, Widerstand entgegenzusetzen.

Genossen Arbeiter! So laßt uns mit verzehnfachter Energie den nahenden Entscheidungskampf vorbereiten! Laßt uns die Reihen der sozialdemokratischen Proletarier enger schließen! Ihre Propaganda erfasse immer breitere Massen! Kühner entfalte sich die Agitation für die Arbeiterforderungen! Möge der Feiertag des 1. Mai uns Tausende neuer Kämpfer zuführen und unsere Kräfte in dem großen Kampf um die Freiheit des ganzen Volkes, um die Befreiung aller Werktätigen vom Joch des Kapitals verdoppeln!

Es lebe der achtstündige Arbeitstag!

Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Nieder mit der verbrecherischen und räuberischen zaristischen Selbstherrschaft!

Quelle: Lenin-Werke (LW) Band 7, S. 192-195

Rosa Luxemburg: Der Maigedanke auf dem Vormarsch (30. April 1913)

Mitten unter den wildesten Orgien des Imperialismus wiederholt sich zum vierundzwanzigsten Male der Weltfeiertag des Proletariats. Es ist ein gewaltiges Stück geschichtlichen Weges, was in diesem Vierteljahrhundert seit dem epochemachenden Beschluss der Maifeier zurückgelegt worden ist. Als zum ersten Mal die Maidemonstration ihren Einzug hielt, war die Vorhut der Internationale, die deutsche Arbeiterschaft, gerade daran, die Ketten eines schmachvollen Ausnahmegesetzes zu brechen und die Bahn einer freien gesetzlichen Entwicklung zu betreten. Die Periode der langen Depression auf dem Weltmarkt, seit dem Krach der siebziger Jahre war überwunden und die kapitalistische Wirtschaft trat just in eine Phase glänzenden Aufschwungs, der fast ein Jahrzehnt dauern sollte. Zugleich atmete die Welt nach zwanzig Jahren ununterbrochenen Friedens von den Erinnerungen der Kriegsperiode auf, in der das moderne europäische Staatensystem seine blutige Taufe empfangen hatte. Die Bahn schien frei für eine ruhige Kulturentwicklung, Illusionen, Hoffnungen auf eine schiedlich-friedliche Auseinandersetzung zwischen der Arbeit und dem Kapital schossen in den Reihen des Sozialismus üppig in die Halme. Vorschläge, "dem guten Willen die offene Hand" entgegenzuhalten, bezeichneten den Beginn der neunziger Jahre, Verheißungen auf ein unmerkliches "allmähliches Hineinwachsen" in den Sozialismus bezeichneten ihr Ende. Krisen, Kriege, Revolutionen sollten überwundene Standpunkte, Kinderschuhe der modernen Gesellschaft gewesen sein, Parlamentarismus und Gewerkschaften, Demokratie im Staate und Demokratie in der Fabrik sollten die Pforte zu einer neuen, besseren Ordnung eröffnen.

Der Gang der Dinge hat unter allen diesen Illusionen fürchterliche Musterung gehalten. An Stelle der verheißenen sanften sozial-reformerischen Kulturentwicklung setzte seit Ende der neunziger Jahre eine Periode der gewalttätigsten, schärfsten Zuspitzung der kapitalistischen Gegensätze ein, ein Stürmen und Drängen, ein Krachen und Aufeinanderprallen, ein Wanken und Beben in den Grundfesten der Gesellschaft. Über die zehnjährige Periode wirtschaftlichen Aufschwungs quittierten in dem folgenden Jahrzehnt zwei erschütternde Weltkrisen. Auf zwei Jahrzehnte des Weltfriedens folgten in dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts sechs blutige Kriege und im ersten des neuen vier blutige Revolutionen. Statt der Sozialreformen – Umsturzvorlagen,

Zuchthausvorlagen und Zuchthauspraxis, statt der industriellen Demokratie – der gewaltige Zusammenschluss des Kapitals in Kartellen und Arbeitgeberverbänden und die internationale Praxis der Riesenaussperrungen. Und statt des neuen Aufschwungs der Demokratie im Staate ein elender Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie. In Deutschland allein haben die Schicksale der bürgerlichen Parteien seit den neunziger Jahren gebracht: das Aufkommen und alsbaldige hoffnungslose Zerrinnen der Nationalsozialen, die Zersplitterung der freisinnigen Opposition und die Wiedervereinigung ihrer Splitter im Morast der Reaktion, endlich die Umwandlung des Zentrums aus einer radikalen Volkspartei in eine konservative Regierungspartei. Und ähnlich waren die Verschiebungen in der Parteientwicklung anderer kapitalistischer Länder. Überall sieht sich die revolutionäre Arbeiterschaft heute allein einer geschlossenen feindseligen Reaktion der herrschenden Klassen und ihren tückischen Streichen gegenüber, auf sich allein gestellt.

Das Zeichen, unter dem sich diese ganze Entwicklung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet vollzogen hat, die Formel, auf die sich ihre Ergebnisse zurückführen lassen, heißt: Imperialismus. Kein neues Element, keine unerwartete Wendung ist es in der allgemeinen historischen Bahn der kapitalistischen Gesellschaft. Rüstungen und Kriege, internationale Gegensätze und Kolonialpolitik begleiten die Kapitalgeschichte von ihrer Wiege an. Es ist die äußerste Steigerung dieser Elemente, ein Zusammenrücken, ein gigantisches Aufstürmen dieser Gegensätze, was eine neue Epoche im Werdegang der heutigen Gesellschaft ergeben hat. In dialektischer Wechselwirkung, zugleich Folge und Ursache der gewaltigen Kapitalakkumulation und der mit ihr gegebenen Verschärfung und Zuspitzung des Gegensatzes im Innern zwischen dem Kapital und der Arbeit, auswärts zwischen den kapitalistischen Staaten, hat der Imperialismus die Schlussphase, die gewaltsame Weltaufteilung durch das stürmende Kapital eröffnet. Eine Kette unaufhörlicher, unerhörter Rüstungen zu Lande und zu Wasser in allen kapitalistischen Staaten um die Wette, eine Kette blutiger Kriege, die von Afrika auf Europa übergegriffen haben und jeden Augenblick den zündenden Funken zu einem Weltbrand abgeben können, dazu seit Jahren das nicht mehr zu bannende Gespenst der Teuerung, des Massenhungers in der ganzen kapitalistischen Welt, - das sind die Zeichen, unter denen der Weltfeiertag der Arbeit nach bald einem Vierteljahrhundert seines Bestehens heraufzieht. Und jedes dieser Zeichen ist ein flammendes Zeugnis für die lebendige Wahrheit und die Macht der Ideen der Maifeier.

Der geniale Hauptgedanke des Maifestes, das ist das eigene unmittelbare Auftreten der proletarischen Massen, das ist die politische Massenaktion der Millionen Arbeitenden, die sonst im parlamentarischen Alltag, getrennt durch staatliche Schranken, meist nur durch den Stimmzettel, durch Wahlen ihrer Vertreter dem eigenen Willen Ausdruck verleihen können. Der ausgezeichnete Vorschlag des Franzosen Lavigne auf dem Internationalen Kongress in Paris legte diesen parlamentarischen indirekten Willenskundgebungen des Proletariats eine direkte internationale Massenkundgebung: die Arbeitsniederlegung als Demonstration und Kampfmittel für den Achtstundentag, den Weltfrieden und den Sozialismus hinzu.

Und in der Tat: welchen Aufschwung hat dieser Gedanke, hat diese neue Kampfform in dem letzten Jahrzehnt genommen! Der Massenstreik ist zur international anerkannten, unentbehrlichen Waffe des politischen Kampfes geworden. Als Demonstration, als Kampfwaffe kehrt er in unzähligen Formen und Schattierungen in allen Ländern seit bald fünfzehn Jahren wieder. Als Zeichen der revolutionären Wiederbelebung des Proletariats in Russland, als zähes Kampfmittel in der Hand des belgischen Proletariats hat er soeben erst seine lebendige Macht bewährt. Und die nächste brennendste Frage Deutschlands: das preußische Wahlrecht, weist von selbst durch seine bisherige Versumpfung auf eine steigende Massenaktion des preußischen Proletariats bis zum Massenstreik als die einzige mögliche Lösung hin.

Kein Wunder! Die ganze Entwicklung, die Gesamttendenz des Imperialismus im letzten Jahrzehnt führte dahin, der internationalen Arbeiterklasse immer deutlicher und greifbarer vor die Augen zu führen, dass nur das eigene Auftreten der breitesten Massen, ihre eigenen politischen Aktionen, Massendemonstrationen, Massenstreiks, die früher oder später in eine Periode revolutionärer Kämpfe um die Macht im Staate ausmünden müssen, die richtige Antwort des Proletariats auf den unerhörten Druck der imperialistischen Politik abgeben können. In diesem Augenblick des Rüstungswahnsinns und der Kriegsorgien ist es nur die entschlossene Kampfstellung der Arbeitermassen, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu machtvollen Massenaktionen, was den Weltfrieden noch erhalten, drohenden Weltbrand noch hinausschieben kann. Und je mehr der Maigedanke, der Gedanke der entschlossenen Massenaktio-

nen als Kundgebung des internationalen Zusammenschlusses und als Kampfmittel für den Frieden und für den Sozialismus auch in dem stärksten Trupp der Internationale, in der deutschen Arbeiterschaft, Wurzel schlagen wird, um so größere Gewähr haben wir, dass aus dem früher oder später unvermeidlichen Weltkrieg eine endgültige und siegreiche Auseinandersetzung zwischen der Welt der Arbeit und der des Kapitals sich ergeben wird.

Quelle: Erschienen in der "Leipziger Volkszeitung" am 30. April 1913. Nach Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Band 3, Berlin/DDR, 1978, S. 191-194

Kommunistische Organisation: Stellungnahme zum 1. Mai 2021 - Über die Notwendigkeit und den Weg zur Überwindung der Krise der Arbeiterbewegung

Ohne Kommunistische Partei ist der Kampf der Arbeiterklasse ziellos und wird auch im Kleinen immer wieder verloren gehen.

Wir brauchen keine Utopien, sondern einen konkreten Weg zur Macht der Arbeiterklasse. Wer keine klare Perspektive auf den Sozialismus hat, muss sich auf Reformforderungen beschränken oder mit radikalen Phrasen in die Irre führen.

Wer den Kampf in den DGB-Gewerkschaften ablehnt, serviert der Arbeiterklasse Illusionen. Wer sich an den Opportunismus der Gewerkschaftsführung anpasst, kann den Kampf nicht führen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt: Die Gewerkschaften sind nicht die Kampforganisationen, die die Arbeiterklasse braucht. Die sozialdemokratische Führung hat die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals im Blick und setzt die Spaltung der Klasse fort.

In der Corona-Pandemie, die besonders die Arbeiterklasse trifft, trägt die Gewerkschaftsführung den Kurs der Regierung mit und überlässt es weitgehend den Betriebsräten, für Maßnahmen zu sorgen. Der Schutz vor Infektionen wird dem Ziel untergeordnet, das Geschäft am Laufen zu halten. Die Strategie der "kontrollierten Durchseuchung" wird akzeptiert. Scheinzugeständnisse wie das "Recht auf Home-Office" und die Verpflichtung der Unternehmen, den Arbeitern Tests anzubieten, deren Umsetzung nicht kontrolliert wird, sollen beruhigen.

Durch die Wirtschaftskrise steigt die Arbeitslosigkeit, die Löhne vor allem der einfachen Arbeiter sinken und größere Teile der Arbeiterklasse sind von Armut und Existenzunsicherheit betroffen. Mit der Umstrukturierung zentraler Bereiche der Industrie werden hunderttausende Arbeitsplätze bedroht und das Kapital wird die Ausbeutung der Arbeitskraft durch Rationalisierung verschärfen.

Wie reagiert die Gewerkschaftsführung darauf? Durch lange Tarifabschlüsse mit sehr niedrigen oder keinen Lohnsteigerungen wird Ruhe an der Front der ökonomischen Auseinandersetzungen geschaffen. Der Tarifabschluss der IG Metall für die wichtigsten Branchen des deutschen Kapitals stellt einen weiteren Vorstoß zur Zerstückelung und Flexibilisierung dar. Damit wird die Kampfkraft der Arbeiterklasse weiter geschwächt und gespalten, sie wird noch direkter den Interessen der einzelnen Betriebe untergeordnet. Die "Transformation", die zu erheblichen Verwerfungen führen kann, soll durch die von den Arbeitern selbst bezahlte Arbeitszeitverkürzung "gestaltet" werden.

Dominanz der Sozialdemokratie

Die politische Dominanz der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften gründet sich darauf, dass Teile der Arbeiterklasse mit relativ besseren Bedingungen rechnen können. Sie sind die objektive Voraussetzung für den Opportunismus in der Arbeiterbewegung. In der Geschichte hat sich gezeigt, dass die Imperialisten aufgrund ihrer ökonomischen Stärke und ihrer Stellung in der innerimperialistischen Konkurrenz einen Teil der Arbeiterklasse mit Geld aus ihren Extraprofiten bestechen können. Dieser Teil der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wirkt objektiv als Agent der herrschenden Kapitalistenklasse in den Reihen des Proletariats. Ihre politische Organisationsform ist die Sozialdemokratie, und in den Gewerkschaften und den Betriebs- und Personalräten sitzt sie oft an den zentralen Schaltstellen.

Das Problem besteht nicht nur in den Führungen, die einfach etwas durchsetzen. Das Bewusstsein weiter Teile der Basis ist davon geprägt, dass die eine oder andere Form der Klassenzusammenarbeit richtig sei und die Spaltung der Klasse hingenommen wird.

Zugleich sind einige Teile der besser gestellten Schicht der Arbeiterklasse selbst unter Druck und durch die Entwertung ihrer Arbeitskraft vom Abstieg gefährdet. Die Versprechen der Sozialdemokratie auf eine Verbesserung der Lage wirken weniger. Die herrschende Klasse versucht, durch Verhetzung und Verbreitung chauvinistischer Ideologie die Arbeiter an sich zu binden.

Spaltung der Klasse

Die Gewerkschaftsführungen befördern die Spaltung durch die Isolierung und Neutralisierung der Teile der Klasse, die von stagnierenden Löhnen, Rationalisierung, Verarmung und Niedriglohn betroffen sind. Diese Teile der Klasse sind aber meistens nicht organisiert, vor allem auch nicht politisch. So kann die Arbeiteraristokratie ihren Einfluss ungehindert, ohne Gegenwehr, ausüben. Das heißt nicht, dass es in den DGB-Gewerkschaften keinerlei Organisierung der betroffenen Arbeiter gibt und alle Gliederungen gleichermaßen diesen Kurs tragen. Allerdings wird jede Regung von Arbeitern, die gegen die sozialpartnerschaftliche Politik eine Politik der Konfrontation mit dem Kapital einfordern, im Keim erstickt, desorganisiert oder in ungefährliche Bahnen gelenkt. Diese Regungen zeigen die Bereitschaft zum Kampf, offenbaren aber auch den fast gänzlichen Mangel an strategischen und taktischen Überlegungen im Kampf mit dem Kapital und seinen Agenten in der Arbeiterklasse.

Wie und wozu organisieren?

Die Frage, welche Teile der Arbeiterklasse organisiert sind und welche Teile in ihnen das Sagen haben, ist keine beliebige – es ist eine zentrale politische Frage für den Kampf in den Gewerkschaften. In den Gewerkschaften politisch für eine klassenkämpferische Orientierung wirken zu wollen, ohne diese Frage auch nur im mindesten beantworten zu können, mündet entweder im Einrichten im gewerkschaftlichen Apparat, in der Rolle des "linken Kritikers" oder in Aktionismus und Kampagnenpolitik.

Die DGB-Gewerkschaften

Eine der zentralen Fragen ist das Verhältnis zu den DGB-Gewerkschaften als aktuell größte Organisationen der Arbeiterklasse. Scheinradikale Parolen gegen die DGB-Gewerkschaften mögen zwar vielleicht dem berechtigten Zorn einiger Arbeiter entsprechen, aber sie lenken ihn ins Nichts. Illusionen in den Aufbau von unabhängigen Arbeiterzirkeln oder "freien Gewerkschaften" umgehen die politisch gestellte Frage. Sie ignorieren, dass die DGB-Gewerkschaften Organisationen der Arbeiterklasse sind, die sie im harten

Kampf aufgebaut hat, und in denen um die politische Orientierung gerungen werden muss.

Die kämpferischen Teile der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften erkennen die politisch verräterische Rolle der Führung und zugleich die Notwendigkeit, sich in möglichst großen und einheitlichen Organisationen zusammenzuschließen. Ihr politisches Problem, wie der Kampf in den Gewerkschaften organisiert werden kann, wird missachtet, wenn man auf den Austritt aus den DGB-Gewerkschaften und den Aufbau kleiner Zirkel setzt.

Zugleich sind Illusionen in die DGB-Gewerkschaften ein Hindernis für das Führen der Kämpfe. Sie übersehen, dass große Teile der Klasse nicht organisiert sind und dass die DGB-Gewerkschaften keine Einheitsgewerkschaften, sondern de facto sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften sind. Es ist richtig und notwendig, eine möglichst einheitliche Organisierung der Arbeiter anzustreben und in diesem Sinne das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu verteidigen. In konkreten Auseinandersetzungen zeigt sich aber, dass eine Antwort auf den Opportunismus gefunden werden muss, um zu verhindern, dass weitere Teile von den Gewerkschaften abgestoßen werden.

Gewerkschaftlicher Kampf und Sozialismus

Das Verhältnis zu den DGB-Gewerkschaften und überhaupt zur Organisierung der Massen ist vom politischen Ziel nicht zu trennen. Das Ziel der Sozialdemokratie ist der Klassenkompromiss. Um diesen herzustellen, muss sie den gewerkschaftlichen Kampf auf die Ebene der Tagesforderungen und Reformen beschränken und durch Scheinzugeständnisse am Leben erhalten. Ein direktes oder indirektes Bündnis mit den politischen Kräften der Sozialdemokratie – SPD und Linkspartei – anzustreben, hindert daran, den Kampf gegen sie in den Gewerkschaften führen zu können. Damit wird man die Dominanz bestimmter Teile der Klasse und die eigene Isolation von der Arbeiterklasse nicht überwinden können.

Die Frage beantworten, wohin der Kampf führen muss

Wenn der gewerkschaftliche Kampf nicht vom politischen Kampf, also vom Klassenkampf, abgetrennt werden kann, dann kann er auch nicht von der revolutionären Strategie des Kampfes abgetrennt werden. Er kann nicht vom Ziel des Klassenkampfes, dem Sozialismus, abgetrennt werden, ohne dass die

Arbeiterklasse gespalten, niedergehalten, irregeführt wird oder im schlimmsten Falle harte Niederlagen erleiden muss. Der Klassenkampf wiederum kann nicht vom Inhalt des Zieles isoliert werden. Für die heutigen Kämpfe ist es zentral zu verstehen, wohin die Kämpfe steuern müssen: Wie soll die Revolution vor sich gehen? Was heißt Sozialismus? Das sind wichtige strategische Fragen für die Führung der Kämpfe hier und heute. Wer sie in die weite Ferne schiebt, wer sie falsch beantwortet oder der Arbeiterklasse vorenthält, wird letztlich die Klasse nicht auf ihre Aufgaben vorbereiten.

Wenn der Sozialismus in eine utopische Vorstellung verwandelt wird, die erst nach einer Weltrevolution stattfinden kann und in scharfem Kontrast zum real existierenden Sozialismus der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten dargestellt wird, dann wird die Arbeiterklasse zum Verharren im Kapitalismus gezwungen, weil sie ein praktisch unerreichbares Ziel anstrebt. Die Verteufelung und Bekämpfung des real existierenden Sozialismus entweder als "Sozialimperialismus" oder als "stalinistische Bürokratendiktatur" ist nicht nur falsch und unwissenschaftlich, sondern sie verwehrt der Arbeiterklasse den Zugang zur Erkenntnis ihrer eigenen Geschichte, sowohl was die Erfolge als auch was die Niederlagen anbetrifft und verhindert damit den Weg zu einer konkreten Strategie zum Sozialismus und fabuliert nur vom "wahren Sozialismus".

Eine Verschiebung der Antwort ist es, wenn der Sozialismus erst nach einer undefinierten Übergangsetappe in Form einer "echten Demokratie" erreicht werden soll und damit die Machtfrage ungenau bleibt. Oder wenn der Sozialismus als eine andere Variante der Marktwirtschaft vermittelt und die zentrale Planwirtschaft als unmöglich erklärt wird. Dann muss die Arbeiterklasse in den grundsätzlichen Widersprüchen des Kapitalismus gefangen bleiben und wird sich nicht von reformistischen Ideen eines "gesteuerten" oder demokratisierten Kapitalismus befreien können.

Die Rolle der Kommunistischen Partei

Der ökonomische Kampf ist nicht vom politischen zu trennen und man kann sie auch nicht "nacheinander" führen. Wer die Arbeiterklasse auf den ökonomischen Kampf reduzieren will, überlässt sie der politischen Führung durch die bürgerliche Klasse und führt auch die "kleinen Kämpfe" kurz- oder mittelfristig in die Niederlage.

Ohne Kommunistische Partei, die den Kampf auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus anführt, kann die Arbeiterklasse das Niveau der Einzelkämpfe nicht überwinden und die Gewerkschaften nicht zu Kampforganisationen formen. Diejenigen, die die Gewerkschaften klassenkämpferischer wollen, müssen sich politisch organisieren und den Arbeitern auch sagen können, wie sie sich organisieren sollen. Das Ziel und die Art der Organisation ist dabei nicht beliebig.

Wenn die Organisierung des bewusstesten Teils des Proletariats in der Kommunistischen Partei und ihre zentrale, führende Rolle abgelehnt werden, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen, auf der Ebene der Tageskämpfe zu bleiben und politisch der Bourgeoisie ausgeliefert zu bleiben. Wenn die bewusstesten Arbeiter als "radikaler" Teil in sozialdemokratischen Parteien agieren sollen, werden sie nur deren Anhängsel bleiben und keine eigenständige politische Kraft werden. Wenn sie sich als lose Gruppen auf spontaner Ebene organisieren sollen, werden sie zersplittert und ohne Kopf der geballten Macht der herrschenden Klasse gegenüberstehen. Wenn die Erkenntnisse der Arbeiterbewegung über ihre notwendige Organisationsform im Imperialismus – die Partei neuen Typs – abgelehnt werden, kann die Organisation, auch wenn sie sich Partei nennt, nicht den Zweck der Kampforganisation erfüllen.

Die Orientierung auf die "Selbstbewegung" der Arbeiter als Argument gegen die "Bevormundung" durch die Partei überlässt die Arbeiter – im Namen der Arbeiter – ohne politische Führung der Herrschaft des Kapitals. Unter Losungen des "Anti-Autoritarismus" liefert diese Vorstellung die Arbeiterklasse der Autorität der Bourgeoisie aus und entfremdet sie von ihrer politisch notwendigen Organisation.

Es gibt zahlreiche Kämpfe der Arbeiterklasse in Deutschland, die aufzeigen, dass es Potential für eine klassenkämpferische Ausrichtung der Gewerkschaften gibt. Um dieses Potential auszuschöpfen und zu entfalten, ist die Kommunistische Partei notwendig. Diesen Anspruch erfüllt im Moment keine Organisation. Deshalb ist die Frage der Organisierung der Kommunisten die aktuell wichtigste der Arbeiterbewegung – sie muss praktisch beantwortet werden.

Wir haben einen Klärungs- und Aufbauprozess eingeleitet, um die Kommunistische Partei in Deutschland zu formieren. Um die nächsten konkreten Schritte auf dem Weg zur Partei zu bestimmen und sie ins Verhältnis sowohl

zu uns als auch zur kommunistischen und Arbeiterbewegung zu setzen, werden wir demnächst Thesen zu unserem Selbstverständnis veröffentlichen. Diese wollen wir öffentlich diskutieren und damit die Auseinandersetzung um die Frage der politischen Organisation schärfen.

Cornelia Noack: Weiterleitung eines Berichts von Genossinnen und Genossen des revolutionären Jugendbundes über einen faschistischen Angriff am 1. Mai

Guten Tag Genossen, denke dieser Bericht sollte Einzug in die Zeitschrift finden, daß nie wieder wer sagen muß "... als sie mich abholten, war keiner mehr da, der protestieren konnte". MkG Cornelia

Wir leiten an Euch den Bericht von GenossInnen des "Revolutionären Jugendbund" (revjugendbund@gmail.com) weiter. Es geht um einen Vorfall am 1. Mai, der wieder einmal zeigt, wie geschmiert die Zusammenarbeit von Polizei und Nazi-FaschistInnen funktioniert. Sind wir alle solidarisch mit den GenossInnen und der Kampf geht weiter! Trotz alledem!

Bericht des Revolutionären Jugendbundes

Wie angekündigt schicken wir euch unseren Bericht über den gestrigen Vorfall. Auf Instagram wurde der Beitrag aufgrund eines angeblichen Verstoßes gegen die Richtlinien gelöscht. Wir haben ihn allerdings wieder hochgeladen, d.h. er kann über Social Media verbreitet werden.

https://www.instagram.com/p/COXr3DQFPZL/

 $https://www.facebook.com/Revolutionaerer. Jugendbund/photos/a. 165378624\\4898126/2934695703473834/$

Hier der Bericht:

Im Folgenden berichten wir vom Naziangriff auf einen Genossen und eine Genossin, der sich heute am 1.Mai nach der antifaschistischen Protestaktion am Essen-West Bahnhof ereignet hat:

Unzählige Polizeikräfte haben heute beim 1.Mai in Essen mit vollem Einsatz die Demonstration der Nazis unterstützt, während hunderte Antifaschist:innen lautstark dagegen protestiert haben. Unter dem Schutz der Polizei konnten die

NPD und DIE RECHTE Anhänger:innen mit HKN KRZ (= Hakenkreuz) T-Shirts und Reichsflaggen ihre faschistische Hetze verbreiten. Nachdem die Nazi-Demo aufgelöst wurde, trafen ein Genosse und eine Genossin, die allein unterwegs waren, an der Frohnhauser Straße auf zwei Faschisten. Beim Vorbeigehen entstand ein kurzer Wortwechsel, woraufhin einer der Faschisten – ein bekanntes Gesicht der Steeler Jungs – aggressiv auf den Genossen losging. Ohne weiteren Kommentar holte der etwa zwei Köpfe größere und deutlich breitere Faschist zu einer Kopfnuss aus und verletzte den Genossen im Gesicht, sodass er aus dem Mund blutete. Anschließend ging er auf die Genossin los, welche jedoch schnell zurückwich. Die Faschisten zogen sich dann vom Angriffsort zurück. Die Genoss:innen befanden sich immer noch ohne Hilfe am Ort. Lediglich an der Kreuzung Frohnhauser Str./Kerckhoffstr. sahen die Genoss:innen Polizisten am Streifenwagen und machten sie auf den Angriff aufmerksam. Doch die Polizei erwiderte nur, dass sie mit einer anderen Sachlage beschäftigt sei und keine Zeit dafür habe. Damit der Angreifer nicht entkommt, hielt die Genossin weiter hinten an der Frohnhauser Str. einen anderen Polizeiwagen an und rief, dass der Faschist sie angegriffen und verletzt habe. Die Polizei forderte den Faschisten auf, Stellung zu beziehen. Der Faschist rief währenddessen in Anwesenheit der Polizei den Genoss:innen zu, dass sie die Sache ohne Polizei "richtig klären" könnten.

Während der etwa eineinhalbstündigen Ermittlung an der Straße ereignete sich Folgendes:

- Der Faschist erstattete tatsächlich eine Gegenanzeige wegen Körperverletzung und beschuldigte die Genoss:innen, ihn körperlich angegriffen zu haben.
- Nach kurzer Aufnahme der Aussagen der Genoss:innen widmete sich die Polizei ausgiebig der Schilderung des Faschisten, der genauso wie zwei andere Polizisten keine Maske trug.
- Trotz der aufgeplatzten Lippe und des blutenden Mundes des Genossen als auch des Blutabdrucks an der Stirn des Angreifers zweifelte die Polizei an der klaren Sachlage und sprach von "Aussage gegen Aussage". Auf den augenscheinlich immer noch geschockten Genossen übte einer der Polizisten besonderen Druck aus und äußerte, dass er bei Falschaussagen ein Jahr ins Gefängnis könnte.
- Derselbe Polizist zweifelte an der Aussage des Genossen, dass man den Faschisten klar aufgrund seiner Kleidung erkennen könnte. Die Genoss:innen

nahmen allgemein des Öfteren wahr, dass der Polizist die Situation zu Gunsten des Faschisten relativierte.

- Der angegriffene Genosse fühlte sich über die ganze Zeit nicht wirklich ernstgenommen und hatte den Eindruck, dass die Polizei ihn mit starkem Vorbehalt konfrontierte.
- Während vier Genoss:innen, die zur Hilfe kamen, sich den Angegriffenen nicht nähern durften, hielt ein Wagen mit zwei Freunden des Faschisten in zweiter Reihe neben dem Polizeiwagen an. Einer der Freunde durfte sich komplett vermummt zum Faschisten und den beiden Polizisten gesellen.
- Aus Kommentaren der Polizisten untereinander wurde deutlich, dass die Genoss:innen pauschal als "türkischstämmig" und "Antifa" gesehen wurden.
- Im Laufe der Ermittlungen verstärkte die Polizei ihre Präsenz mit mehreren Mannschaftswagen deutlich und schirmte die zwei Genoss:innen vom Kontakt mit anderen ab.
- Kleine Info am Rande: Vor der Frohnhausener Polizeiwache bildete sich eine Schlange von Nazis, die die Toiletten der Wache zur Verfügung gestellt bekamen. Erneut wurde deutlich, dass der deutsche Staat Nazis und Rechte schützt und dass wir Antifaschist:innen und Menschen mit Migrationshintergrund uns bei Naziangriffen nicht auf die Hilfe von Staat und Polizei verlassen können. Wir verurteilen das Vorgehen der Polizei aufs Schärfste und wir vergessen auch nicht die vor kurzem aufgeflogenen rechten Chatgruppen Essener Polizisten, in denen Hitler verherrlichende, antisemitische und flüchtlingsfeindliche Inhalte verbreitet wurden. Wir rufen hiermit alle antifaschistischen Kräfte zur Solidarität mit den Genoss:innen auf! Lassen wir nicht zu. dass Antifaschist:innen und von Rassismus betroffenen Menschen selbst nach rechten Angriffen mit Repression gedroht wird, während Nazis geschützt werden. Der NSU-Terror, dessen jahrelange Vertuschung und die Kriminalisierung der Betroffenen selbst warnen uns. Verbreiten wir den heutigen Vorfall und stärken wir unsere Solidarität im Kampf gegen die Menschenfeindlichkeit.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Faşizme karşı omuz omuza!

Yana Zavatsky: Der. 8. Mai 2021 - Tag der Befreiung vom Faschismus

Was ist eigentlich "Faschismus" oder wie die bürgerlichen Medien immer sorgfältig schreiben, "Nationalsozialismus"?

Es gibt mehrere Parallelen zwischen den Entwicklungen in Italien, wo der Mussolini-Faschismus aufgestiegen ist und Deutschland in den 1920er und 1930er Jahren. In beiden Ländern entwickelten sich Industrie und Kapitalismus sehr stark, aber sie waren zu spät gekommen im Vergleich mit bereits aufgestiegenen imperialistischen Kräften wie USA, England und Frankreich. In Italien wie auch in Deutschland sehnten sich die Großkapitalisten nach eigenen Kolonien, die notwendig waren, um eine richtige Großmacht zu werden. Und die Arbeiterbewegung war in beiden Ländern so stark, dass das Proletariat von der Eroberung der Staatsmacht nicht weit weg war.

In beiden Fällen griffen die Großkapitalisten nach politischer Hilfe von Seiten der nationalistischen rechtskonservativen Parteien. In Italien nannte sich diese Bewegung "Faschismus", in Deutschland scheiterte der Versuch der Machtübernahme durch die Nationalisten (Kapp-Putsch) zur etwa gleichen Zeit und es bildete sich die so genannte "Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei", die 10 Jahre später an der Macht steht. Diese Phänomene sind aber der Natur nach gleich, deswegen werden sie von mehreren Geschichtsforschern auch gleich genannt: Faschismus.

Dem Mussolini-Faschismus in Italien ist es gelungen, nicht nur die eigene Arbeiterbewegung blutig zu unterdrücken, sondern auch wirklich Kolonien in Afrika für die italienischen Großherren zu erobern. Der deutsche Faschismus sollte, um den Appetit solcher Herren wie Thyssen oder Flick zu befriedigen, einen Weltkrieg anstiften, an dem Italien und auch als östliche imperialistische Macht Japan aus eigenen Interessen mitbeteiligt waren.

Die deutschen Kolonien sollten nach Hitlers Vision im Osten liegen, in ukrainischen und russischen Gebieten und das entsprach vollkommen dem Wunsch der deutschen Imperialisten. Die Verfolgung der Juden trug einen politischen Charakter, Hitler hat sie mit seinem Hass gegen den Kommunismus verbunden und sprach über die "Jüdisch-Bolschewistischen Verschwörung" gegen das deutsche Volk.

Aber im Osten, den gewünschten zukünftigen Kolonien, befand sich die Sowjetunion, der erste sozialistische Staat der Welt. Der erste Staat, der sich in einer höheren gesellschaftlichen Formation befand. Wenn man die marxistischen Wissenschaften nicht studiert hat, schien es einem leicht, so ein vor kurzem noch ganz rückständiges Land für den deutschen Imperialismus zu erobern. Laut dem Plan "Ost" sollte der Großteil der slawischen Bevölkerung einfach sterben (es existierte der Plan "Hunger", der vorsah, dass ein gewisser Teil der eroberten Bevölkerung durch Hunger sterben sollte), ein Teil nach Sibirien umgesiedelt wird und der Rest versklavt und von den deutschen Herren ausgebeutet wird. Alle sowietischen Juden, inklusive Greisen und Kindern, sollten sterben und dieser Plan wurde auf den von Faschisten eroberten Territorien umgehend durchgesetzt, als Teil des Holocaust. Gleichzeitig wurden Kommunisten und ihre Familien ermordet, sowie einfache Menschen aller Nationalitäten. Allein in Belarus wurden von den Faschisten mehr als 9.000 Dörfer niedergebrannt, die Hälfte davon mit den Bauern, die in den Häusern eingesperrt wurden. Ungefähr die gleiche Zahl an vernichteten Dörfer fällt auf die Ukraine und eine ähnlich hohe Zahl gab es von verbrannten russischen Siedlungen. Frauen wurden vergewaltigt, Menschen grauenhaft gefoltert. Die Wehrmacht war ebenso an Verbrechen beteiligt, auch wenn solche Aktionen meistens die Aufgabe der SS und Einsatzkommandos waren.

Aber die sozialistische Planwirtschaft ermöglichte es, vor dem Krieg in kurzer Zeit moderne Militärtechnik in großen Mengen zu produzieren und Arbeiter und Bauern zu Fliegern und Panzerfahrern auszubilden. Am Anfang des Krieges hat es die UdSSR geschafft, in kürzester Zeit die meiste Industrie aus dem Westen des Landes nach Osten zu evakuieren und wiederherzustellen; Munition und Technik wurden in immer größeren Mengen ununterbrochen produziert, dagegen konnte auch das ganze von Hitler aus dem versklavten Europa gezogene Militärpotential nicht standhalten.

Die Sowjetmenschen kämpften heldenhaft. Sie wussten, wofür sie kämpfen und sterben; sie hatten zum ersten Mal in der Geschichte ihr eigenes Land, welches ihnen echte Arbeiterdemokratie ermöglichte, Freiheit von Ausbeutung, Recht auf Arbeit und Erholung, Bildung und Medizin, eine bessere Zukunft für alle Menschen. Für dieses Land waren viele bereit zu sterben. So wurde ein junger Held namens Alexandr Matrosov weit bekannt: während des Kampfes hat er sich selbst auf eine feindliche Maschinengewehrstellung ge-

worfen, damit seine Genossen weiter voranschreiten konnten. Später haben die Geschichtsforscher festgestellt, dass die gleiche Heldentat noch von 444 sowjetischen Soldaten im Laufe des Krieges wiederholt wurde.

Der Sieg des sowjetischen Volkes war nicht zufällig, sondern gesetzmäßig, als Sieg einer neuen aufsteigenden Formation über den rückständigen Faschismus.

Wir vergessen weder die Opfer des Holocaust, 6 Millionen Juden und 500.000 Sinti und Roma, noch 27 Millionen Sowjetbürger, darunter waren "nur" 11 Millionen Soldaten und Offiziere. Man darf auch die chinesischen und koreanischen Opfer des japanischen Imperialismus nicht vergessen. Nach verschiedenen Einschätzungen sind in China 20 bis 37 (!) Millionen Menschen als Opfer der japanischen Aggression gefallen und der Sieg über das imperialistische Japan wird in China groß gefeiert.

Auch für das deutsche Volk war der Sieg über den Faschismus eine große Befreiung. Die Schrecken des Krieges, die grausamen Bombardierungen, der Hunger Und die besten und mutigsten Söhne und Töchter des deutschen Volkes wurden in Konzentrationslagern, Gefängnissen, ermordet oder mussten emigrieren – das alles hat der Faschismus dem Volk gebracht, das angeblich ein Herrenvolk werden sollte.

Faschismus bringt immer Elend und Schrecken, vor allem seinem "eigenen" Volk, das sehen wir auch an anderen, jüngsten Beispielen wie Chile oder der heutige Ukraine.

Die rote Fahne über dem Reichstag war die Fahne des Friedens und der Befreiung für das deutsche Volk. Ein Teil von diesem Volk durfte von diesem Moment an auch einen eigenen Staat, den Staat der Arbeiter und Bauern, die DDR aufbauen. Die Welt bekam 45 Jahre Frieden und wachsenden Wohlstand, auch wenn dieser Frieden durch den Kalten Krieg der Imperialisten bedroht wurde.

Wir feiern heute den Tag der Befreiung, den Tag des großen Sieges.

Und wer nicht feiert, der hat verloren.

Kommunistische Organisation (KO)

Referat zur 3. Vollversammlung der KO 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit fünf Monaten Verspätung findet an diesem Wochenende die dritte Vollversammlung der KO statt. Sie findet in einem neuen, ungewohnten Format statt, das wir hoffentlich nicht noch einmal wählen müssen. Sie ist angepasst an die neuen Gegebenheiten, an die Lage der Pandemie. Die herrschende Klasse in Deutschland ebenso wie in den meisten kapitalistischen Ländern weltweit und quasi allen westlichen Ländern schafft es nicht, die Probleme der Pandemie in den Griff zu bekommen. Wir können diese Probleme nicht ignorieren, auch wenn wir nicht in der Position sind, sie lösen zu können. Ganz konkret besteht zum Beispiel das Dilemma, dass wir uns einerseits lokal und bundesweit organisieren müssen und dies mit den Kontaktbeschränkungen kompliziert geworden ist. Darunter leidet die Kommunikation in der gesamten Organisation, es erschwert die Diskussion und es erschwert den Aufbau, den Klärungsprozess und die Massenarbeit. Andererseits sind die Kontaktbeschränkungen trotz der inkonsistenten und halbherzigen Pandemiebekämpfung der Regierung sinnvoll und wir halten sie, wo es möglich ist ein, aus Verantwortung gegenüber der Gesundheit aller Genossinnen und Genossen, unserer Mitstreiter vor Ort, unserer Familien und Kollegen.

Seit der zweiten Vollversammlung hat sich viel getan, wir kommen gleich auf die Entwicklungen zu sprechen. Was sich aber nicht geändert hat, das ist die Aufgabe, die sich den Kommunisten in Deutschland weiterhin stellt: Es ist die Aufgabe, die Voraussetzungen für eine kommunistische Partei in Deutschland zu schaffen und diese Partei aufzubauen. Wir sind als Organisation seit der Gründung 2018 einige Schritte dafür gegangen: wir haben die thematischen Arbeitsgruppen inhaltlich und organisatorisch aufgestellt, wir haben mit dem BolscheWiki eine erste Ausgangsbasis und Form für die Klärung geschaffen. Im politischen Beschluss zur Massenarbeit haben wir wichtige Prinzipien der Massenarbeit festgehalten, die trotz der ungelösten konkreten Probleme in der Praxis wertvoll bleiben. Wir haben zu Beginn dieses Jahres begonnen, einen ersten Entwurf der Grundlagenschule organisationsweit zu bearbeiten und wollen diese dann gemeinsam weiterentwickeln. Wir haben eine zwar kleine,

aber dennoch nicht zu vernachlässigende Ausstrahlungskraft mit unseren Publikationen entwickelt, insbesondere auch mit der Interviewreihe zur DDR und mit den regelmäßig erscheinenden Podcasts.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Coronapandemie unterstreicht dabei die Notwendigkeit des Sozialismus. Der Imperialismus schleppt sich von einer Krise in die nächste. Die fortschrittliche Seite der kapitalistischen Produktionsweise ist längst Geschichte, der Kapitalismus hat sich als Gesellschaftsformation überlebt. Er hat die Menschen aus den persönlichen Abhängigkeiten vorkapitalistischer Herrschaft gerissen, er hat Produktivkräfte entwickelt, die vor zweihundert Jahren undenkbar schienen, aber diesen Entwicklungen zugrunde lag immer die Verwertung des Mehrwerts auf der Basis von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des produzierten Reichtums. Es ist dieser Widerspruch, der sich fortbewegt hat und der nun mit derselben Zwangsläufigkeit, mit der er den Feudalismus abriss, sich selbst seine eigene Grundlage nimmt. Und ein Ausdruck davon ist es, wenn in Deutschland, einem der stärksten imperialistischen Staaten der Welt, die Pandemie nicht gestoppt wird. Es mag auch in kapitalistischen Staaten möglich sein, dies zu tun, wir kennen das Beispiel Neuseelands. Aber die Notwendigkeit der Kapitalverwertung wirkt wie eine Schwerkraft solchen Lösungen entgegen und deshalb sind sie auch in der Strategie der Pandemiebekämpfung selten gewesen. Mit Kuba gibt es ein sozialistisches Land, welches mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, die Menschen zu schützen und auch die bescheidenen, aber dennoch sehr beachtlichen Fähigkeiten in seinem biotechnologisch-medizinischen Sektor dafür einsetzt, um die Krankheit Covid-19 zu bekämpfen und einen Impfstoff zu entwickeln. Kuba gelang es so, die Pandemie weitestgehend in Schach zu halten.

Die Entwicklung der Organisation macht uns inzwischen deutlicher, wo wir grundsätzliche Probleme haben, wir müssen und wollen diese angehen. Das ist kein kleiner Schritt und daher ist auch der zentrale Vorschlag des Leitantrags darauf ausgerichtet: die kollektive Erarbeitung eines Selbstverständnisses soll uns in die Lage versetzen, unsere Kräfte besser zu fokussieren.

Wir wollen diesen Moment der VV3 auch nutzen, um uns die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre vor Augen zu führen. Auch wenn wir nicht an dem Punkt sind, dass wir stringent aus dieser Entwicklung ableiten können, welche Schritte die Organisation konkret in welchen Bereichen zu gehen hat,

halten wir es trotzdem für wichtig, diesen großen Blick zu entwickeln und auch zu schauen, inwiefern wir in diesen Einordnungen in einen größeren Zusammenhang eine gemeinsame Position haben.

2. Die ökonomische und politische Entwicklung

2.1 Bedeutsame Entwicklungen in der weltpolitischen Lage

2.1.1 Die Coronapandemie

Die weltweite ökonomische und politische Entwicklung der letzten Jahre können wir weder zeitlich in diesem Referat unterbringen, noch sind wir vermutlich als Organisation dazu in der Lage, sie umfassend zu analysieren. Wir wollen dennoch einige wichtige Punkte herausgreifen und einordnen.

Die Pandemie, die Ende 2019 ihren Ausgangspunkt hatte und im Frühjahr 2020 im Laufschritt so gut wie alle Länder dieser Welt ergriffen hat, diese Pandemie hat weitreichende ökonomische und politische Folgen, von denen einige vermutlich auch noch nicht ganz abzusehen sind. Aus den westlichen Ländern wurde die Ausbreitung des Virus Anfang 2020 zunächst noch belächelt, eindämmende Maßnahmen wurden auch nach den ersten bekannten Infektionen in europäischen Ländern nur auf absoluter Sparflamme ergriffen. Es wurde schnell klar, dass Maßnahmen, die lediglich auf die Isolierung von bekanntermaßen infizierten Menschen nicht ausreichen würde, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Die herrschende Klasse in Deutschland entschied sich de facto zu einer Strategie der stetigen Durchseuchung, eine Strategie, die von vornherein den Tod Tausender Menschen billigend in Kauf nahm. Zu keinem Zeitpunkt unternahm sie ernsthaft den Versuch, den Virus auszurotten. Sie war und ist allerdings darauf bedacht, die volkswirtschaftlichen und auch die ideologischen Schäden gering zu halten. Aus diesen Gründen wurden durchaus Maßnahmen neben den Quarantäneverordnungen ergriffen, so z.B. eine Maskenpflicht in unterschiedlichem Ausmaß eingeführt, und vor allem Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen verordnet. Diese Maßnahmen haben durchaus ihren ökonomischen Preis, das Bruttoinlandsprodukt sank in Deutschland 2020 das erste Mal nach zehn Jahren Wachstum wieder, und zwar gleich um 5 %, was an den letzten Einbruch in der Krise 2008/2009 von 5.7 % nahezu herankam. Es ist jedoch nicht die Menschenliebe der Kapitalisten, die sie zu solchen Taten treibt. Sie wissen, dass eine vollkommen unkontrollierte Durchseuchung der Bevölkerung erstens die Legitimation ihrer Herrschaft untergraben könnte, viel schlimmer aber noch, dass zweitens bei vollständiger Überfüllung von Intensivstationen und Überlastung des medizinischen Personals auch viele Menschen sterben würden, die im Räderwerk der arbeitsteiligen Produktion der westlichen Ökonomien eben nicht so einfach zu ersetzen wären. Die Politik der Herrschenden ist ein Balanceakt zwischen diesen Abgründen.

Ebenso wie die BRD sind weltweit Ökonomien unter Druck geraten. Im Krisenjahr 2009 gab es noch gegenläufige Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder: während die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien starke Einbrüche meldeten, verzeichnete China zwar einen leichten Wachstumsrückgang, das prozentuale Wachstum lag jedoch weiterhin bei 9.4 %. In der Summe sank das weltweite reale Bruttoinlandsprodukt nur minimal. Im Krisenjahr 2020 ist die Situation eine andere, auch wenn die Entwicklung der Länder stark ungleichmäßig verläuft: Chinas Wachstum war bereits 2019 auf gut 6 % zurückgegangen und zeigte 2020 einen sprunghaften Rückgang auf unter 2 %. Die neben China größten Volkswirtschaften der Welt USA, Japan und Deutschland erleben wiederum Einbrüche von ungefähr 5 %, andere Länder wie Großbritannien und Italien rechnen sogar mit einem Rückgang um ca. 10 %, und in der Summe sinkt diesmal auch das weltweite BIP um 3.5 %. In einigen Ländern reiht sich dies in ein rückläufiges Wachstum über die letzten Jahre ein. Beispielsweise Indien, welches 2019 das niedrigste Wirtschaftswachstum seit 11 Jahren aufwies, und selbst China, welches sich Anfang der 2000er mit zweistelligen Wachstumszahlen in die Spitzengruppe der weltgrößten Volkswirtschaften katapultierte. Die Akkumulation des Kapitals ist demzufolge in den letzten Jahren systematisch und nicht nur in einigen Ausnahmefällen, ins Stocken geraten. Es stellen sich daher einige Fragen zum Verhältnis von Coronapandemie und Wirtschaftskrise, auf die wir momentan keine zufriedenstellenden Antworten haben: Inwiefern überdeckt die von der Coronapandemie zweifellos bedingte Krise eine notwendigerweise anstehende Wirtschaftskrise? Hätte es auch ohne die Pandemie einen krisenhaften Verlauf gegeben? Bildet die jetzige Krise einen Bestandteil des kapitalistischen Produktionszyklus in dem Sinne, dass sie zur massenhaften Vernichtung von Produktivkräften und Werten einerseits und einer beschleunigten Zentralisation des Kapitals durch Pleiten und Zusammenschlüsse andererseits führt? Es handelt sich dabei um offene Fragen nicht nur bei uns, die kommunistische Bewegung in Deutschland wird darauf in Zukunft Antworten finden müssen. Wir sehen, dass andere Organisationen auf derartige Fragen Antworten geben, diese aber nicht herleiten und begründen.

Was wir beobachten können, ist, dass die Gesetzmäßigkeiten zur ungleichmäßigen Entwicklung der Länder verstärkt zum Vorschein kommen. Insbesondere China hat sich in der Pandemiebekämpfung bisher wesentlich besser geschlagen als die starken und alten Imperialisten wie die USA, Großbritannien und Deutschland, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass die politische Strategie im Umgang mit der Pandemie stark variiert und China bisher mit seiner Strategie der Eindämmung besser fährt.

Auch innerhalb von Staatenbündnissen wie der EU treten die unterschiedlichen Entwicklungen deutlicher zutage: Deutschland kann hier aus einer vergleichsweise starken ökonomischen Ausgangsposition besser das kapitalistische Instrumentarium zur Krisenbewältigung wie beispielsweise das Kurzarbeitergeld nutzen und gewinnt relativ gesehen weiterhin an Stärke. Es zeigt sich auch, dass zusätzlich zu den generell maßgeblichen Wirtschaftssektoren wie dem in Deutschland wichtigen Maschinenbau und dem Kfz-Bau weitere Industriezweige eine strategisch-ökonomische Bedeutung bekommen: Die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten in der alten Pharmaindustrie Hand in Hand mit neuen Biotechnologieunternehmen, die relativ junge technologische Fortschritte zur Anwendung bringen, hat sich seit Beginn der Pandemie als ein neuer Faktor in der Konkurrenz der Nationalstaaten herauskristallisiert, allen Kooperationen zwischen Unternehmen verschiedener Staaten zum Trotz. Ebenso zeigt sich, wie wichtig es für die Nationalstaaten sein kann, die nationale Produktion umstellen zu können auf Güter für den Katastrophenfall. Beispielsweise wurde in Deutschland laut darüber nachgedacht, Unternehmen zur Produktion von Masken im Sinne einer "Notfallwirtschaft" (wie Markus Söder es nannte) zu verpflichten. Hinzu kommt, dass diverse Monopolkonzerne gerade aufgrund der Pandemie an Stärke gewinnen und ein Teil der Kapitalistenklasse enorm und ganz direkt von der Pandemie profitiert. In erster Linie sind hier die Unternehmen im digitalen Dienstleistungssektor zu nennen, deren Geschäftsmodell nur geringfügig durch die politischen Maßnahmen von Kontaktverboten und Geschäftsschließungen beeinträchtigt wurden – ganz im Gegensatz zu ihren traditionellen Konkurrenten, wie am Beispiel vom Online-Versandhandel versus lokalem Einzelhandel deutlich wird.

Im Kapitalismus geht der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des produzierten Reichtums immer einher mit der Anhäufung des Reichtums auf der Seite der Kapitalistenklasse und der Akkumulation von Armut und Verelendung auf Seiten der Arbeiterklasse. In Zeiten der Pandemie wird dies wie unter dem Brennglas deutlich. Die Arbeiterklasse ist in besonderem Ausmaß von der Pandemie betroffen, gleichzeitig ist dies aber auch innerhalb der Klasse sehr unterschiedlich der Fall: Während in Deutschland Hunderttausende vor allem Arbeiterinnen in Minijobs, Teilzeit, Leiharbeit oder befristeten Arbeitsverhältnissen innerhalb kürzester Zeit arbeitslos wurden, kamen andere Teile der Klasse, wie beispielsweise festangestellte Arbeiter der großen Industriebetriebe in finanzieller Hinsicht vergleichsweise gut weg. Es wird in der Pandemie deutlich, warum die Herrschende Klasse seit Jahren daran arbeitet, Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs und Leiharbeit im Verhältnis zur Vollzeit-Festanstellung auszubauen. In den USA. welches anders als Deutschland und andere europäische Länder nicht auf das Instrument des Kurzarbeitergeldes zurückgreift, zeigte sich noch offener das Ausmaß der Krise: In einem historisch lange nicht gesehenen Ausmaß explodierte die Arbeitslosenguote von offiziell 3,5 % im März auf 14.8 % im April, mehr als 15 Millionen Menschen verloren innerhalb kürzester Zeit ihren Job. Auch Teile des Kleinbürgertums werden in die Arbeiterklasse hinab geschleudert, ein Prozess, der mit der Zentralisation von Kapital einhergeht, wie am Beispiel von Ladenschließungen im Angesicht eines boomenden Versandhandels deutlich wird. Es ist eine marxistische Banalität, dass der bürgerliche Staat der Staat des Kapitals ist, dass er der Staat der Kapitalisten ist. Diese Feststellung wird dadurch aber nicht weniger wichtig und in Krisenzeiten tritt sie überdeutlich zutage. Das Maßnahmenpaket der BRD ist das größte der Geschichte dieses Staates, es ist in erster Linie ein Hilfspaket für die Monopolbourgeoisie.

Auf dem Nährboden dieser Krise sind Bewegungen in den westlichen Staaten aus dem Boden geschossen, die sich in Frontstellung zum Staat sehen. Ihr vermeintlicher Protest fällt jedoch mit den Interessen des Kapitals zusammen, wo die Gefährlichkeit des Virus und der Pandemie geleugnet und Lockerungen gefordert werden. Sie sind in verschiedener Hinsicht dem Kapital nütz-

lich: als falsche Opposition, gegen die man sich als rationaler Akteur positionieren kann, als Stichwortgeber für Lockerungen, wenn behauptet werden muss, dass der gesellschaftliche Rückhalt für die Maßnahmen fehle, als Sündenbock für die Ausbreitung der Pandemie, wenn auf die Effekte ihrer Demonstrationen auf die Ausbreitung des Virus verwiesen wird. Es zeigt sich auch hier, dass der Irrationalismus unerlässliches und funktionales Produkt des Imperialismus ist. Linker Protest dagegen existiert, bleibt aber meist bei einem eher dünnen Antifaschismus stehen.

2.1.2 Die Entwicklung der EU

Mit dem Brexit, der im Januar 2020 mit einem Austrittsabkommen besiegelt wurde und welcher nach der Übergangsphase am 1. Januar 2021 mit dem Austritt Großbritanniens aus dem EU-Binnenmarkt seinen vorläufigen Abschluss fand, haben sich Tendenzen zur Auseinanderentwicklung in der EU neu realisiert. Der Zusammenhalt dieses imperialistischen Staatenbündnisses bröckelt. Ein Kernstaat der EU wie Italien, welches mit Abstand die drittstärkste Volkswirtschaft der EU ist, schwächelt ökonomisch und bleibt politisch instabil, was seinen Ausdruck in immer wechselnden Regierungskoalitionen und Ministerpräsidenten findet. Auch innerhalb der EU verstärkt sich die ungleichmäßige Entwicklung. Seit der Krise 2008/2009 haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den führenden imperialistischen Ländern Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, die zuvor schon ungleich waren, noch einmal zugunsten der BRD verschoben. Die Volkswirtschaften von Italien, Großbritannien und Frankreich hatten auch vor der Coronapandemie noch nicht einmal das Vorkrisenniveau von 2008 wieder erreicht, wohingegen das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2019 um 35 % gegenüber 2008 gewachsen ist. Dieser Trend setzte sich im Pandemiejahr 2020 fort, die Wirtschaft brach in Italien, Frankreich und Spanien deutlich stärker ein als in Deutschland. Die Spannungen in der EU spiegeln sich auch in den stark unterschiedlichen Arbeitslosenquoten der Mitgliedsstaaten, die in Griechenland und Spanien im Dezember 2020 bei über 16 % lagen, in Italien immerhin 8 % erreichten, hingegen in Ländern wie den Niederlande und Deutschland unter 5 % blieben. Auch die erwarteten Wachstumsraten für 2021, zunächst als aufsteigender Ast einer V-förmigen Entwicklung der Wirtschaft in der Coronapandemie vorausgesagt, werden schon wieder nach unten korrigiert. Wie die EU-Staaten im Vergleich zu den USA, Japan, China und Russland aus der Pandemie herauskommen bleibt dennoch abzuwarten.

Gerade im Rahmen der Pandemie zeigt sich, wie wenig die Nationalstaaten bereit waren, ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen zugunsten einer angeblichen "europäischen Identität" und eines gemeinsamen Vorgehens zurückzustellen: die Antworten der europäischen Regierungen waren geprägt vom jeweiligen Stand des Infektionsgeschehen im Land sowie von den Einzelinteressen der jeweiligen Kapitalistenklasse. Ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln gab es kaum, stattdessen ein europäischer Flickenteppich an Maßnahmen wie Grenzschließungen und Kooperationen einzelner Nationalstaaten, wie der Einsatz kubanischer Ärzte in Italien oder die chinesischen Impfstofflieferungen an den EU Beitrittskandidaten Serbien. Was sich in der kapitalistischen Produktion als Widerspruch zwischen der planmäßigen Produktion innerhalb von Monopolkonzernen und der Anarchie der Gesamtproduktion auftut, taucht hier gewissermaßen auf politischer Ebene wieder auf: innerhalb der Nationalstaaten folgt die Pandemiebekämpfung einer gewissen Logik - selbst wenn sie nicht die Gesundheit der Bevölkerung als Hauptziel hat. Aber selbst auf dieser niedrigen Ebene wirkt die Konkurrenz der Nationalstaaten einem abgestimmten Handeln entgegen. Auch die nationale Gebundenheit des Kapitals zeigte sich in der Pandemie erneut, so stützte Deutschland beispielsweise mit einem 750 Millionen Euro schweren Sonderprogramm zur Impfstoffentwicklung die drei Pharmaunternehmen Biontech, CureVac und IDT Biologika und brachte mit diesem Schritt zumindest Biontech erfolgreich in die vorderste Reihe der Impfstoffproduzenten in der Pandemie. Gleichzeitig zeigt sich in den Kooperationen verschiedener Unternehmen in der Entwicklung, Produktion und im Vertrieb der Impfstoffe, wie vernetzt die globalen Ökonomien sind.

In den Beziehungen zu den USA, Russland und China findet die EU weiterhin kein einheitliches Vorgehen. Es existieren objektiv widerstreitende Kapitalinteressen und widerstreitende politische Interessen, die auch in Deutschland dazu führen, dass die Strategie gegenüber diesen Ländern in Frage gestellt wird. Dennoch bleibt die BRD fest in das westliche Militärbündnis NATO eingebunden, die traditionelle transatlantische Orientierung wird in dieser Hinsicht bisher nicht in Frage gestellt. Deutschland braucht dabei die EU weiterhin als Transmissionsriemen für die eigenen Interessen, der Abstand in

ökonomischer Macht und militärischer Möglichkeit ist ohne die EU gegenüber den anderen imperialistischen Mächten zu groß. In diesem Licht ist auch der Wiederaufbaufonds zu verstehen, der auf einen Vorschlag von Macron und Merkel zurückgeht: Es war der Versuch, einen Kompromiss zwischen den sogenannten "sparsamen Vier", die Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden, und den Süd- und westeuropäischen Staaten herzustellen, nachdem gerade Deutschland jahrelang eine ähnliche Politik wie die "sparsamen Vier" verfolgt hatte.

Die brüchige ökonomische Basis der EU geht mit Rissen im ideologischen Zusammenhalt einher und verstärkt diese. Die neuen reaktionären Gesetze in den osteuropäischen Staaten, wie beispielsweise die verschärften Abtreibungsgesetze und das Verbotsverfahren der Kommunistischen Partei in Polen, sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Mit der Flüchtlingsfrage existiert außerdem ein Problem, das die EU zwar zu lösen weiß: Abschreckung, Lager, Pushbacks, Abschiebung in Kriegsgebiete sind ihre Antwort. Gleichzeitig zeigt sich in den Bränden der Flüchtlingslager Moria und Lipa in zugespitzter Art und Weise, dass im Kapitalismus die hochtrabenden Ideale des Bürgertums nichts als Wolkenschlösser sind. Die EU hat mit ihrem Vorgehen gleichzeitig ein Exempel statuiert: wir sollen lernen, dass Proteste wie z.B. gegen die Flüchtlingspolitik nichts bringen, und uns an den Zustand gewöhnen. Die Proteste waren von Empörung getragen, diese Empörung ist mehr und mehr einer Ohnmacht gewichen. Auch daran erkennt man, wie wichtig die langfristig angelegte Strategie des Aufbaus einer Partei ist, die solche Kämpfe anders und konsequenter führen und mit dem Kampf für den Sozialismus verbinden kann.

2.1.3 Veränderungen in der imperialistischen Pyramide

Das Verhältnis der alten imperialistischen Länder und der aufstrebenden Weltmacht China ändert sich stetig. Nach wie vor stellen die USA und mit ihr die NATO den aggressivsten Pol der globalen Mächte dar, die NATO-Osterweiterung und damit die Einkreisung Russlands ist mit dem Beitritt Nordmazedoniens als dreißigstes Mitglied der NATO weiter vorangeschritten. An den vergangenen Konflikten in der Ukraine, in Syrien und jüngst um Berg-Karabach zeigt sich auch, dass Russland weiterhin der militärische Hauptkonkurrent der USA ist. Insgesamt zeichnet sich jedoch auch ab, dass nicht primär Russland, sondern China die USA in ihrer Rolle als führende

Weltmacht zunehmend herausfordert. Die Konfrontation ist dabei unausweichlich und ergibt sich aus der ungleichmäßigen Entwicklung der beiden Länder: China schließt ökonomisch weiter gegenüber den USA auf und dürfte diese noch vor 2030 als weltgrößte Volkswirtschaft ablösen, bzw. ist das je nach Berechnungsart des BIP schon jetzt der Fall. Mit dem Freihandelsabkommen RCEP hat die Volksrepublik es geschafft, die weltweit größte Freihandelszone zu etablieren und neue Fakten zu schaffen, was die strategische Einbindung von Staaten in die jeweiligen ökonomischen Einflusssphären angeht. Besonders zu nennen ist hier die Teilnahme von Australien und Neuseeland, die traditionell enger an die USA und die EU gebunden sind. Das umfassende Projekt One Belt One Road, auch bekannt als Neue Seidenstraße, schreitet weiter fort, 2019 schloss sich nach Griechenland, Polen und Ungarn auch Italien als erstes G7-Land dem Projekt an. Die westlichen Staaten schauen hin- und hergerissen auf die neue ökonomische und politische Stärke des chinesischen Monopolkapitalismus. Dieser schafft es im Moment ungleich besser, ökonomische Interessen im großen Maßstab staatlich zu unterfüttern und zu dirigieren. Der historische Produktivkraftvorsprung der alten imperialistischen Mächte gegenüber China besteht nur noch in manchen Bereichen wie Chipentwicklung und Maschinenbau und schrumpft tendenziell auch da.

Militärisch ist der Abstand Chinas zu den USA weiterhin groß. Die Militärausgaben Chinas sind zwar um ein vielfaches niedriger als die der USA, steigen aber proportional zum Wirtschaftswachstum an. Insgesamt stiegen die weltweiten Militärausgaben 2019 mit knapp 4 % stärker als in den 10 Jahren zuvor, wobei sowohl bei China als auch den USA die Ausgaben mit ca. 5 % noch stärker stiegen.

Die Gefahr einer militärischen Eskalation begleitet den Imperialismus gesetzmäßig. Neben den Drohgebärden der NATO gegenüber Russland, wie beispielsweise dem Großmanöver Defender 2020, rückt mit dem südchinesischen Meer als Schauplatz eine Konfrontation der imperialistischen Altmächte mit China in den Mittelpunkt. Das Gebiet ist sowohl geostrategisch als Handelsroute bedeutsam, aber auch wirtschaftlich mit Fisch-, Öl- und Gasvorkommen relevant. Selbst europäische Staaten, inklusive Deutschland, schicken inzwischen Fregatten durch die Region. Auch im Mittelmeer haben sich die Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland verstärkt. Berücksich-

tigt man die Konflikte in Libyen und Syrien sowie die anhaltende Besatzung Zyperns offenbart sich auch das Mittelmeer als Pulverfass.

Die objektiv vor sich gehenden Veränderungen spiegeln sich auch in zunehmenden politischen Auseinandersetzungen und Krisenerscheinungen der bürgerlichen Herrschaft wider. In fast allen führenden imperialistischen Ländern nehmen die politischen Konflikte zu, neue Kräfte entstehen, sei es in den USA, Frankreich oder Italien. Damit ist nicht die Herrschaft an sich in der Krise, aber die politische Führung reagiert auf die komplexen und widersprüchlichen Entwicklungen.

Innerhalb der linken Bewegung gibt es rund um diese Fragen Debatten: Kommt ein neuer Faschismus? Wenn ja, woran macht man das fest? Wie sind die Auseinandersetzungen zu verstehen? Geht es um Kapitalfraktionen oder um Auseinandersetzungen der politischen Führung? Zum Teil haben wir versucht, diese Debatten zu reflektieren und dies wird auch in der nächsten Zeit eine Aufgabe bleiben.

2.1.4 Internationale Kämpfe der Arbeiterklasse

International waren die letzten zwei Jahre in vielen Ländern von Kämpfen und Widerstand gegen den Kapitalismus und Imperialismus geprägt.

In Indien kam es im November des vergangenen Jahres zu einem gesamtindischen Generalstreik, an dem sich nach Angaben der Gewerkschaften 250 Millionen Menschen beteiligten. Damit handelt es sich um den größten Streik der Geschichte der Menschheit. In dem Streik spielten Kommunisten verschiedener Parteien eine wichtige Rolle. Auf den Streik folgte ein Marsch zur Hauptstadt Neu-Delhi, an dem sich Hunderttausende Bauern beteiligten.

In den USA kam es nach der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen rassistischen weißen Polizisten im Sommer 2020 zu landesweiten großen Protesten, die mit dazu beigetragen haben dürften, eine ganze Generation zu politisieren. Immer mehr junge Menschen in den USA verstehen, dass der imperialistische Staat nicht nur keinerlei Antworten auf die drastische soziale Ungleichheit, den Rassismus und die Gewalt hat, sondern deren Ursache ist. Es gibt Anzeichen für ein wachsendes Bewusstsein von Organisierung und einem Zusammenführen von Kämpfen. Die notwendige Organisierung der Klasse in Gewerkschaften und kämpferischen Massenorganisationen und

vor allem auch der Aufbau einer kommunistischen Partei der gesamten USamerikanischen Arbeiterklasse steht aber aus.

Auch in Chile kam es in den letzten zwei Jahren zu Protesten von historischem Ausmaß, bei denen breite Massen der Bevölkerung gegen die soziale Ungleichheit im Land und die arbeiterfeindliche Regierungspolitik auf die Straße gingen. In Frankreich mündeten die Proteste gegen die reaktionäre Rentenreform Ende 2019 in einen landesweiten Generalstreik. In Griechenland setzten die klassenkämpferischen Gewerkschaftskräfte, die unter dem Dach der PAME organisiert sind, am 1. Mai 2020 ein starkes Zeichen durch eine Abstandskundgebung vor dem Parlament, von der die Bilder um die Welt gingen. Die klare Positionierung der KKE für den Fall eines Krieges zwischen Griechenland und der Türkei, der im vergangenen Jahr immer wieder als reale Bedrohung erschien, ist ebenfalls von großer Bedeutung: Eine Positionierung gegen die eigene Bourgeoisie und die der angreifenden Macht, für die Macht der Arbeiterklasse.

Diese Entwicklungen zeigen wieder einmal eindrucksvoll, wie verlogen die bürgerliche These ist, wonach der Klassenkampf angeblich tot sei und heute keine Rolle mehr spiele.

2.2 Die Situation in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft bleibt die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Sie hat in den letzten zehn Jahren die anderen großen europäischen Volkswirtschaften Frankreich, Großbritannien und Italien auf ökonomischer Ebene inzwischen deutlich hinter sich gelassen. Der Einbruch des Bruttoinlandsprodukt 2020 von gut 5 % wird 2021 noch nicht wieder eingeholt werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Arbeiterklasse wurden zum Teil im Sinne der Unternehmen mit Instrumenten wie dem Kurzarbeitergeld abgefedert, um die Produktion schnell wieder anlaufen lassen zu können., Die Arbeiterklasse wird auch in den nächsten Jahren starken Angriffen ausgesetzt sein. Bereits jetzt zeigt sich, wie Veränderungen der Arbeitswelt im Zuge der Coronapandemie wie das Homeoffice, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiterklasse bedeuten. Die Verschlechterung der Lebenssituation der Massen zeigt sich u.a. darin, dass die privaten Konsumausgaben im vergangenen Jahr stark rückläufig waren.

Auch wenn die ökonomische Lage des deutschen Imperialismus recht stabil zu sein scheint, spielt die BRD auf der internationalen Bühne politisch nicht die Rolle, die sie gerne spielen würde. Das wird in regelmäßige Abständen von allen Parteien und von Diplomaten beklagt. Wie sich diese Stellung des deutschen Imperialismus vor dem Hintergrund der Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche entwickeln wird, müssen wir genau im Auge behalten.

Das Management der Coronapandemie war von Anfang an ein Management im Interesse des Kapitals. Der Bevölkerung wurde eine Lüge nach der anderen aufgetischt, ein konsequentes Vorgehen, um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, gab es nicht. Schon bei der ersten "Welle" im März wurde von einer umfassenden Betriebsschließung abgesehen, um die Profite der Unternehmen nicht übermäßig zu gefährden. Sobald die Infektionszahlen auf ein niedrigeres Niveau gedrückt waren, wurden die Maßnahmen zudem wieder aufgehoben, eine Ausrottung des Virus wurde zu keinem Zeitpunkt versucht. Bei der zweiten Welle wurde, wiederum aus Rücksicht auf die Profite, viel zu spät ein halbherziger Lockdown verhängt, als die nachgewiesenen Infektionszahlen bereits sehr hoch waren. Diese unverantwortliche Politik in Deutschland und den meisten anderen Ländern hat es dem Virus erlaubt, sich über Monate zu verbreiten und eine Vielzahl von noch gefährlicheren Mutationen hervorzubringen. Es ist deshalb selbst mit dem Impfstoff nicht absehbar, wann die Pandemie in Deutschland besiegt sein wird.

Die Coronapandemie wirkt sich auch auf die Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland aus. Ansätze zur Organisierung und Politisierung werden durch die Kontakteinschränkungen und die Verlagerung des Soziallebens in den engsten persönlichen Kreis oder die digitale Kommunikation erschwert. Auch wir haben mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich daraus ergeben.

Die Sozialdemokratie ist weiterhin ein Hindernis der Organisierung des Klassenkampfes. Doch sie befindet sich in der Krise. Die Linkspartei zeigt immer deutlicher, dass sie vollkommen im bürgerlichen System angekommen ist. Ihre Regierungsbeteiligungen in Thüringen oder Berlin haben keineswegs zu Verbesserungen für die Arbeiterklasse geführt. Schrittweise werden in der Partei die Weichen gestellt für eine offenere Anerkennung der NATO und eine Aufgabe ihrer ohnehin immer schon inkonsequenten Positionen zur

Kriegsfrage. Indem sie sich zudem auch mit sogenannten "Dissidenten" in Kuba solidarisiert, also mit rechten, vom US-Imperialismus gestützten Konterrevolutionären gemein macht, wird dieselbe offen konterrevolutionäre Haltung eingenommen, die die Linkspartei auch gegenüber der DDR immer schon vertreten hat. Durch diese Kurskorrekturen wird der bürgerliche Charakter der Partei nach außen hin deutlicher und es sollen die Voraussetzungen für ein Mitregieren auf der Grundlage des Kapitalismus geschaffen werden.

Auch in den Gewerkschaften wird gerade in der Pandemie deutlich, wie schwach und passiv die Führungen agieren. Tarifrunden werden vorzeitig abgeschlossen, indem die Gewerkschaften sich beeilen, dem Kapital Zugeständnisse zu machen. Während in der Tarifpolitik die sozialpartnerschaftliche Haltung dominiert, werden z.T. auch richtige Forderungen und Kritik am Krisenmanagement der Bundes- und Landesregierungen erhoben.

Schließlich hält auch der rechte Terror weiter an: Nach der Ermordung des CDU-Politikers Lübcke im Juni 2019 und dem Anschlag auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss im Oktober desselben Jahres folgte dann Anfang 2020 der faschistische Terroranschlag auf eine Shisha-Bar in Hanau, bei der 10 Menschen ermordet wurden. Die Verknüpfungen zwischen den Faschisten und dem bürgerlichen Staat werden zunehmend erkennbar, auch wenn oft die notwendigen Details oder letzten Beweise fehlen und nicht aufgeklärt werden können. Die Entwicklungen in der Reaktion sind wichtig zu beobachten, unabhängig davon, ob es sich um faschistischen Terror oder die parlamentarische Rechte in Form der AfD handelt, in der sich ebenfalls zahlreiche faschistische Elemente tummeln. Dass ein Schwenk von der bürgerlich-liberalen Demokratie hin zu offener repressiven Regierungsmethoden nicht ausgeschlossen ist, zeigt auch die Tatsache, dass zeitgleich zum zunehmenden faschistischen Terrorismus der Staat die Bewegungsspielräume von Antifaschisten und Linken einengt.

2.2.1 Die Lage der Arbeiterklasse in der Pandemie

Wir müssen uns klar machen, dass die Pandemie selbst und der Umgang der Herrschenden damit die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert. Gesundheit ist ein wichtiger Bestandteil der Lage der Klasse. Die Arbeiterklasse ist besonders von der Pandemie betroffen. Das liegt zum einen daran, dass die Betriebe der Produktion Anwesenheit voraussetzen. Damit sind die Arbeiter einem deutlich größeren Risiko ausgesetzt, sich zu infizieren und zu erkranken. Zum anderen wird der Gesundheitsschutz dort oft nicht eingehalten oder kann gar nicht eingehalten werden, weil Abstand halten, Lüften, Masken und andere Schutzmaßnahmen nicht möglich sind. Aus vielen Betrieben werden keine Infektionszahlen gemeldet, die Betriebsärzte decken das Vorgehen des Unternehmens und Kontrollen finden nicht statt. Größere Ausbrüche, wie in der Fleischindustrie, bei Automobilzulieferern oder in Logistikzentren sind die Spitze des Eisbergs.

Besonders die Teile der Arbeiterklasse, die von Niedriglohn, prekären Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeit betroffen sind, leiden unter der Pandemie. Sie sind häufiger schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt und haben weniger betriebliche Möglichkeiten, sich zu wehren. Leiharbeiter sind nach einer Untersuchung der Barmer-Krankenkasse Bremen besonders häufig von Infektionen und schweren Verläufen betroffen. Hinzu kommen die Lebensund Arbeitsbedingungen dieser Teile der Arbeiterklasse. Schlechte Ernährung, körperlich belastende Tätigkeiten, chronische Krankheiten und schlechte und beengte Wohnverhältnisse erhöhen das Risiko eines schweren Verlaufs. Erhebungen aus anderen Ländern wie z.B. aus den USA haben gezeigt, dass die Infektionen in den Arbeitervierteln deutlich höher liegen als die in den reicheren Vierteln und die arme Bevölkerung höhere Todeszahlen zu beklagen hat. In Deutschland wird keine repräsentative Entnahme von Stichproben vorgenommen, um besser zu ermitteln, welche Teile der Bevölkerung von der Pandemie betroffen sind – die herrschende Klasse weiß warum.

Viele Arbeiter bezahlen für den schlechten Gesundheitsschutz und die Strategie der Herrschenden im Umgang mit der Pandemie mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben. Weitere Gruppen von Beschäftigten sind einem hohen Risiko ausgesetzt und haben bereits zahlreiche Tote zu beklagen. Dazu gehören die Beschäftigten im Pflegebereich und in Erziehung und Betreuung.

Zwei weitere Faktoren verschlechtern die Lage der Arbeiterklasse: Die ökonomischen Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Pandemie und die Strukturkrise von Teilen der Industrie, dazu gehört der Umbau zur Elektromobilität und die Einführung neuer Fertigungstechniken. Zu diesen Fragen müssen wir uns noch mehr Fakten erarbeiten, die verschiedenen Faktoren einschätzen, die Zusammenhänge besser verstehen und sie in Bezug zu den Grundannahmen der marxistischen Krisenanalyse setzen. Die bisher vorlie-

genden Zahlen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit weltweit und insbesondere in den Industriestaaten ansteigt. In Deutschland werden Massenentlassungen in den Monopolkonzernen vorgenommen, von Thyssen über Daimler bis zu den Banken. Diese dürften eher auf Umstrukturierung, als auf die Maßnahmen gegen die Pandemie zurückzuführen sein.

Insgesamt geht die Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitsstunden zurück, Arbeitskraft ist weniger gefragt. Zum Teil liegt dies an der massiven Ausweitung der Kurzarbeit, die auf einem historischen Rekordniveau liegt. Dies dürfte sich zum Teil wieder ändern, wenn die Pandemie überwunden ist. Es ist noch nicht endgültig zu sagen, ob das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen mit Ende der Maßnahmen gegen die Pandemie auch wieder steigt, oder ob die Strukturkrise sich hier fortsetzt. In Teilen der Produktion und Zirkulation wird die Ausbeutung zugleich durch Mehrarbeit und Verdichtung der Arbeit gesteigert. Auch das verschlechtert die Lage der Klasse, drückt auf Gesundheit, Zeit für Erholung und Bildung.

Die Arbeitslosigkeit steigt vor allem bei prekär Beschäftigten und bei gering qualifizierten Arbeitskräften. An- und Ungelernte sind überproportional von Entlassung und von Lohneinbußen betroffen, ihre Löhne gingen um bis zu 18 % zurück. Dies könnte zum Teil auf die Umstrukturierung der Auto-Industrie und damit zusammenhängenden Branchen zurückzuführen sein. Zum Teil kann es auch auf die Auswirkungen der Maßnahmen auf Branchen wie Gastronomie, Tourismus, Security, Reinigung, Einzelhandel und andere zurückzuführen sein, die einen großen Anteil an Niedriglohnarbeitern haben.

Von den Maßnahmen gegen die Pandemie sind Bereiche betroffen, in denen es mehr kleine Selbständige gibt (Einzelhandel, Gastronomie, ...). Der Zugang aus Selbständigkeit in die Arbeitslosigkeit liegt bei 17 % und damit höher als sonst. Wie lange dieser Zustand anhält, ist nicht abzusehen, evtl. gehen davon viele wieder zurück in Selbständigkeit.

Die Lage der Arbeiterjugend hat sich weiter verschlechtert, weil noch mehr Ausbildungsplätze fehlen. Einer großen Zahl der Arbeiterjugend hat das System keine Perspektive zu bieten, sie werden in die einfachen und zermürbenden Tätigkeiten gepresst, ihr Potential und ihr Wissensdurst wird unterdrückt. Das war schon vor der Pandemie der Fall, nun nutzen manche bürgerlichen Politiker ihre Lage, um mehr Lockerungen zu fordern. Die Lage der proletari-

schen Frauen hat sich ebenfalls weiter verschlechtert, weil viele ihrer Jobs gekündigt wurden und weil die Reproduktion noch mehr auf ihren Schultern lastet. Auch das ist keine neue Entwicklung, auch hier müssen wir die heuchlerische Ausnutzung der Lage der Frau durch die bürgerliche Politik zurückweisen.

Ein Teil der Verschlechterung der Lage hängt damit zusammen, dass die Lasten der Pandemiebekämpfung auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden. Insgesamt ist die Armut mit über 13 Millionen Menschen auf einen neuen Höchststand gestiegen. Die Lage der Aufstocker und Erwerbslosen hat sich deutlich verschlechtert, auch weil viele Minijobs gekündigt wurden und die Lebenshaltungskosten durch die Einschränkungen gestiegen sind. Die Hilfeleistungen kamen nicht nur viel zu spät, sondern sind winzige Krümel, die die Herrschenden vom Tisch fallen lassen.

Insgesamt wird die Verelendung und die Spaltung der Arbeiterklasse erneut zunehmen. Der Druck, die Ausbeutung zu erhöhen, steigt durch die Krise an. Inwiefern sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse sowohl bei den Beschäftigten als auch bei der industriellen Reservearmee verändert, müssen wir genauer versuchen zu verstehen.

2.2.2 Zur Einschätzung der gesamten Klasse

In Deutschland sind weiterhin sehr viele Arbeiter von Niedriglohn und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Den 23 Millionen sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Arbeitsplätzen standen 2019 rund 20 Millionen (!) Beschäftigte gegenüber, die Teilzeit-, befristet, ausschließlich geringfügig, oder in Leiharbeit beschäftigt sind. Hinzu kommen 3,6 Millionen, die erwerbslos sind – offiziell sind sie "unterbeschäftigt".

Allerdings gehören auch Vollzeit-Arbeiter zum Niedriglohnbereich, besonders in den Branchen Leiharbeit, Gastgewerbe und Wach- und Sicherheitsdienste, aber auch in Einzelhandel, Nahrungsmittelindustrie und Verkehr und Logistik, sowie Teilen der Pflegebranche. Überdurchschnittlich hohe Löhne werden in der Finanz- und Versicherungsbranche, Luftfahrt, Pharmaindustrie und Energieversorgung gezahlt.

Insgesamt arbeiten über 20% der abhängig Beschäftigten für Niedriglohn, das sind in absoluten Zahlen ca. 8 Millionen. Knapp eine Million Arbeiter verdie-

nen so wenig, dass sie ergänzende Leistungen beantragen müssen. 3 Millionen (8%) sind trotz Arbeit arm. Besonders betroffen sind gering Qualifizierte, Frauen und Migranten. In manchen Bereichen der Produktion werden höhere Löhne als im Durchschnitt bezahlt. Allerdings sind viele der Arbeitskräfte trotz formeller Ausbildung eher gering qualifiziert. Durch die Veränderungen und Rationalisierungen wird für viele vermutlich eine Entwertung der Arbeitskraft stattfinden.

Von der aktuellen Krise sind insgesamt besonders die einfachen Arbeiter betroffen. Es ist davon auszugehen, dass knapp die Hälfte der abhängig Beschäftigten, also ca. 20 Millionen, in der einen oder anderen Form betroffen sind. In nächster Zeit dürfte die industrielle Reservearmee größeren Zustrom bekommen. Ein Teil von den Arbeitern, die jetzt entlassen werden, scheidet aus dem Arbeitsleben aus, ein anderer wird vermutlich längerer Arbeitslosigkeit ausgesetzt sein und durch die Maschinerie der Arbeitsverwaltung in schlechtere Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Der Anteil der Arbeiter, die höhere Löhne und sicherere Arbeitsverhältnisse haben, dürfte eher zurückgehen.

Um ein genaueres Bild der Struktur und Lage der Klasse zu bekommen, müssen wir uns einen Überblick über die verschiedenen Faktoren und deren Zusammenhänge erarbeiten.

2.3 Die Lage der kommunistischen Bewegung in Deutschland

Die kommunistische Bewegung in Deutschland hat in den letzten Jahren keine neue Stärke entwickeln können. Die Organisationen mit kommunistischem Anspruch sind weiterhin relativ unbedeutend und gespalten. Als eine neue Gretchenfrage entpuppt sich mehr und mehr die Einschätzung von und Haltung zu China, eine Frage, die auch in der kommunistischen Weltbewegung an Bedeutung gewinnt. In der Coronapandemie treten außerdem wiederholt unterschiedliche Standpunkte zum Vorschein, zuletzt anhand der Diskussion über die Stoßrichtung der Initiative ZeroCovid: Ein Teil der Bewegung legt das Hauptaugenmerk auf die Pandemie als Bedrohung der Gesundheit der Volksmassen, während ein anderer Teil die Hauptgefahr der Zeit in der Entwicklung autoritärer Tendenzen im Staat sieht. Diese Spannungslinien tun sich nicht nur zwischen den Organisationen, sondern auch in ihnen auf. Die Einschätzung der Kräfteverhältnisse dieser Positionen ist schwierig, klar ist aber, dass organisationsübergreifend eine Unfähigkeit vorherrscht eine ein-

heitliche Positionsfindung zu organisieren. Sowohl zwischen als auch in den Organisationen stehen oft die Positionen im Wesentlichen nebeneinander, anstatt sich aufeinander zu beziehen. Bei der DKP steht außerdem eine Programm- und Strategiedebatte aus, die vom 23. Parteitag letztes Jahr beschlossen wurde. Der Parteivorstand der DKP wurde beauftragt, die Diskussion um zahlreiche Fragen, von der Funktionsweise des Imperialismus, über die Klassenstruktur in Deutschland bis hin zu Fragen der marxistisch-leninistischen Partei zu organisieren und so eine Überarbeitung des Parteiprogramms von 2006 vorzubereiten. Inwiefern es hier zu einer geschlossenen Weiterentwicklung der DKP in die eine oder andere Richtung kommt oder aber sich Spaltungslinien in der Partei verstärken müssen wir abwarten.

Auch außerhalb kommunistischer Kreise fällt auf, dass verschiedene Akteure aus der autonomen und anarchistischen Szene mit unterschiedlichen Analysen der Pandemiebekämpfung angesetzt haben. Oftmals wird nicht der Staat der herrschenden Klasse als wesentlicher Akteur angegriffen und eine Distanz zu den Gewerkschaften eingenommen, stattdessen sind die Bewegung der Querdenker und der Rechten im Fokus. Die Regierung und ihr Versagen geraten so aus der Schusslinie, die Position der Arbeiterklasse kann so nicht eingenommen werden.

Die Uneinigkeit in der Frage, wie Kommunisten und die Arbeiterklasse auf die Pandemie und die Strategie der Herrschenden reagieren müssen unterstreicht, wie wichtig ein Klärungsprozess ist. Auch in der Frage der Niederlagenanalyse, der Analyse des Imperialismus, des Charakters und der Aufgaben der kommunistischen Partei, der Einschätzung der Zusammensetzung und der Lage der Arbeiterklasse, der Arbeit in den Gewerkschaften und der schon angesprochenen Frage der Einordnung Chinas wird dies deutlich.

3. Die Entwicklung unserer Organisation und der aktuelle Stand

Liebe Genossinnen und Genossen,

Fast ein Jahr ist es nun her, dass uns als Organisation bewusst wurde, dass die Coronaepidemie sich zu einer Pandemie ausweiten würde und wir darauf reagieren müssen. Selbstkritisch müssen wir sagen, dass wir die Anzeichen dafür nicht früh genug verstanden haben, dass darin aber auch alle größeren kom-

munistischen Organisationen in Deutschland gescheitert sind. Es ist aber bemerkenswert, dass wir bis zum jetzigen Zeitpunkt als dermaßen junge und gleichzeitig bundesweite Organisation die Pandemie mit all ihren Schwierigkeiten nach unserer bisherigen Einschätzung recht gut überstanden haben und uns dabei auch den Veränderungen anpassen konnten. Die dritte Vollversammlung selbst ist Ausdruck davon und auch wenn natürlich erst nach diesem Wochenende klar ist, welche Resultate sie hervorbringt und wie es weitergeht meinen wir, dass wir allen Grund haben, optimistisch nach vorne zu schauen. Dabei wollen wir nicht unter den Tisch kehren, dass wir an vielen Stellen mit Problemen zu kämpfen haben. Worauf es ankommt ist, dass wir es schaffen, sie zu erkennen und zu lösen.

Wir wollen nun auf einige wichtige Entwicklungen der Organisation in den letzten anderthalb Jahren eingehen.

Zunächst zum Klärungsprozess: Bereits in den programmatischen Thesen von 2018 haben wir formuliert, worin die zentralen Aufgaben der Revolutionäre in Deutschland bestehen, nämlich im Aufbau einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung und einer kommunistischen Partei in Deutschland, und dafür: die Organisation eines Sammlungs- und Klärungsprozesses. Letzterer ist sicher nicht unbedingt so schnell fortgeschritten, wie wir es uns gedacht oder erhofft haben. Dies ist nicht nur, aber zu Teilen auch auf die Pandemie zurückzuführen. Auch: weil die Handlungsfähigkeit und auch der Versuch des organisierenden Eingreifens in der Pandemie vorrangig war. Aber nicht nur, denn wir sind mittlerweile auf ein anderes Problem gestoßen: Wir stellen fest, dass wir uns über das Ziel, den Sinn und den Weg der Klärung einig werden müssen. Und in diesem Zuge müssen wir auch diskutieren, was für eine Organisation wir brauchen, um genau diese Arbeit überhaupt leisten zu können. Das bestehende Fundament des Klärungsprozesses hat offensichtlich nicht ausgereicht, um ihn auch direkt durchzuführen. Wir sollten nicht denken, dass wir dieses Problem hätten vorwegnehmen können, indem wir den Klärungsprozess am Reißbrett perfekt vorgepaust hätten. Einige Probleme hätten wir umgehen können, aber wir stehen jetzt an diesem Punkt, weil wir überhaupt erst angefangen haben mit der Arbeit in den thematischen AGs. Wir haben vor der Pandemie diese AGs neu aufgestellt. Ein entscheidender Grund, warum wir diese Neuaufstellung gemacht haben war, dass wir festgestellt haben, dass die Fragen und die Umsetzung der AG Arbeit nicht kollektiv vermittelt waren. Diese Fehlstellung ist in der Neuaufstellung auch noch einmal klarer geworden: Wir müssen die AGs besser fokussieren auf die wichtigsten Fragen und können die Mängel nur mit einer kollektiven Diskussion beheben. Trotzdem ist es wichtig hervorzuheben, dass die AGs bereits mit der Erarbeitung der Arbeitspakete gute Schritte gegangen sind und kreative Ansätze zur Bearbeitung der Themen gezeigt haben.

Nicht formale Veränderungen können die Organisation auf ein neues Niveau heben, ein Niveau, auf dem die Arbeit aller Genossinnen und Genossen ineinander greift und die Organisation an einem Strang zieht. Nein, wir müssen unser gemeinsames Verständnis von unserer Rolle und unseren Aufgaben heben, um uns weiterzuentwickeln. Dass wir auf viele und auch große Fragen stoßen ist nicht verwunderlich. Nicht nur sind wir zum ersten Mal dabei die Architekten und Baumeister einer neuen Organisation, wir müssen unser Handwerk auch während der Arbeit erst noch erlernen, keiner von uns hat darin Erfahrung. Wir befinden uns in einem Lernprozess und ebenso wie wir lernen müssen, wie und mit welchem Zweck wir einen Klärungsprozess organisieren, müssen wir lernen, wie wir die Organisation aufbauen, wie Kollektivität funktioniert, wie demokratischer Zentralismus funktioniert.

Es gehört mit zu unserem Prozess, dass sich zwar einerseits herausschält, was unsere Aufgaben sind und welche Anforderungen das an uns als Organisation und an jeden Einzelnen stellt, was es heißt: die Führung zu übernehmen. Andererseits sind da Reibungen und Rückschläge, diese gab es, gibt es und wird es auch weiterhin geben. Die Phasen eines solchen Prozesses haben verschiedene Dynamiken, die zum Teil frustrierend sein können. Wichtig ist, dass wir die Geduld und Ernsthaftigkeit gewinnen, die für eine kontinuierliche Weiterentwicklung nötig sind. Man kann sich den Aufbau einer kommunistischen Partei kleinreden, ihn unterschätzen – diese Auffassung wird zwangsläufig mit der Zeit von der mühsamen Realität eingeholt. Man kann ihn auch überschätzen, ihn in unerreichbare Ferne rücken – diese Auffassungen sind zu kritisieren, beiden ist nur mit einer geduldigen und disziplinierten Haltung zu begegnen, die an dem wirklichen Stand der Dinge, dem Stand unserer Organisation und dem Klassenkampf anknüpft, und ihr Ziel fest im Auge behält.

4. Schlussteil

Liebe Genossinnen und Genossen, vor uns liegen die Jahre dieses Lernprozesses, des Aufbaus und der Klärung. Der Leitantrag erscheint in diesem Licht wie ein eher kleiner Schritt, er sieht zunächst viel kleiner aus als der politische Beschluss zur Massenarbeit von der zweiten Vollversammlung. Er ist aber von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Organisation. In der Entwicklung eines Selbstverständnisses werden wir uns darüber verständigen, worin genau die Aufgaben der KO bestehen und was das für unsere politische Arbeit bedeutet. Die Entwicklung des Selbstverständnisses ist daher eine zentrale Aufgabe im Organisationsaufbau. Wir stärken unser Fundament, unsere Kollektivität, arbeiten an einem kontinuierlichen Modus der Selbstreflexion und Weiterentwicklung unserer Organisation, und schärfen die kommenden Aufgaben und einen Plan zur Formierung der Kommunistischen Partei in Deutschland. Die Diskussion um den Leitantrag war den Umständen entsprechend kompliziert. Wir haben aber auch viel dabei gelernt, was wir für kommende politische Diskussionen und den KKP mitnehmen können.

Der Kampf um die Organisation ist ein fundamental wichtiger Kampf. Er darf nicht hinter die tagespolitischen, aktionsorientierten und spontanen Fragen zurückfallen. Der Aufbau der Organisation ist überhaupt die Bedingung dafür, dass wir Kämpfe führen können. Wir müssen in unseren Reihen und in unserem Umfeld darum ringen zu vermitteln, dass die spontanen Kämpfe ohne eine mit Klarheit und Einheit gefestigte Organisation letztendlich scheitern werden. Noch schlimmer, ein solches Scheitern kann zu Defätismus, Ohnmacht und Resignation führen und im schlimmsten Fall von den Herrschenden für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert und kanalisiert werden. Wir leben in nicht-revolutionären Zeiten, aber das bedeutet nicht, dass die Organisation weniger wichtig wäre, wir brauchen sie für die Abwehrkämpfe, und wir müssen uns vorbereiten für die kommenden stürmischeren Zeiten: durch die Entwicklung von Klarheit, durch den Aufbau arbeitender und funktionierender Strukturen, und durch die Entwicklung von Kadern, die die Klarheit und Einheit der Organisation und den Kampf der Arbeiterklasse repräsentieren. Der Kampf für den Sozialismus steht auf der Tagesordnung, solange der Kapitalismus und seine Widersprüche bestehen. Die Arbeiterklasse muss erkennen können, dass wir in unserem Kampf für den Sturz der Kapitalistenklasse und für den Aufbau des Sozialismus den Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Klasse im Hier und jetzt aufheben, den Kampf um Solidarität und gegenseitige Unterstützung, um demokratische Rechte. Wir müssen in der Lage sein aufzuzeigen, warum sowohl der Kampf um jeden Zentimeter für uns heute und der Kampf für den Sozialismus im Kern darin besteht, uns zusammenzuschließen und zu organisieren. Denn nur so können wir überhaupt kämpfen und letztlich auch siegen. Am Beispiel der historischen KPD können wir sehen, wie dringlich die Vorbereitung der Arbeiterklasse auf bevorstehende Kämpfe ist, wie dringlich es ist, der Ideologie von Sozialpartnerschaft, Klassenversöhnung und chauvinistischem Nationalismus entgegenzutreten, und ein revolutionäres Bewusstsein in jeder Arbeiterin und jedem Arbeiter zu entzünden. Die Gründung der historischen KPD mündete in der stärksten revolutionären Bewegung, die dieses Land je sah, aber sie kam zu spät, um nach dem Ersten Weltkrieg die Schlagkraft zu entfalten, die notwendig gewesen wäre, um den Sozialismus im ganzen Land zu erkämpfen und damit auch den Faschismus in Deutschland zu verhindern. Dennoch bereitete sie die Grundlage dafür, dass nach dem Zweiten Weltkrieg mit der sozialistischen DDR der fortschrittlichste Staat, ein Arbeiterstaat, entstand. Die Arbeiterklasse in Deutschland braucht wieder eine starke kommunistische Partei, sie braucht sie besser heute als morgen. Es ist ein großes Ziel, aber es lohnt sich, dafür zu kämpfen.

Vor 30 Jahren: Nordkorea zur Weltpolitik

Kim Jong Il: Vor 30 Jahren: Das sozialistische Werk verteidigen und weiterführen

Vor 30 Jahren am 5. Mai 1991 wurde das Gespräch von Kim Jong II mit Funktionären des ZK der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) "Unser Sozialismus, in dem die Volksmassen im Mittelunkt stehen, ist unbesiegbar" ver-

öffentlicht.¹ Dieses hervorragende Werk des Genossen Kim Jong II wurde zu einer Zeit geschrieben als eine Anzahl sozialistischer Länder aus den Fugen gerieten und verschwanden. Selbst die Sowjetunion war damals kurz vor dem Ende ihrer Existenz und wurde von der "Perestrojka" und "Glasnost" des Verräters Gorbatschow heimgesucht. Überall verkündeten die Imperialisten und Reaktionäre das "Ende des Sozialismus" und eben auch das "Ende der Geschichte". Ein Übriges dazu taten die Verkünder der "Öffnung" und (Markt-)"Reformen".

Dieses Werk des Genossen Kim Jong II gibt den Feinden des Sozialismus eine entschiedene Abfuhr. Wie Genosse Kim Jong II in dem Werk erklärt:

"Der Sozialismus als eine neue Gesellschaft unterscheidet sich grundlegend von allen Formationen der Ausbeutergesellschaft, die in der Menschheitsgeschichte bestanden, und er muss einen erbitterten Kampf gegen seine Klassenfeinde entfalten und sich einen noch von niemand beschrittenen Weg bahnen, deshalb kann er in seiner Vorwärtsentwicklung durchaus auf zeitweilige Verwicklungen stoßen. Es ist jedoch ein Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung, dass die Menschheit den Weg des Sozialismus geht, und keine Kraft wäre im Stande, dies aufzuhalten."²

Daher ist es völliger Unsinn für die Reaktionäre über das Ende des Sozialismus zu sprechen. Der Sozialismus in der DVRK ist der dauerhafteste und unzerstörbarste Sozialismus. Genosse Kim Jong II erklärte klar, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass er auf der Juche-Ideologie begründet ist. Er sagt: "Bei uns handelt es sich um einen Sozialismus unserer Prägung, der auf der großen Juche-Ideologie beruht und in dem die Volksmassen über allem stehen. Der große Führer, Genosse Kim Il Sung, begründete frühzeitig die Juche-Ideologie, eine neue ideologische Anleitung unserer Epoche der Souveränität, in Widerspieglung des Strebens der Volksmassen und der Anforderungen des Zeitalters."

³ Ebenda. S. 44

¹ In: Kim Jong II, Ausgewählte Werke Band 11, Pyongyang, 2006, S. 43-86 oder als PDF-Datei unter: http://www.korean-books.com.kp/KBMbooks/de/work/ leader2/3042.pdf

² Kim Jong II, Ausgewählte Werke Band 11, Pyongyang, 2006, S. 43

Daher ist der Sozialismus in der DVRK als Juche-Sozialismus, als Sozialismus koreanischer Prägung, definiert. Er stützt sich fest auf die Volksmassen und kann daher nicht zusammenbrechen.

In seinem Werk erklärt Kim Jong II die Natur des Sozialismus sehr klar und sagt, was Sozialismus ist und was Sozialismus nicht ist: "Die sozialistische Ökonomie, die dem Volke dient, ist keine Marktwirtschaft, sondern eine Planwirtschaft; sie ist keine abhängige, sondern eine selbständige Wirtschaft. Die Marktwirtschaft, bei der das Geld über allem steht, und die abhängige Wirtschaft, die nur die ausländischen Monopolkapitalisten bereichert, widersprechen von Grund auf den Interessen der Volksmassen. Auch im Tempo der Entwicklung kommen die genannten Wirtschaftsformen der sozialistischen Ökonomie nicht nach, die sich planmäßig und selbständig entwickelt." Dies zerstört gekonnt die Sophistereien derer, die sich für eine sogenannte "sozialistische Marktwirtschaft" einsetzen. Darüber hinaus weist Kim Jong II darauf hin, dass "Die Imperialisten und deren Wortführer davon faseln, das "materielle Aufblühen" der entwickelten kapitalistischen Länder sei ein Ergebnis der Entfaltung der der "Vorzüge" des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das ist eine Sophisterei, die niemand betrügen kann. Diese kapitalistischen Industriestaaten traten schon früh den Weg der kapitalistischen Entwicklung an. Bei den sozialistischen Ländern handelt es sich um Länder, die einst ein rückständiges ökonomisches Entwicklungsniveau hatten oder eine Kolonie oder Halbkolonie waren. Die entwickelten kapitalistischen Länder erlangten ein "materielles Aufblühen" durch grausame Ausbeutung der Werktätigen und koloniale Ausplünderung der Länder der Dritten Welt. Die sozialistischen Länder dagegen tun so etwas nicht. Die Imperialisten können absichtlich "materielles Aufblühen" etablieren, um einige rückständige Länder in ihre Kolonie zu verwandeln, um sie mit den sozialistischen Ländern zu konfrontieren. Solche eine abhängige Wirtschaft vermag es jedoch nicht, den werktätigen Volksmassen einen wahren Wohlstand zu sichern, auch wenn sie hochentwickelt ist. Nur die sozialistische Wirtschaft, in der Land und Nation eine Einheit bilden und die sich auf selbständiger Grundlage planmäßig entwickelt, bringt den werktätigen Volksmassen wirklich Aufblühen und Glück. Der Aufbau einer soliden selbständigen Nationalwirtschaft, die sich planmäßig entwickelt, ermöglicht es, politische Unabhängigkeit zu sichern, eine stabile materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen, den materiellen Wohlstand des Volkes zu verbessern und somit die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung stärker zur Geltung zu bringen. Die Imperialisten manövrieren hinterlistig, um mittels "ökonomischer Zusammenarbeit" und "Hilfe" als Köder andere Länder zur kapitalistischen Marktwirtschaft zu zwingen und ökonomisch in sie einzudringen."⁴

Genosse Kim Jong II prangert in seinem Werk das bürgerliche Mehrparteiensystem und diejenigen an, die den Sozialismus aufgrund der Frage der "Menschenrechte" verleumden: "Die bürgerliche Demokratie, die den Kampf der breiten werktätigen Volksmassen um demokratische Freiheiten und das Existenzrecht brutal unterdrückt, kann niemals eine wahre Demokratie sein. Die Imperialisten und Reaktionäre bezeichnen öffentlich den bürgerlichen Parlamentarismus und die bürgerliche Parteienpluralität als eine sogenannte Demokratie. Die in der Politik jedoch wirklich schaltenden und waltenden Hintermänner sind die großen Monopolkapitalisten. Sie werfen selbst die genannten formalen Ordnungen unverzüglich über Bord, wenn sie glauben, diese seien Hindernisse bei der Aufrechterhaltung ihres reaktionären Herrschaftssystems, und klammern sich unverhohlen an die faschistische Herrschaft. Das zeigen die historischen Tatsachen eindeutig. "⁵ Dies ist eine brillante Enthüllung des reaktionären Mülls über Menschenrechte und des Lobes der bürgerlichen Demokratie.

Als dieses Werk vor 30 Jahren 1991 zum ersten Mal erschien, lasen die Anhänger der Juche-Ideologie es mit großer Begeisterung und waren erfreut, als es klare Antworten auf die Tagesfragen gab und den Weg für die kommunistische Weltbewegung zeigte. Das Werk "Unser Sozialismus, in dem die Volksmassen im Mittelunkt stehen, ist unbesiegbar" bleibt auch heute noch genauso gültig wie zu der Zeit als es geschrieben wurde. Der Hunger, die Armut, Erwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit, Ungleichheit usw. in der gesamten kapitalistischen Welt beweisen, dass jede Illusion in den Kapitalismus und die Wahl des kapitalistischen Weges zu Selbstzerstörung führt und das Ideal und die Wünsche der Volksmassen nur in einem sozialistischen System in die Realität umgesetzt werden können.

 $(\ddot{U}bersetzt\ und\ gest \ddot{u}tzt\ auf:\ https://juche007-anglo-peopleskorea\ friends-hip.blogspot.com/2021/05/on-30th-anniversary-of-publication-of.html\)$

_

⁴ Ebenda. S. 67-69

⁵ Ebenda. S. 58

Zur politischen Ökonomie des Sozialismus

Hermann Jacobs: ... aber gibt es auch "Geld ohne Warenproduktion?"

In Analogie zu Thomas Kuczynski: "Wert ohne Warenproduktion?"

"Wert ohne Warenproduktion?" - lautete der Titel eines Beitrages von Thomas Kuczynski, den die Zeitschrift "Z/Marxistische Erneuerung" in ihrer Nr. 122, Juni 2020 veröffentlichte. In ihm ging es um die Frage, wie Engels zum Verständnis des Begriffs "Wert" gelangt ist.

Gewiss, die Frage, wie Menschen zum Wert bzw. Wertverständnis gekommen sind, ist auch ein Interesse der Wirtschaftshistorik. Wege, die Menschen zur Erkenntnis führen, sind auch Gegenstand einer Wissenschaft. Aber, mein Vorschlag: Interessanter noch sollte uns der Werdegang im Objekt/Objektiven selbst sein. Wohin *in der Geschichte* ist es denn mit dem *Wert selbst* gegangen? Wir hatten es doch schließlich auch/schon mit dem Sozialismus zu tun – in dem es zwar noch beim Geld geblieben ist. Aber daher auch beim Wert?

Daher meine Frage: "Gibt es noch das Geld, ohne dass es den Wert, und das heißt: die Warenproduktion, noch gibt?"

Engels wie auch Marx meinten doch, mit dem Wert gehe es einst "den Bach herunter", d.h. die Geschichte würde sich vom Wert auch verabschieden. Wert ist eine Kategorie noch der bürgerlichen Gesellschaft resp. der Produktionsweise des privaten Eigentums an der Arbeit, wird aber keine mehr des Kommunismus sein. Schon in der Übergangsperiode zum Kommunismus (später Sozialismus genannt, und manchmal wie eine eigene Gesellschaft, "noch verschieden vom Kommunismus", verstanden) sah jedenfalls Marx keine Entwicklung des Wertes, d.h. der sachlichen Form der Produkte mit Wertform (Waren genannt) mehr vor.

Nur bei der individuellen Form der Aneignung, also Aneignung von Produkten durch den lebendigen Menschen, orientierte Marx noch auf eine Übergangsphase. Vom Prinzip her sollte es in ihr bereits um eine Verteilung nach dem Bedürfnis gehen, d.h. das Bedürfnis *auf Gebrauchsgüter* sollte an die

Stelle des Wertes – als das Anzueignende in einer Produktionsweise – treten, aber zunächst sollte das Bedürfnis noch begrenzt sein. In Analogie zum Wertprinzip, das ja auch nichts als eine Bestimmung der Aneignung nach dem Zeitprinzip ist, sollte in dieser ersten "Periode" die *Dauer der Arbeitszeit* die Aneignung noch begrenzen. (Wer 10 Stunden gearbeitet hatte, sollte also mehr bekommen als jemand, der nur 8 Stunden tätig war; und auch unterschiedlich qualifizierte Arbeit sollte/soll ja, trotz gleicher Arbeitszeit, mit Lohnunterschied bedacht werden). Aber als Zeit sollte die "individuelle Zeit" gelten. Wohlgemerkt: nicht die nach der Wertform bestimmte Arbeitszeit – wie in der Warenproduktion. (Marx unterstellte gesellschaftliches Eigentum an der Arbeit, womit die individuelle, besondere Arbeit ohne Einfluss auf die Bestimmung des Zeitprinzips wird.)

Womit die Antwort – auf die Frage von Thomas Kuczynski - gegeben: Keine Warenproduktion mehr, kein Wert mehr. Natürlich schließt das ein, dass, wenn notwendig – und das war bzw. ist notwendig: siehe sozialistisches Leistungsprinzip -, das Wertprinzip durch ein anderes Zeitprinzip auch ersetzbar sein muss. Was der Fall ist. (Selbst der Wert ist nur der Durchschnitt an sich individueller Arbeitszeiten; jeder Zeitbestimmung liegen reale Arbeitszeiten zugrunde, und das sind immer individuelle, besondere).

Und auch beim Geld sah Marx eine wichtige Veränderung: nicht Geld/Geldmengen sollten diese Arbeitszeit bestätigen, sondern ein Arbeitszeit-Schein. Dieser sollte *gegen Güter gewechselt* werden, die "gleichviel Zeit kosteten". (Gothaer Programmkritik). Also: keine Wertform der Zeitbestimmung mehr, und auch kein Geld – als die vergegenständlichte Form der Wertbestimmung - mehr, weil eben ... Arbeitszeit bestätigende und in Güter aufgehende "Zeit-Leistungsscheine" an ihre Stelle treten.

Es ist – in Ländern erster sozialistischer Realität - ein bisschen anders gekommen als Marx sich das dachte. Zeitscheine kamen nicht, die Produkte behielten ihre Preise, und Geld war nach wie vor das Medium, über das sie erworben werden mussten.

Hat Marx sich geirrt - grundsätzlich? Oder nur der Form nach? Das heißt: Änderte sich etwas am Wert und am Geld? Und zwar so, dass die Marxschen Forderungen auch über die Formen zu erreichen sind, die bislang als die Formen der Warenproduktion galten?

Diese Frage wie die richtige Antwort auf sie ist von gewissem Interesse, denn der Erhalt von Preis und Geld als den nur äußeren Formen, von denen rückwirkend auf den Erhalt auch des inneren Wesens dieser Formen - dem Wert, dem im Geld eine gegenständlich zu besitzende Form gegeben - geschlossen wurde, hat für gewisse Irritationen im bisherigen Sozialismus (ob dieser doch noch eine besondere Entwicklungsform der Warenproduktion sei) gesorgt; Klärung in beiden Fragen könnte uns also dazu verhelfen, auch in diese übergreifende Frage – nach dem Charakter der Produktionsweise in einer ersten Periode des Kommunismus - Klarheit hinein zu bringen.

Daher zunächst noch einmal zum Unterschied von Wert und individueller Zeit, damit zum Unterschied von Warenproduktion und erster Periode des Kommunismus: Was ist der Wert? Er ist eine Zeitbestimmung der Arbeit. Allerdings mit der Besonderheit verbunden, unter *Berücksichtigung der konkreten Seiten der Arbeit zu erfolgen*. Für sie muss – per Preiskampf - ein Durchschnitt an Individualität bestimmt werden. Die unmittelbare Anerkennung der Individualität, wie Marx das für das sozialistische Leistungsprinzip forderte, ist im Wertprinzip ausgeschlossen. Die Anerkennung der Arbeitszeit in der Form des Wertes führt zu einer Mittelgröße der individuell notwendigen Arbeitszeiten, wer darunter oder darüber – mit seiner individuellen Arbeitszeit – liegt, realisiert, wenn er zu einer Durchschnittsgröße realisiert, entweder Plus- oder Minus-Mengen an Arbeitszeit. Bei darunterliegender Zeit Plusmengen an Wert, bei darüberliegender Individualzeit Minusmengen.

Genau diese durchschnittlich notwendige Zeit muss bei gemeinschaftlichem Eigentum an der Arbeit entfallen, weil nämlich die Arbeit als konkrete bereits ab dem Beginn des Kommunismus, also ab dem "Sozialismus"/1. Periode des Kommunismus, in die Hoheit der Gesellschaft fällt. Weil das Eigentum an der Arbeit nicht länger ein besonderes blieb, sondern ein gemeinsames wurde, besitzen alle die konkreten Besonderheiten der individuellen Arbeit – Produktivität der individuellen Arbeit, organische Zusammensetzung der individuellen Arbeit, Güte der besonderen Arbeit usw. - als ihre gemeinsame Eigenschaft, also alle Individuen mit allen anderen Individuen gemeinsam; so kann die konkrete Seite der Arbeit nicht zum Gegenstand einer Unterscheidung der Individuen im Sozialismus herangezogen werden. Ob die einzelne Arbeit von unterschiedlicher Produktivkraft ist, spielt im Sozialismus für die Anerkennung der Zeit durch Geld keine Rolle. Soviel an Zeit, soviel an Geld. Das

sozialistische Leistungsprinzip (in einer ersten Periode des Kommunismus) ist nur verstanden, wenn als Prinzip verstanden, das auf den Boden gemeinschaftlichen Eigentums an der Arbeit gestellt ist.

"Wert ohne Warenproduktion?" So fragt Thomas Kuczynski im Titel seiner Arbeit. Und er legt dar, wie Engels sich das Verständnis in dieser Frage erarbeitet hat – zunächst und später. Uns aber interessiert das Objekt selbst. Wie bewegt es *historisch*, wie und was haben Historiker zu erkennen? Nein, haben wir also auf seine Frage zu antworten, ohne Warenproduktion heißt = ohne Wert.

Damit ist die Frage von Thomas Kuczynski – ausgedehnt auch auf den Sozialismus - beantwortet: Im Sozialismus, unter der Bedingung, dass noch auf die Arbeitszeit als einem Maß der Aneignung rekurriert werden muss, bei einem sozialistischen Leistungsprinzip also, muss ein anderes Zeitprinzip an die Stelle des in der Warenproduktion gewohnten treten: Ein "unmittelbar notwendig" sich bestimmendes Prinzip. Um es genauer zu sagen: Erfolgt die Zeitbestimmung in einer Warenproduktion für Waren, d.h. für die gegenständliche Arbeit, so im Sozialismus, bei keiner Warenproduktion mehr (also einer Produktionsweise unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit) für den lebendigen Arbeiter. Wir gehen von einer Wertbestimmung für Waren zu einer Zeitbestimmung von Menschen über. D.h. der Arbeiter leistet – bereits ab dem Kapitalismus - die Arbeit, als würde sie in ihren sachlichen Bezügen gar keine Rolle spielen, Zeit muss nur ... geleistet werden. (Die rationalen Momente der konkreten Seite der Arbeit bestimmen sich ia – wie jeder in der Produktion Arbeitende weiss - sowieso in der Arbeit selbst, sie bedürfen keiner "Art und Weise" von Verhältnissen). Und dem folgt die Anerkennung mit Geld!

Beispiel: Können bei objektiv bedingter unterschiedlicher Produktivkraft in dem einen Betrieb bei gleicher Arbeitszeit 10 Gebrauchswerte produziert werden = 10 mal der Preis, in einem anderen Betrieb aber nur 5 (immer gleicher Art) = 5 mal der Preis, so ist die individuell unterschiedlich aufgebrachte Arbeitszeit (je Produkt) dennoch gleichen gesellschaftlichen Rechts auf – *Lohn!* D.h. diese Arbeit – genauer: diese Arbeiter - erhalten das gleiche Geld, den gleichen Anteil an der gesellschaftlichen Produktion Abteilung II Konsumtionsmittel.

Und dem entsprach der reale Sozialismus – in seinem Verhältnis zu Preisen, zum Geld und zur Anerkennung der Arbeitszeit mit Geld. Aber: Die Anerkennung der - jetzt – individuellen Arbeitszeit erfolgt eben mit einem Geld das Lohn ist. Vom Arbeiter und seinem Lohn her müssen die neuen Rechtsverhältnisse in der Arbeit im Sozialismus bestimmt sein, sonst macht das Ganze keinen Sinn mehr.

Denn mit der Warenproduktion und ihrem Wert verschwindet auch ihr Produzent, der – Warenproduzent. Und an seine Stelle tritt der, der aus dem Kapitalismus in den Sozialismus hinüberwechselt: Das ist der Lohnarbeiter. Seine Bestimmung zu Arbeitszeit und Geld werden die nun gesellschaftlich im Sozialismus gültigen Bestimmungen – als die letzten in der Geschichte möglichen mit Zeit als Maß der Aneignung und Geld als der Form, über die das vermittelt ist.

Wer meint, das wäre eine Neubestimmung erst für den Sozialismus, irrt ein wenig: Schon die Löhne im Kapitalismus werden ja auf geleistete Zeit gezahlt; und nun welche? Natürlich die individuell geleistete unabhängig von allen konkreten Elementen der Arbeit, also gerade nicht die Wertform der Zeit. Und das Geld wechselt der Arbeiter in ... Güter, die "gleichviel Geld kosten", um. Weil im Kapitalismus die Arbeit an sich, fallen auch die Besonderheiten der Arbeit in die Aneignungsform des Kapitalisten, deshalb können sie – das gilt es zu beachten - schon im Kapitalismus nicht mehr (!) die Zeitform des Lohnarbeiters modifizieren. Die Lohnbestimmung ab dem Kapitalismus greift also, weil quantitativ vom Zeit-Individualprinzip geleitet, in das Leistungsprinzip im Sozialismus voraus.

_

⁶ Weshalb Profite verungleichen, Löhne aber nicht. D.h. es gibt keine "gesellschaftlich durchschnittlich notwendig" sich bestimmenden Löhne. Im Kapitalismus deshalb nicht, weil die Arbeiter nicht die Eigentümer der Arbeit, damit ihrer Besonderheiten sind, und im Sozialismus deshalb nicht, weil sie gemeinsame Eigentümer der Arbeit sind. Das sind zwei Verhältnisse, Besonderheiten bei der Bestimmung eines Verhältnisses auszuschließen. Formell erfolgt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus daher beim Lohnarbeiter – "unbemerkt".

⁷ Wenn auch nicht der Lohn als solcher. Dieser bestimmt sich ja im Kapitalismus als ein Wert, bezogen auf die Abteilung II der Produktion/Konsumtionmittel, ist

Man sieht, die Marxschen Forderungen für den Sozialismus/1. Phase des Kommunismus sind schon im Kapitalismus erfüllt, allerdings nicht von/für den Kapitalisten, aber von/für den Arbeiter. Marx hat etwas – in seiner Analyse des Kapitalismus – übersehen: Die besonderen Verhältnisse des Arbeiters zu den "Kategorien des Kapitalismus".

Man kann keine Warenproduktion aufheben/verlassen, ohne ihr ökonomisches Subjekt, den Warenproduzenten aufzuheben/zu verlassen. Im Sozialismus bleibt aus dem Kapitalismus nur *ein* Subjekt übrig: der Lohnarbeiter. Will man jetzt ökonomische Verhältnisse erkennen/bestimmen, hat man sie am Lohnarbeiter zu erkennen/zu bestimmen.

Damit ist die Frage beantwortet, die im Titel angeschnitten: Wenn es auch keinen Wert ohne/außerhalb der Warenproduktion gibt, gibt es dann aber noch ein Geld wie in der Warenproduktion? Wir sagten doch, dass es - im realen Sozialismus - nicht zu den Marxschen Zeitscheinen gekommen ist, sondern es beim Geld geblieben ist. Frage: Ist dieses Geld "im Sozialismus" noch ein Geld "wie in der Warenproduktion"? Nein, lautet auch hier die Antwort. Wo nicht das bürgerlich-kapitalistische Wertprinzip mehr, da auch das bürgerlich-kapitalistische Geldprinzip nicht mehr. Den Bedeutungswandel, dem das Zeitprinzip unterliegt, folgt ein zweiter Bedeutungswandel, dem das Spiegelt das Geld in einer Warenproduktion unterliegt. Geld Wert/zeitlichen Arbeitsaufwand der Arbeit – in einer zeitlich durchschnittlich notwendigen Menge - wider, so das Geld im Sozialismus, bei unmittelbarer Anerkennung der Arbeitszeit, den stofflichen Aspekt. D.h. es wird gebildet bzw. steigt (wie fällt) in seiner Menge, wie die stoffliche Menge, die Summe der produzierten Güter gebildet wird, d.h. steigt (oder fällt). Und dies umso besser, je fester, konstanter die Preise bleiben. (Womit auch das Preissystem im Sozialismus erklärt ist).

Ebensowenig wie es ohne Warenproduktion eine Wert-Bestimmung der Arbeitszeit nach Art der Warenproduktion gibt, gibt es auch ohne Warenproduk-

also immer *durch eine Warenmenge begrenzt*. Im Sozialismus mit Leistungsprinzip dagegen bestimmt sich der Lohn als ein Anteil an eben dieser Abteilung (so schon Marx, siehe ebenfalls Gothaer Programmkritik), ist also immer in Gütermengen offen/geöffnet, d.h. wächst mit der stofflichen Produktion in der Abteilung II/Konsumtionsmittel.

tion eine Geld-/Geldmengen-Bestimmung nach deren Art. Sollen also sowohl die Arbeitszeit als auch das Geld - "über die Warenproduktion hinaus", "in den Sozialismus hinein" - noch eine Rolle spielen, noch ein Maß für die Aneignung abgeben, müssen sie neuen Bestimmungen unterliegen.

Die Dialektik des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus resp. von einer Warenproduktion zu einer ersten Entwicklungsform des Kommunismus ist so, dass nicht die Warenproduktion resp, der Kapitalismus einfach im Orkus der Geschichte verschwinden, sondern so, dass der Übergang zum neuen Produktionsprinzip der unmittelbaren Aneignung dem Bedürfnis (auf Gebrauchsgüter) nach sowohl über ein modifiziertes Zeitprinzip als auch über ein modifiziertes Geldprinzip erfolgt. Die Bestimmung der Arbeitszeit (als einem Maß für die individuelle Aneignung) befreit sich von den Momenten der konkreten Seite der Arbeit, womit das Geld von der Aufgabe befreit ist, noch Ausdruck der Wertform der Zeitbestimmung der Arbeit zu sein. Nicht befreit ist es dagegen von der Funktion. Gebrauchswerte an den Arbeiter zu vermitteln: diese Vermittlungsfunktion des Geldes, die es schon in Bezug auf den Arbeiter, seinen Lohn, im Kapitalismus besitzt, behält es auch noch in einer ersten Periode des Kommunismus, in der das Leistungsprinzip, d.h. die geleistete Arbeitszeit noch eine Voraussetzung dafür ist, Mengen der Aneignung zu begrenzen. Geld erfüllt diese Aufgabe, indem es – selbst begrenzt ausgezahlt, den Zugang zu Mengen Gebrauchswerten begrenzt.

Ist das, was hier über Zeit-, Preis-, Geld-, Lohn-Bestimmung im Sozialismus gesagt worden, im realen Sozialismus aber auch erkannt worden? Hat es hinreichende Diskussionen zu all diesen Fragen gegeben? Nein, wir haben ein offenes Kapitel des ersten Sozialismus aufgeschlagen — wenn auch mehr in der Theorie als noch in der Praxis; die Praxis war weiter als das Denken über den Sozialismus. Es ließ sich noch über die neue Praxis theoretisch verwirren. Das offene Fenster des Sozialismus kann noch immer durch eine hinreichend revolutionäre Debatte geschlossen werden. Zur Theorie ist immer Zeit. Besonders, wenn ihr eine Praxis schon vorangegangen ist.

Beiträge zur Analyse des deutschen Imperialismus

Frank Flegel, Jürgen Geppert und IΦB: Der deutsche Imperialismus und die Frage seiner West- und/oder Ostorientierung. Das Handeln der deutschen Regierung, u.a. der Kampf um die Weltleitwährung

Der deutsche Imperialismus hat sich nach der Reichsgründung 1871 recht schnell entwickelt und war spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts voll ausgeprägt. Die geostrategische Lage Deutschlands zwischen West und Ost spielte bei seiner Entwicklung immer eine wichtige – und gleichbleibende – Rolle.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts zeigten sich die aggressiven Bestrebungen des deutschen Imperialismus, die sich im Wesentlichen nie verändert haben, jedenfalls nicht in den Inhalten, wohl aber in der Form. Kurz vor dem I. Weltkrieg wurden sie präzise formuliert. In der berühmt-berüchtigten Kriegszieldenkschrift des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom September 1914 heißt es:

»Sicherung des deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland muß von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden...

1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhangs der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten achtzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden. Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und es ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten...

- 2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen ... Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist. Gleichviel, jedenfalls muß Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden...
- 3. Luxemburg. Wird deutscher Bundesstaat...
- 4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes ... Dieser Verband ... unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren. (Eben dies ist bekanntlich dem deutschen Imperialismus nach 1989/90 aufgrund seines ökonomischen Potentials auch ganz ohne Krieg gelungen.)
- 5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziel werden später geprüft...« (Zit. nach Kühnl 1979, 24 f., Nr. 6)

Zwei Monate später schreibt Bethmann Hollweg als gehorsamer Diener seiner monopolkapitalistischen Herren ans Auswärtige Amt:

»... Übrigens habe ich mir von Herrn Stinnes eine von Professor Schumacher in Bonn auf Grund eingehender Beratungen mit Kirdorf, August Thyssen, Hugenberg und Stinnes selbst [gleichsam die Cremè de la Cremè der deutschen Schwerindustrie – J.W.] verfaßte Denkschrift geben lassen, die über die Friedensbedingungen dieser Herren Aufschluß gibt. Stinnes behauptete, daß diese Bedingungen die übereinstimmende Forderung der gesamten Industrie und Landwirtschaft, der Konservativen und Liberalen seien. Die Annexionswünsche erstrecken sich für Frankreich auf: Belfort, Epinal, Toul, Verdun, Briey und das gesamte nördliche Küstengebiet bis zur Somme einschließlich aller Kohlenlager Frankreichs um Lille, Lens, Arras usw., den Congo, Dahomey, Obok usw. Für Rußland auf das Land westlich der Linie Narwa, Wilna, Grodno, Petrikow, endlich ganz Belgien.« (Zit. nach ebd., 25 f., Nr. 7 – vgl. dort auch die Kriegszieldenkschrift der sechs größten Interessenverbän-

de der Industrie und des Großgrundbesitzes an Bethmann Hollweg vom Mai 1915)

Die Kriegsziele des Hitlerfaschismus waren ähnlich gestrickt, ebenso das Schaukelspiel der Ost- bzw. Westorientierung der Okkupationspläne. Dem entsprechend war sich der deutsche Imperialismus in den 30er und Anfang der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts nie besonders einig darüber, ob es zunächst gegen Westen oder zunächst gegen Osten gehen sollte, ob man eine taktische Partnerschaft mit den USA eingehen solle (um freie Hand in Europa und nach Osten zu haben) oder eine mit der Sowjetunion (um freie Hand nach Westen zu haben).

Das Resultat dieser geostrategischen Lage war sowohl in nicht-kriegerischen Zeiten als auch in Zeiten des Krieges eine Schaukelpolitik, die mit Bismarck begann und bis heute nicht aufgehört hat. Treuschwüren in Richtung USA folgten Annäherungen an die Sowjetunion (in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts) oder an Russland (während der Jelzin-Zeit und nochmals während der Kanzlerschaft Schröders), seit einiger Zeit vorherrschend aber Distanz und Feindschaft gegenüber Russland und China. Ähnlich schwankend ist die Haltung gegenüber den USA, denn eins ist immer klar: jeder imperialistische Konkurrent ist potentiell ein Feind.

Trotzdem ist Frankreich Deutschlands engster und strategisch wichtigster Partner in Europa, was nicht heißen soll, dass das eine Liebesehe ist. So lange beide nur gemeinsam ihre Interessen durchsetzen können, wird sie halten. Länger aber auch nicht. Zur Zeit gibt es mit keinem anderen Land eine so regelmäßige und intensive Abstimmung auf allen politischen Ebenen und in allen Politikbereichen. Die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit – in Berlin EU-Staatsminister Roth, in Paris EU-Staatssekretär Beaune - sind die institutionelle Brücke der Bundesregierung zwischen Deutschland und Frankreich. Seit März 2019 tagt zweimal im Jahr die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, gebildet aus je 50 Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der französischen Nationalversammlung. Der Élysée-Vertrag, den Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer am 22. Januar 1963 unterzeichneten, legt den Grundstein für diese enge Zusammenarbeit. Am 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags wurde der 22. Januar zum Deutsch-Französischen Tag erklärt. Der am 22. Januar 2019 unterzeichnete Vertrag von Aachen ergänzt den Élysée-Vertrag und richtet die bilateralen Beziehungen für zukünftige Herausforderungen neu aus. Deutschland und Frankreich sind füreinander herausragende Handelspartner in Europa. Der Luft- und Raumfahrtkonzern Airbus steht für die engen deutsch-französischen Industriekooperation. Die Chefs der größten börsennotierten Unternehmen aus Frankreich und Deutschland treffen sich jährlich mit Spitzenpolitikern beider Länder anlässlich der deutsch-französischen Unternehmertreffen.

Aber es gibt auch starke Zentrifugalkräfte innerhalb der EU, was Nord Stream II angeht auch Widersprüche mit Frankreich. International gibt es gegenseitige Versuche der ökonomischen Erdrosselung auf allen Ebenen der deutschen Weltwirtschafts- und Außenpolitik. Und der Neokolonialismus treibt entsetzliche Blüten.

Deutschland setzt auf seine ökonomische Kraft, durchdringt alle möglichen Länder der Erde mit seinem Kapital- und Warenexport, zerstört in den schwächeren Ländern deren eigenständige Wirtschaft und ringt gleichzeitig um eine Position innerhalb der Führungsgruppe der einflussreichsten imperialistischen Länder. Noch geschieht dies ohne offene militärische Operationen zwischen den führenden imperialistischen Ländern, aber die Widersprüche wachsen.

Der Kampf um die Weltleitwährung ist längst entbrannt. Was ist eine Weltleitwährung? Das Führungsland des Imperialismus hat seine ökonomischen Krakenarme – wie auch seine imperialistischen Konkurrenten, nur in höherem Ausmaß - in vielen Ländern der Peripherie, beherrscht große Teile der Rohstoffvorkommen und vermarktet diese. So wird die Währung dieses Führungslandes zu einer internationalen Währung, große Teile des Welthandels, also auch des Handels mit den imperialistischen Konkurrenten, werden in dieser Währung abgewickelt und so wird sie zur Weltleitwährung. Nach dem II. Weltkrieg war diese für viele Jahrzehnte unangefochten der US-Dollar.

Die Weltleitwährung zu stellen bringt viele Vorteil für die Situation des imperialistischen Führungslandes, zementiert diese Position, denn die Staatsbank kann wesentlich mehr Geld in Umlauf bringen, als die nationale Zirkulationssphäre aufnehmen könnte⁸.

⁸ Geld als Zeichengeld bzw. Rechengeld hat keinen eigenen Wert, wie ihn beispielsweise der Silbertaler im Mittelalter noch hatte und haben musste, denn damals gab es noch keine nationa-

Das bedeutet einerseits, dass eine Niedrigzinspolitik möglich wird, wie wir sie gerade in der EU haben. Kredite werden "billig". Eine solche Politik pumpt große Mengen Geld/Kapital in die Ökonomie und die Warenzirkulation, erleichtert so Investitionen und kurbelt den privaten Konsum an. Das entstehende astronomisches Staatsdefizit wird tragbar, weil es nicht zu einer galoppierenden Inflation führt.

Warum nicht? Weil ständig große Mengen der nationalen Währung aus der nationalen Zirkulationssphäre abfließen, für die Weltmarktgeschäfte gebraucht und zusätzlich von anderen Ländern bzw. Staatsbanken als Devisenreserven und Staatsschatz aufgehäuft werden.

So werden staatliche Investitionszuschüsse, Hilfen und Garantien für den Kapitalexport, eine andere Länder ökonomisch erpressende Außenpolitik und zur Absicherung all dessen ein riesiger Militärapparat relativ problemlos finanzierbar. Dadurch werden ungeheure Massen an Extraprofiten und Monopolprofiten aus den vom Imperialismus unterdrückten und abhängig gemachten Ländern realisiert, was die Vormachtstellung des imperialistischen Führungslandes natürlich weiter stärkt.

Das Gesetz der ungleichen Entwicklung, das den Kapitalismus auszeichnet, macht aber auch vor dem gerade skizzierten Mechanismus nicht halt. Zwar wird die Geschwindigkeit der Ablösung ehemals führender Länder durch aufstrebende andere etwas gebremst, nicht aber grundsätzlich außer Kraft gesetzt. Diesem Prozess wohnen wir seit der Konterrevolution bei. Die EU (unter deutscher Führung) ist inzwischen so weit erstarkt, dass der Euro nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Währung der Welt geworden ist. Neben den 19 Euro-Staaten nutzen ihn weitere 60 Länder weltweit, z.T. haben sie

len Zirkulationssphären und keine staatliche Zentralbank. Zeichengeld bedeutet, dass das Geld ein Zeichen des Wertes ist, dass es nur Wertsein darstellt, weil die Waren ihren Wert in ihm ausdrücken. Insofern ist die gesamte Wertsumme, die das in einer nationalen Zirkulationssphäre zirkulierende Geld, sei es Papiergeld oder Rechengeld, darstellt, bestimmt von der zirkulierenden Warenmenge und deren Wert (geteilt durch die Umschlagsgeschwindigkeit, was nur heißt, die Tatsache zu berücksichtigen, dass sagen wir ein 5-Euro-Geldschein Waren im Wert von beispielsweise 15 Euro pro Tag zirkulieren kann). Wird die zirkulierende Geldmenge willkürlich erhöht, steigt nicht der tatsächliche Wert dieser Geldmenge, auch wenn sie nominal größer geworden ist, stattdessen sinkt der Wert des einzelnen Geldscheines, wir haben eine Inflation. Dieser Mechanismus wird für das Land, das die Weltleitwährung stellt, zwar nicht gänzlich aufgehoben, der Spielraum der Geldpolitik aber wird wesentlich erweitert.

ihre Währungen an den Euro gebunden. Der Euro macht ein Fünftel der Fremdwährungsreserven ausländischer Zentralbanken aus.

Dies ist die Situation, in der nun die EU-Kommission zum Angriff auf die Stellung des US-Dollars als Weltleitwährung bläst. Am 5.12.2018 legte die EU-Kommission ein Ideenpapier vor, wonach der Euro international eine wichtigere Rolle spielen soll. Vor allem die Energieimporte der EU sollen zukünftig in Euro und nicht mehr in Dollar abgewickelt werden. Das ist ein Markt von 300 Milliarden Euro jährlich. Außerdem blickt man interessiert auf die Sanktionspolitik der USA. Diese wollen Konzerne, die sich den US-Sanktionen (z.B. gegen Russland) nicht beugen wollen, vom US-Finanzsystem abschneiden, so dass sie keine Geschäfte mehr in US-Dollar abwickeln können und massive Einbußen befürchten müssen. Eine stärkere Rolle des Euro auf dem Weltmarkt könnte für solche Konzerne interessant sein. DPA sagt dazu: "In den USA dürften die Ideen neuen Unmut auslösen" (HNA, 6.12.2018)

Nach dem oben Dargestellten dürfte klar sein, dass das neue Vorhaben der EU den Kampf um die imperialistische Führungsposition auf eine neue Ebene hebt, denn wenn die Pläne gelingen, werden die USA wesentlich geschwächt, der US-Dollar kann ins Trudeln geraten, das Staatsdefizit wirkt eventuell inflationär, es wird für die USA schwieriger werden, den Rüstungshaushalt in der jetzigen Höhe aufrecht zu erhalten usw. Die EU (unter deutscher Führung) macht den USA ganz offen den Platz 1 in der imperialistischen Pyramide streitig.

Dass die EU weiß, was sie tut, zeigen die verstärkten Bemühungen zur Schaffung einer von den USA und der NATO unabhängigen europäischen Streitmacht.

Heinz Ahlreip und Michael Kubi: Die ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Imperialismus in Afrika

Auszugehen ist bei dieser Thematik von der Imperialismusanalyse Lenins und von der Oktoberrevolution. Lenin machte uns wiederholt darauf aufmerksam, und besonders in der Zeit des ersten Weltkrieges, in der Zeit vor der Oktoberrevolution, dass man Politiker nicht nach den Worten beurteilen soll, die aus ihrem Munde kommen, sondern nach ihren Taten. Im ersten Weltkrieg hatten englische Imperialisten Belgien die Freiheit versprochen und deutsche Imperialisten versprachen das Gleiche den Polen. In Wirklichkeit versteckten die Imperialisten ihre Raubgelüste hinter diesen wohlschmeckenden Parolen. So wurde kurz nach der Oktoberrevolution, dem Epizentrum proletarischer Revolutionen im 20. Jahrhundert, die Intervention von 14 imperialistischen Armeen in das weite Territorium Russlands u. a. damit begründet, dass man das Land vor der deutschen Armee schützen wolle, damit die russischen Völker ihre Waffen, ihre Munition und ihre Ausrüstung behalten können, dass sie nicht den Deutschen in die Hände fallen dürfen, während die Imperialisten in Wirklichkeit die großen weißgardistischen Armeen mit Kriegsmaterial versorgten und sie aufrüsteten.

Solange der Warschauer Pakt existierte, war die Bundeswehr an "ihr" Territorium gebunden, erst ab 1990 trat diese auch mit regulären Truppenverbänden auf ausländischen Kriegstheatern (ein Ausdruck von Clausewitz) in Erscheinung. Zu betonen ist: Mit regulären Truppen, denn nachrichtdienstliche, geheimdienstliche Operationen und Putschbeteiligungen gab es weltweit seit Bestehen der Bundeswehr. Ab 1990 wurde zur Täuschung der Völker die einzelnen Auslandseinsätze primär als humanistische Missionen getarnt. Es sollen keine Einsätze sein, die man als kriegerische bezeichnet, im Gegenteil, sie alle sollen dem Frieden dienen. Derzeit gibt es auf drei Kontinenten 12 Einsätze der Bundeswehr mit 3 000 Soldatinnen und Soldaten. (So die Angaben auf der offiziellen Seite der Bundeswehr im Internet: Google: Der Einsatz der Bundeswehr in Mali. Unter dieser Seite sind Kurzinformationen über alle Einsätze der Bundeswehr aufgeführt). Bewaffnete Einsätze müssen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 vom Parlament genehmigt werden (konstitutiver Parlamentsvorbehalt), unbewaffnete nicht. Grundsätzlich hat diese Gerichtsinstitution den Einsatz von Waffengewalt der Bundeswehr im Ausland abgesegnet, sie seien verfassungsrechtlich zulässig. Das Verfahren zur Beteiligung des Parlaments wurde Ende 2004 mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt, nachdem es zuvor eine entsprechende zehnjährige Parlamentspraxis gegeben hatte.

Wir müssen bei der Analyse der Auslandseinsätze der Bundeswehr ihren besonderen Kriegscharakter herausarbeiten. Um welchen Typus von Kriegen

handelt es sich, die da geführt werden? Es sind keineswegs Volksbefreiungskriege, sondern imperialistisch-neokolonialistische im Rahmen einer globalen imperialistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrategie. Sie können nicht eine Befreiung von Völkern zum Inhalt haben, sondern die Aufrechterhaltung ihrer Versklavung. Diese internationalen Einsätze gehen nicht auf den plötzlichen Einfall dieses oder jenes Politikers zurück, sie gehen auch nicht auf den plötzlichen Einfall dieses oder jenes Generals zurück. Wir müssen zugrunde legen, dass kriegerische Einsätze als Fortsetzung vorheriger politischer Bestrebungen der maßgebenden Klassen eines Landes zu werten sind. Obwohl Clausewitz noch keinen Klassenbegriff im Marxschen Sinn verwenden konnte, ist seine grundlegende Erkenntnis, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, in gesellschaftswissenschaftlicher Hinsicht stets zu berücksichtigen, auch bei den derzeitigen Auslandseinsätzen der Bun-Die ganze Täuschung und Absurdität dieser Auslandseinsätze kommt doch schon allein dadurch zum Vorschein, dass konfliktreiche Einsatzregionen angeblich befriedet werden sollen. Nun bestimmte aber Lenin die Politik als eine äußerst komplizierte Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens und bornierte Kommissköpfe, denen man jahrelang in Kasernen jedes eigenständige Denken ausgetrieben hat, sollen zu Friedensmissionen tauglich sein? Das sind arme Teufel, denen die Worte Frieden und Freiheit gänzlich fremd geworden sind und die sich ohne Anweisung von Vorgesetzten nicht mehr zurechtfinden, schon gar nicht in Auslandstaaten mit ihrer verwirrenden Sprachvielfalt. Ihr Auftreten als Friedenserzieher fremder Völker setzt doch voraus, dass sie und die Völker die gleiche Sprache sprechen oder wenn keine Sprachgleichheit vorliegt, beide Seiten ein und dieselbe Fremdsprache, hier böte sich die englische Sprache an, blendend beherrschen. Schon hier wird die ganze Arroganz der Imperialisten deutlich und ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Völkern, denen sie vom politischen Gehalt her keineswegs eine Aufklärung in Sachen Demokratie bringen können. Ein an der Leine des Imperialismus geführter Friedenssoldat - wie soll das gehen? In den Auslandseinsätzen der Bundeswehr geht es auch um die Stabilisierung bestehender Regime, die undemokratisch sind und Befreiungsbestrebungen von Völkern unterdrücken. Dies ist auch bei Einsätzen der Bundeswehr in Afrika der Fall. Was gibt die Propagandamaschinerie dieser Armee für Begründungen?

Bei der Bekämpfung von Flüchtlingen im Mittelmeer gibt diese an, sie gehe gegen kriminelle Schleusernetzwerke vor und sichere die Seewege. Ihr Ein-

satz in Mali, das im westlichen Afrika liegt, soll als Stabilisierungs- und Ausbildungsmission verstanden werden. Am Horn von Afrika ist die Bundesmarine im Einsatz, um internationale Seewege zu kontrollieren. Ein weitere Einsatzgebiet ist der Südsudan. In diesem Fall wird von einer Unterstützungsmission gesprochen. Ebenso bei dem Einsatz in der westlichen Sahara. Auch wird nach Angabe der Propaganda die Einheitsregierung in Libyen unterstützt, hier werde bei ihrer Stabilisierung in den Sektoren der Verwaltung, der Wirtschaft und in Sicherheitsbereichen geholfen. Auslandseinsätze der Bundeswehr finden also in Mali, am Horn von Afrika, im Südsudan, in der Westsahara und vor der Küste Libyens statt.

Ein paar kurze Ausführungen zu den einzelnen afrikanischen Einsatzgebieten:

Mali ist ein Binnenstaat mit zirka 20 Millionen Einwohnern, 1960 von Frankreich unabhängig geworden, sein Regierungssystem ist an das französische angelehnt. Mali ist ein armes, aber rohstoffreiches Land. Es gibt dort Gold, Uran, Bauxit, Phosphate, Eisenerze, Blei und Zink. Und es wurden Erdöllager entdeckt. Eine besondere Rolle spielt auch die Entdeckung von Erdöllagern, denn es ist mit Beteiligung eines deutschen Firmenkonsortiums der Bau einer Trans-Sahara-Pipeline geplant, durch die Erdöl und Erdgas u. a. auch aus Nigeria quer durch die Sahara über Algerien, über das Mittelmeer und über Italien nach Mitteleuropa gepumpt werden soll, was den Schiffstransport beenden würde. Wie ich aus einem Text einer geplanten Rede entnehme, den mir Frank zugeschickt hat, würde das den Vorteil mit sich bringen, dass Erdgas zum Beispiel nicht mehr wie beim Schiffstransport aufwendig verflüssigt werden muss. Ob nun am Horn von Afrika, im Mittelmeer oder in Mali, im Südsudan, in der Westsahara, immer geht es den deutschen Imperialisten um die Sicherung von Wirtschaftsadern und Handelswegen und der politischen Festigung reaktionärer Regime. In Mali und in der Sahelzone gehe es um die Einheit des Landes und um seinen Frieden. Für diesen Einsatz hat der Bundestag eine Obergrenze von 1 100 Soldatinnen und Soldaten festgesetzt, das Parlamentsmandat erlaubt auch den Einsatz von Waffen, auch Drohnen vom Typ Heron, angeblich unbewaffnet, und Spähpanzer vom Typ Fennek. Die Bundeswehr beteiligt sich hier im Rahmen eines UN-Einsatzes, der abgekürzt MINUSMA genannt wird (United Nations Multidimensional Integrated Stabilisation Mission in Mali). Die Bundesluftwaffe beteiligt sich auch an der Luftbetankung französischer Flugzeuge. Ziel ist nach Angaben der Bundeswehr die Sicherung des Friedens. Der Kommandoführer ist seit dem 23. März 2021 ein Oberst Rittelmann. Die deutsche Beteiligung an der United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA-Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali) ergänzt das deutsche Engagement bei der von der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM: European Union Training Mission Mali. Die von internationalen Ausbildern der European Union Training Mission Mali (EUTM European Union Training Mission) trainierten malischen Sicherheitskräfte werden unter anderem im Norden Malis zur Stabilisierung und Wiederherstellung der staatlichen Integrität eingesetzt. Der Großteil des deutschen Einsatzkontingents ist im Camp Castor in Gao im Nordosten des Landes stationiert. Deutschland stellt aber auch Personal für das UN-Hauptquartier und den Materialumschlagpunkt in Bamako. In Niamey, der Hauptstadt des benachbarten Niger, unterhält die Luftwaffe einen Lufttransportstützpunkt für Material- und Personaltransporte und die medizinische Versorgung von Verwundeten.

Sudan ist ein Staat mit Zugang zum Roten Meer. Das Land hat 42 Millionen Einwohner und ist am 1. Januar 1956 von England unabhängig geworden. Der am 30. Juni 1989 durch einen Militärputsch an die Macht gekommene General al-Baschir wurde am 11. April 2019 durch einen Militärputsch gestürzt und die Militär- und die Zivilverwaltungen haben sich auf eine Übergangsregierung geeinigt. Der Sudan verfügt über die Bodenschätze Eisen, Marmor und Gold. Zu betonen sind immer die Bodenschätze und Rohstoffe und der Zugang zu ihnen, denn um deren rücksichtslose Ausbeutung zu Lasten der "Geberländer" und zu Gunsten des Kapitals geht es primär bei den sogenannten militärischen Hilfs- und Unterstützungsaktionen. In diesem Gebiet operierte die Bundeswehr ab 2005. Ab dem 9. Juli 2011 aber nur noch im Südsudan, denn dieser erlangte am 9. Juli 2011 seine Unabhängigkeit vom Sudan und ist sehr reich an Erdöl. Der Südsudan ist der jüngste Staat der Welt. Das Land wird nach der Verfassung parlamentarisch regiert und lebt in einem Spannungszustand zum Norden. Die Bundeswehr ist hier seit 2011 aktiv im Rahmen der UNMISS (United Nation Mission in the Republic of South Sudan) und stellt dieser Mission 50 Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung. Vorgegeben wird, die Bevölkerung zu schützen und Menschenrechte zu wahren.

Am Horn von Afrika ist die Bundesmarine in einer EU-Mission im Einsatz, die sich EUNAVFOR Somalia Atalanta nennt. Ihre Schiffe schützen die Konvois des Welternährungsprogramms für Somalia sowie See- und Handelsrouten und gehen vor der Küste Somalias gegen Piraten vor. Dieser Einsatz ab 2008 ist der erste maritime Einsatz der EU. Eingesetzt werden Seeaufklärungsflugzeuge vom Typ P-3C Orion. Es wird angegeben, dass Piraten Schiffe entführen und Lösegeld für die Freilassung der Passagiere fordern. Diese Piraten sind nicht vom Himmel gefallen, europäische Schiffe haben sie aus ihren Fanggebieten vertrieben und ihnen ihre Existenzgrundlage entzogen. Schiffe der Piraten werden zerstört. Abgesichert, so die Propaganda, werden die Haupthandelsrouten und die Fischereitätigkeit wird überwacht. Der deutsche Bundestag hat die Einsatzkräfte zum Einsatz von militärischer Gewalt berechtigt und am 27. Mai 2020 die Fortsetzung des Einsatzes bis zum 31. Mai 2021 durchgewunken. Die Obergrenze der Soldatinnen und Soldaten wurde auf 400 festgelegt. Zur Monsunzeit kann diese Zahl reduziert werden, da die Aktivität der Piraten bei dieser Wetterlage recht gering ist. Es ist aufschlussreich, welche Nationen neben denen aus der EU an EUNAVFOR mit Truppen und Schiffen beteiligt sind: Kolumbien, Montenegro, Neuseeland, Serbien und die Ukraine - eine Internationale des Imperialismus. Die deutsche Marine stellt seit Beginn der Operation Schiffe, wie zum Beispiel Fregatten, Einsatzgruppenversorger, Korvetten beziehungsweise Seefernaufklärungsflugzeuge vom Typ P-3C Orion zur Verfügung. Hinzu kommt das Personal im Unterstützungselement Atalanta, das den logistischen Abstützpunkt der Mission in Dschibuti und damit für die Kriegsschiffe einen "zweiten Heimathafen" im Einsatzgebiet betreibt. Das Hauptquartier der Operation befindet sich in der Rota Naval Base in Spanien und untersteht einem spanischen Admiral oder General.

Zum Einsatz auf dem Gebiet der westlichen Sahara: Hier liegt wiederum die Einbindung von Bundeswehrstreitkräften in einer UN-Mission vor, die abgekürzt MINURSO genannt wird. Das bedeutet eine Mission zur Vorbereitung eines Referendums über den Status der Westsahara. Überwacht wird der Waffenstillstand zwischen Marokko und der Frente Polisario, eine Rebellenorganisation, die in der westlichen Sahara operiert. Die Bundeswehr beteiligt sich seit 2013 mit bis zu vier Militärberaterinnen und Militärberatern an dieser Mission. Die Befreiungsbewegung Frente Polisario hat 1976 nach dem Rückzug der Kolonialmacht Spanien die Demokratische Arabische Republik Saha-

ra ausgerufen. Nach Jahrzehnten militärischer Konfrontation zwischen Marokko und der Polisario wurde 1991 ein Waffenstillstand zwischen den Parteien vereinbart und zu seiner Überwachung die Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un referendum au sahara occidental (MINURSO). (The United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara) ins Leben gerufen. Heute kontrolliert Marokko zu einem großen Teil die Westsahara. Ein Argument für die Beteiligung der Bundeswehr ist, dass der völkerrechtliche Status der Westsahara nach wie vor ungeklärt sei. Dieses Argument ist doch recht schwammig und irgendein völkerrechtlicher Status in der Westsahara geht der Bundeswehr überhaupt nichts an, um dort Steuergelder zu verprassen. Die politische Forderung kann nur lauten:

SCHLUSS MIT DIESEN VÖLKERRECHTSWIDRIGEN IMPERIALISTI-SCHEN EINSÄTZEN, EGAL WO AUF DER WELT UND SOFORTIGER RÜCKZUG AUS ALLEN OKKUPIERTEN GEBIETEN.

Für diese Forderung ist die Bundesswehrführung allerdings unempfänglich, die Bundesregierung muss angegriffen und gestürzt werden. Doch weiter mit der offiziellen Propaganda: Den Waffenstillstand überwachen, vertrauensbildende Maßnahmen unterstützen und die Minen- und Munitionsräumung kontrollieren – das sind die Hauptaufgaben der UN-Mission in der Westsahara. Maximal können 245 Personen in der Mission eingesetzt werden. Zurzeit sind 240 UN-Soldatinnen und Soldaten für MINURSO in der westlichen Sahara im Einsatz, darunter 214 als Militärbeobachterinnen und Militärbeobachter. Insgesamt nehmen gegenwärtig 38 Nationen an diesem Einsatz teil. Das Bundeskabinett beschloss am 16. Oktober 2013 den Einsatz der Bundeswehr in der Westsahara. Der Beschluss sieht die Entsendung von bis zu vier Soldatinnen oder Soldaten in das Einsatzgebiet vor. Da diese unbewaffnet sind, braucht der Einsatz keine Parlamentszustimmung. Während der Wechselphase kann die Personalobergrenze temporär sechs betragen. Das Abkommen gilt als unbefristet unter der Voraussetzung, dass das UN-Mandat verlängert wird.

Libyen, seit dem 24. Dezember 1951 unabhängig von Italien, hat 6,7 Millionen Einwohner. Nach dem Tod Gadafis, der 1969 während eines Auslandsaufenthaltes des Königs Idris durch einen Putsch an die Macht kam und am 20. Oktober 2011 erschossen wurde, zerfiel das Land in einen Bürgerkrieg, der bis heute andauert. Es gibt zwei Lager, eins mit dem Zentrum Tobruk, das von General Haftar beherrscht wird, und ein Lager mit dem Zentrum Tripolis,

das von Präsident Sarradsch als Chef einer Regierung, die sich Einheitsregierung nennt, beherrscht wird und auf dessen Seite die Bundesregierung steht. Eisen, Erdöl und Erdgas – das sind die wichtigsten Bodenschätze dieses am Mittelmeer liegenden Landes. Insbesondere vor der Küste Libyens patrouillieren Schiffe der Bundesmarine, um Flüchtlingsströme aus Afrika abzufangen. Es finden sich auf der Internetseite der Bundeswehr keine Hinweise für einen derzeitigen direkten Truppeneinsatz auf dem Territorium Libyens, aber der sozialdemokratische Außenminister Maaß fliegt nicht wegen nichts nach Tripolis zu Sarradsch. Die Bundeswehr war bei der Aktion UNSMIL bereits mit angeblich nur zivilen Kräften in Libyen aktiv gewesen.

Es wurden bis jetzt die derzeitig aktiven Einsätze in Afrika positioniert, es bleibt der Vollständigkeit halber noch die bereits abgeschlossenen Einsätze kurz in Form einer Liste zu benennen, es würde zu weit ausufern, konkret auf diese einzugehen:

Somalia: UNOSOM II und EUTM Son

Ruanda: UNAIR

Äthiopien und Eritrea: UNMEE

Demokratische Republik Kongo: ARTEMIS und EUFOR RD CONGO

Sudan: AMIS und UNMIS

Mali: AFISMA

Zentralafrikanische Republik: EUFORRCAR

Horn von Afrika: EUCAP Nestor

Liberia: UNMIL Libyen: UNSMIL Sudan: UNAMID

Es ist also aus den bisherigen Bundeswehreinsätzen in Afrika zusammenfassend herauszulesen, dass sie sich auf vier Kernaufgaben fokussieren: Die deutschen Imperialisten brauchen wie Imperialisten allgemein erstens sichere Handelswege, zweitens stabile Regimes, drittens den Zugang zu Rohstoffen, auch auf die, die von anderen imperialistischen Ländern bereits ausgebeutet werden und viertens die Eindämmung und Kontrolle von Flüchtlingsströmen.

Zur Umwandlung reaktionärer Kriege in fortschrittliche Bürgerkriege:

Sollten wir nicht die Auslandseinsätze der deutschen imperialistischen Armee als weit entfernt von uns empfinden, wie Goethe sagt, sie finden statt dort hinten in der Türkei, wo sich die Völker prügeln? Tangieren sie uns, wenn überhaupt, nur peripher? Wir haben ja im Laufe der bisherigen Darstellung bemerken können, dass die Zahl der eingesetzten prokapitalistischen, reaktionär ausgerichteten Truppen teilweise nicht sehr hoch ist. Aber es ist doch folgender Fall denkbar: Schon ein zahlenmäßig geringes Kontingent reicht doch aus, um spionagemäßig Informationen der vielfältigsten Art zu sammeln, die alle nur erst 'platonisch' militärischen Zwecken dienen könnten, auf diese zugeschnitten sind. Diese werden fein registriert. Die Bundeswehr zieht ab und nimmt die gesammelten Informationen mit. Die Weichen sind im Imperialismus auf Sturm gestellt, die Jagd der Imperialisten nach Rohstoffen nimmt ständig zu, aus Krisenregionen werden unvermeidlich hart umkämpfte Kriegsgebiete. Jetzt kommt das archivierte, im Safe gelagerte Wissen über die Regionen zum Einsatz. Erinnern wir uns an den britischen General Wellington, der am Vorabend der Schlacht von Waterloo am 17. Juni 1815 zu seinem Adjutanten sagte: 'Ich bin hier schon mal gewesen, ich kenne diese Gegend'. Das war gewiss kein Nachteil für den morgigen Tag. Die Schlacht fand am 18. Juni 1815 statt, eines der allerwichtigsten Daten in der Welt- und Militärgeschichte. Ihren Ausgang kennt jeder. Konkrete Ortskenntnisse, auch Fotos von Objekten, die auf Dauer stehen bleiben, als Orientierungspunkte dienen können, sind für operierende Generäle wertvoller als die mitgeführten Landkarten mit den eingetragenen Bodenschätzen.

Ohne Zweifel hängen die Kriegseinsätze der Bundeswehr mit den inneren Klassenkämpfen in der BRD zusammen und wir können an den politischen Positionen zu ihnen den Klassencharakter der Parteien ablesen: Befürworter in großbürgerlichen Kreisen, die an ihnen verdienen, und das geht tief bis in die volksbetrügerische SPD hinein. "Die deutsche Freiheit wird auch am Hindukusch verteidigt", sagte am 11. März 2004 der damalige Verteidigungsminister Peter Struck. Dieser Halunke hätte am 4. August 1914 vorbehaltlos für die Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden gestimmt und Rosa Luxemburg hatte Recht, als sie die damaligen deutschen Sozialdemokraten als die größten Halunken der Weltgeschichte bezeichnete. Sie sind es auch heute. Leider zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder, dass die offiziellen sozialdemokratischen Parteien direkt und massiv an der Unterdrückung revolutionärer Bestrebungen des Proletariats beteiligt sind, dass sie sich auf die Seite ihrer Bourgeoisie und deren Regierung stellen. Die Parteien, die im Bundestag die Einsätze gutheißen, und die SPD ist kräftig dabei, sprechen sich für die

Verewigung imperialistischer Unterdrückung der besetzten Nationen aus. Die deutschen Sozialdemokraten denken an die soziale Revolution in diesen Ländern nur insofern, als sie dieser die Beine wegschlagen wollen. Es ist eine weitere Art der Bewilligung von Kriegskrediten in anderer "moderner" Form zur Ausplünderung von Bodenschätzen. Der perverse und widerwärtige Opportunismus der deutschen sozialdemokratischen Partei hat sich in einen neokolonialen Sozialchauvinismus erwachsen, denn die bewaffneten Einsätze der Bundeswehr im Ausland tragen ohne Zweifel einen verbrecherischen Charakter. Jeder Sozialist, der noch bei Trost ist, kann sich nur angewidert abwenden. Wenn ich einen Slogan aus der 68er Studentenbewegung abwandeln Armeeführung, Parlament und Bundesverfassungsgericht sind ein Gangstersyndikat. (Damals hieß es: Polizei, Justiz, Senat sind ein Gangstersyndikat). "In Wirklichkeit treiben die Sozialchauvinisten eine antiproletarische, eine bürgerliche Politik ...". (Lenin, Sozialismus und Krieg, Dietz Verlag Berlin, 1971,15). Sie helfen bei den Militäreinsätzen dem Vorteil des Profits der Kapitalisten. Es ist hier nur kurz auf die ökonomische Basis und auf den ideologisch-politischen Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus einzugehen. Sie ergeben sich aus den Interessen einer ganz geringfügigen Schicht von privilegierten Arbeitern und Kleinbürgern, die ihre privilegierte Stellung, ihr "Recht" auf Brocken vom Tische der Bourgeoisie verteidigen, "auf Brocken von den Profiten, die 'ihre' nationale Bourgeoisie durch die Ausplünderung fremder Nationen ... einstreicht" (a.a.O.,19f.). Ideologisch-politisch läuft es auf eine Zusammenarbeit der Klassen hinaus an Stelle des Klassenkampfes. Alles wird theoretisch vom Marxismus akzeptiert ausgenommen die Anwendung revolutionärer Kampfmittel in der Praxis. Die Waffen des revolutionären Kampfes werden weggeworfen. Vergessen sind die Worte aus dem Manifest, dass der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft zu sprengen ist.

Es gibt zudem ein Gerede über eine Reduzierung der eingesetzten Truppenkontingente, es gibt blindäugige pazifistische Positionen, die in einer Klassengesellschaft die Arbeiter und Bauern eher verwirren denn aufklären, denn sie behaupten, dass man die Armeen und den Krieg abschaffen könne, ohne die Klassen abzuschaffen. Als ob es einen friedlichen Imperialismus geben könnte! Der Pazifismus geht einfach immer über die Klassen hinweg und erweist sich immer als unfähig, zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu interscheiden. Die Anarchisten erweisen sich als unfähig, den Krieg in seiner Besonderheit (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren. In der Komplexität von Krieg und Frieden kämpfen marxistische Revolutionärinnen und Revolutionäre stets legal und illegal für die Niederlage der eigenen Regierung. Es ist nicht ausgemacht, ob der Krieg der imperialistischen Regierungen auch als Krieg dieser Regierungen enden werde. Was bedeutet es, wenn Lenin im August 1915 in seiner Broschüre "Sozialismus und Krieg" betont, dass die Geschicke der Kolonien durch den Krieg auf dem Kontinent entschieden werden? (Vergleiche a.a.O.,11). Das bedeutet 106 Jahre später, dass der Imperialismus auf dem europäischen Kontinent von den legal und illegal operierenden Avantgarden der Proletarier und armen Bauern und den Massen der Proletarier und der armen Bauern zerschlagen werden muss, wobei die Differenzen unter den Imperialisten auszunutzen sind. "Die Sozialisten haben den Kampf unter den Räubern auszunutzen, um sie allesamt zu beseitigen" (a.a.O.). Die Marxisten-Leninisten, die in allem den Klassenkrieg zugrunde legen, orientieren sich nicht abseits der blutigen Weltstraße des Krieges, sie kämpfen entlarvend gegen die Sozialpazifisten und Entwaffnungsanhänger und wandeln den imperialistischen Krieg in bewaffnete Aufstände und in fortschrittliche Bürgerkriege im Geiste des Internationalismus um. Es gilt also das bekannte Wort von Karl Liebknecht, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht. Wie effektiv könnten wir im Falle einer Niederringung der imperialistischen Kräfte hier vor Ort die Befreiungsbewegungen in Afrika und auf den anderen Kontinenten mit technisch hochentwickelten Waffensystemen unterstützen, die den einheimischen in den Händen von Despoten und pseudodemokratischen Regimes liegenden weit überlegen sind. Also wird die auf dem Kontinent in einem oder in mehreren Ländern siegreiche Arbeiterklasse nicht nur Instrukteure in die weniger entwickelten Länder schicken, sondern natürlich auch sehr gut ausgebildete Soldaten, die aktiv am Befreiungskampf teilnehmen werden, denn "die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände". (Karl Marx, Friedrich Engel: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke Band 4, Dietz Verlag, Berlin, 1960,493).

Der deutsche Imperialismus ist im Hinblick auf seinen Einfluss in den afrikanischen Ländern im Vergleich zu anderen imperialistischen Mächten wie Großbritannien, USA und China klein. Dennoch versucht der deutsche Impe-

rialismus auch seinen Einfluss in Afrika zu erweitern, entweder durch die Präsenz der Bundeswehr oder durch die ökonomische Ausbeutung.

Auf der Suche nach Möglichkeiten, seine gigantischen Profite gewinnbringend anzulegen, bietet die BRD nicht nur Kredite mit entsprechenden Zinsen an, sondern bemüht sich auch in verschiedenen afrikanischen Staaten Produktionsstätten aufzubauen oder landwirtschaftliche Flächen zu kaufen. In Afrika stehen mit seinen 55 Staaten und über 1 Mrd. Menschen billige Arbeitskräfte zur Verfügung, die die Profite der BRD erhöhen. Der afrikanische Kontinent hat große Vorkommen an Rohstoffen, wie Erdöl, Coltan, Diamanten, Gold, Kakao, Edelhölzer und Kupfer. Um deren Kontrolle und Ausplünderung ist der deutsche Imperialismus bemüht und konkurriert hierbei mit anderen imperialistischen Staaten. Angesichts der Überproduktionskrise des Kapitalismus ist der deutsche Imperialismus auf der Suche nach neuen Absatzmärkten für seine Warenproduktion. Hierzu schreibt die GWS-Mitteilung 2018/02:

"Deutschland konnte spätestens seit der Einführung des Euros Anfang der 2000er Jahre stark vom Außenhandel profitieren." Aber: "Afrika spielt ... eine marginale Rolle für den deutschen Export. Lediglich 2% der gesamten Exporte Deutschlands werden nach Afrika geliefert." Dennoch habe sich der Export nach Afrika erhöht, insbesondere nach Nord und Südafrika (Quelle: http://www.gws-os.com/downloads/GWS-Kurzmitteilung_2018_02.pdf, S. 1-2)

Auch wenn die GWS-Mitteilung schreibt, dass die "Exportbeziehung Deutschlands zu Afrika ... volumenschwach (ist)" ist, ist Afrika perspektiv ein Wachstums- und Absatzmarkt, "der allein durch seine Bevölkerungsstärke und der dahinterstehenden potenziellen Konsummöglichkeit von Interesse sein müsste". (ebenda, S. 6).

Deutschland exportierte 2016 Waren im Wert von 24,6 Milliarden Euro nach Afrika. Das sind knapp drei Prozent weniger als im Vorjahr, jedoch mehr als doppelt so viel wie noch 2009. (Quelle: https://www.safri.de/fileadmin/DIHK_SAFRI/Dokumente/SAFRI_MehrWirtschaftmitAfrika_2 017.pdf)

2017 wurde der "Marshallplan für Afrika" vom Entwicklungsministerium entworfen (Quelle: https://www.bmz.de/de/laender/marshallplan-mit-afrika). So ist im vierjährigen Bilanzbericht zu entnehmen: "Gemeinsam mit der

Weltbank und weiteren Partnern unterstützt Deutschland besonders reformorientierte Länder in Afrika dabei, ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern und so attraktiver für private Investoren zu werden. Denn nur mit einem starken Engagement der Privatwirtschaft können genügend Jobs für die wachsen-de Bevölkerung geschaffen werden. Die Privatwirtschaft investiert vor allem in Ländern, in denen stabile und berechenbare wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen herrschen." (Quelle: https://www.bmz.de/ resource/blob/60280/ebd4312d333e4d68148d4fa5e983f29e/20210406_Bilanzbr oschuere% 204% 20Jahre% 20Marshallplan barrierePDF FINAL.PDF, S. 5)

12 afrikanische Staaten (u. a. Ghana und Tunesien) sind an diesem "Marshallplan" beteiligt. Was euphemistisch als "reformorientierte Länder" genannt wird, heißt aus der Logik des deutschen Imperialismus, dass es sich um Staaten handelt, die sich der Knechtung durch den Imperialismus beugen. Tunesien wird als "Hoffnungsträger des arabischen Frühlings" bezeichnet (S. 8) und Ghana als wichtiger Stabilitätsanker und Wertepartner (S. 7). Insgesamt wurden Entwicklungsinvestionsfonds von bis zu einer Mrd. Euro angesetzt (S. 5).

Bei dieser Hinwendung zu Ländern in Afrika geht es angeblich um "Kooperation auf Augenhöhe" und "Entwicklungshilfe". Bewusst werden einzelne Vorzeigeprojekte, meist für kurze Zeit, aus dem Boden gestampft, die als Werbekosten vom Profit abgezogen werden. Imagepflege nennt man das. Der deutsche Imperialismus will sich als guter Imperialismus profilieren, dem man angeblich vertrauen kann, weil er angeblich ja nur Gutes will. Real geht es aber um ein riesiges Ausbeutungsfeld, das die deutschen Imperialisten dort ausgemacht haben: ungeheures wirtschaftlichen Potential, riesiges Potential an Arbeitskräften, neue Absatzmärkte etc. Mit ihrer demagogischen Helfer-Masche wollen sich die Sachwalter des deutschen Monopolkapitals vor allem auch gegenüber der imperialistischen Konkurrenz als die besseren Partner darstellen, denen es angeblich nicht wie den Konzernen aus den USA, Frankreich oder Großbritannien nur um kurzfristige Profitmaximierung ginge, sondern um "Gleichberechtigung". Die Realität bewiest, wie gleich zu zeigen sein wird, das Gegenteil.

Weiterhin eignen sich verschiedene Regionen Afrikas dafür alle möglichen Arten von Giftmüll zu entsorgen, ohne Rücksicht auf Natur und Menschen nehmen zu müssen. Die Unicef schreibt z. B., dass "allein aus Deutschland

nach UNO-Schätzungen jährlich etwa 100 000 Tonnen Elektrogeräteschrott nach Afrika exportiert" Dabei treten dann Schadstoffe wie Blei, Kadmium, Zink, Chrom, Nickel und andere Chemikalien frei, die gesundheitliche Folgen für die Müllarbeiter haben. (Quelle: https://www.unicef.de/ informieren/aktuelles/foto-des-jahres/wettbewerb-2011)

All dies erfordert, dass politische Einflussnahme des deutschen Imperialismus in den verschiedenen Staaten Afrikas organisiert wird, dass ökonomisch in Infrastruktur, Produktionsstätten, dortige Militärs und Polizei, Berufsausbildung usw. investiert wird.

Diese ökonomische Investition des Imperialismus in Afrika sorgt aber auch dafür, dass dort eine Arbeiterklasse gebildet wird. Derzeit beuten ca. 741 deutsche Unternehmen Arbeitskräfte in Afrika aus (Quelle: https://www.subsahara-afrika-ihk.de/blog/tabelle/unternehmen/)

Einige Beispiele seien erwähnt:

Noch unter dem rassistischen Apartheid-System in Südafrika begannen VW, Mercedes und BMW in Südafrika Autos zu produzieren. Heute beutet VW in seinem Werk in Südafrika ca. 5600 Arbeiter aus (Quelle: https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/volkswagen-vw-baut-geschaeft-in-suedafrika-aus/12246506.html) Immer wieder kommt es dort zu Streiks, zuletzt im Juli 2020, als Arbeiterinnen und Arbeiter im VW-Werk in Nelson Mandela Bay aus Protest gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit Corona selbstständig streikten (Quelle: https://www.rfnews.de/2020/kw30/selbstaendiger-streik-bei-vw-in-suedafrika)

Äthiopien wurde von der Textilindustrie entdeckt. Der größte Textilpark ist dort Hawassa. Der Textilpark mit 52 Fabrikhallen wurde von der äthiopischen Regierung seit Juni 2017 für ausländische Inverstoren zur Verfügung gestellt. Unternehmen wie H&M und PVH (Calvin Klein, Tommy Hilfiger), aber auch Produzenten aus Indien, China Sri Lanka u.a. Ländern lassen dort zu niedrigsten Löhnen produzieren. Im Hawassa Park arbeiten derzeit rund 25.000 Angestellte, die meisten Frauen, zu einem Lohn von nur 26 USD im Monat. Laut einer Studie des Äthiopischen Gewerkschaftsverbands Confederation of Ethiopian Trade Unions (CETU) benötigt eine Arbeiterin aber mindestens 146 USD, um allein zu überleben, mit einer Familie liegt der Mindestlohn noch höher. In Äthiopien gibt es keinen staatlich festgelegten Mindestlohn und

Arbeiterinnen dürfen sich nicht in Gewerkschaften organisieren. Dennoch streikten im März 2019 tausende von Textilarbeiterinnen. Quelle: https://femnet.de/fuer-frauenrechte/kampagnen/solidarityworks-unsere-arbeit-in-produktionslaendern/nachrichten-produktionslaender/1140-05-06-2019-streik-in-aethiopien.html

70% des weltweit geförderten Platins stammen aus Südafrika. Ein großer Teil davon wird nach Deutschland exportiert, vor allem für Abgaskatalysatoren in Dieselfahrzeugen, aber auch für sogenannte "Zukunftstechnologien" wie Brennstoff- und Solarzellen. BMW bezieht 90 Prozent des benötigten Platins bei einem "Tochterunternehmen" des britischen Bergbaukonzerns Anglo American in Südafrika. BASF kauft mehr als die Hälfte von der südafrikanischen "Tochtergesellschaft" des britischen Bergbauunternehmens Lonmin Platinum. Die Arbeitsbedingungen in den Minen sind brutal. Zwischen 2008 und 2018 sind über 1.000 Minenarbeiter unter Tage ums Leben gekommen. Der Lohn der Bergarbeiter reicht in der Regel weder für die eigene Existenz noch die ihrer Familien. Beispielhaft sei die Mine Marikana erwähnt. In der Nähe der Mine leben die Arbeiter in katastrophalen Bedingungen und ohne Sanitäranlagen, Strom und fließend Wasser. 40 Leiharbeitsfirmen beschäftigen etwa ein Drittel der Arbeitskräfte, die ohne Sicherheits- und Gesundheitsvorkehrungen in den Minen arbeiten müssen. (Quelle: https://www.brot-fuerdie-welt.de/fileadmin/mediapool/

2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse75-de-v10-Web.pdf)

Coltan enthält zwei seltene Metalle: Tantal und Niob. Tantal wird für die Produktion von Mobiltelefonen und Computerchips benötigt (die unentbehrlich sind für den Bau von Kriegswaffen aller Art). Niob dient der Herstellung von hitzebeständigen Bauteilen für Turbinen, Raketen, Düsenflugzeuge und Weltraumkapseln. Etwa 80% des Coltan-Vorkommens werden in der Demokratischen Republik Kongo, besonders an der Grenze zu Ruanda, vermutet. Auch etwa 60% des weltweiten Bardafs an Kobalt stammen aus dem Kongo. Kobalt ist wichtig für die angeblich so umweltfreundlichen Elektroautos. Der Bayer-Konzern ist weltweit führend beim Handel mit Coltan. In den Minen des Kongo arbeiten bis zu 2 Mio. "informelle Schürfer". Es gibt dort wenig industriell betriebene Minen, die direkt in der Hand von Konzernen der imperialistischen Länder sind und insgesamt nur wenige Menschen beschäftigen. Um unter den elenden Bedingungen zu überleben, fördern daneben viele Men-

schen – formell "selbstständig", de facto aber abhängig von großen Handelsund Industriekonzernen – auf eigene Faust Kobalt und Coltan in kleinen Minen. Es sterben tausende Menschen durch den Abbau dieser Minen. Verkompliziert wird die Lage dadurch, dass weite Regionen der Erzabbau-Gebiete von Milizen, Banditen, rivalisierenden Volksgruppen und Armeen der Kriegsparteien kontrolliert werden. Der anhaltende Konflikt zwischen den einzelnen Gruppierungen, der dem Krieg immer wieder neuen Zündstoff gibt, beruht vor allem auf der Kontrolle und dem Handel mit mineralischen Rohstoffen. Diese Situation nützt den Großkonzernen, da sie durch solche Stellvertreterkriege ihre ökonomische und politische Macht in der Region sichern, mit wenig Investitionen und ohne Auflagen bezüglich Umweltschutz, Gesundheit und Arbeitssicherheit für wenig Geld einige der wertvollsten Rohstoffe profitbringend erwirtschaften. An den direkten und indirekten Folgen der mörderischen Stellvertreterkriege um Rohstoffe und Einfluss zwischen 1996 und 2002 kamen im Kongo über 5,4 Millionen Menschen ums Leben. https://gegendiestroemung.net/wp-content/uploads/FB-Afrika.pdf https://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/2018/09/ und elektroautos-auskinderarbeit-kobaltabbau-im-kongo/)

Das sind nur einige wenige Beispiele der Machenschaften der deutschen Monopolkonzerne auf dem afrikanischen Kontinent. Die Liste ließe sich noch fortsetzen, so in der Kakao- und Kaffeeproduktion in Ghana und Uganda, der Pestizid-Produktion von BASF und Bayer und der Waffenexporte nach Ägypten und Algerien.

Quellen dazu: http://jugendhandeltfair.de/fileadmin/user_upload/pdf/2011-4_Ghana_Vom_bitteren_Kakao.pdf, https://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/2019/06/kinderarbeit-auf-kakaoplantagen-seit-fast-20-jahren-sperren-sichgrosse-konzerne-gegen-verbesserungen/,

https://www.fian.de/artikelansicht/2019-11-20-uganda-anhaltende-menschenrechtsverletzungen-infolge-der-vertreibung-zugunsten-der-kaffeeplantage-der-neumann-kaffee-gruppe/,

https://www.rosalux.de/publikation/id/42000/gefaehrliche-pestizide-von-basf-und-bayer?cHash=5df626756bdec3aeeb53bd1e1305c2a1,

https://www.aufschrei-waffenhandel.de/daten-fakten/ empfaengerlaen-der/aegypten/)

Die Daten deuten darauf hin, dass der deutsche Imperialismus seinen Einfluss in Afrika verstärken will. Gleichzeitig formiert sich nicht nur eine Arbeiterklasse auf diesem Kontinent, sondern auch eine, die sich zu organisieren lernt und Beginnt Widerstand zu leisten – wie es beispielhaft die streikenden Arbeiter in Südafrika und Äthiopien tun. In diesen Kämpfen hat sich immer wieder die Kampfkraft der proletarischen Klasse gezeigt, die in verschiedenen Ländern Afrikas zunehmend größeres Gewicht bekommt. Leider ist auch die kommunistische Bewegung in Afrika noch schwach, klein und zersplittert – hierfür liegen mir aber wohlgemerkt keine konkreten Daten vor und es wäre sicherlich hier interessant die Entwicklungen zu verfolgen.

Über Erziehung

Heinz Ahlreip: 1762 erschien "Emile" von Rousseau

1762 erschien der große Erziehungsroman Rousseaus, der "Emile", das größte Werk über Erziehung nach der 'Politeia' Platons, mit dem Erziehungsideal bzw. Ziel, dass Emile wie ein Wilder mit der natürlichen Güte des Menschen in den großen Städten leben soll. Er verlangt nach einem Apfel, aber die pädagogische Kraft bringt die Frucht nicht zum Kind, es wird zum Apfel gebracht, es soll selbst mit der Hand berühren, greifen, den Geruch des Apfels einatmen

Das ist ein erster Ausdruck polytechnischer Erziehung, der zur Liebe zur Arbeit, bevorzugt auf dem Lande, gemäß der Korrelation des Wachstums zwischen Hand und Hirn, die Selbsterkenntnis und Kenntnisse in sich reziprok steigernd kombiniert.

Wenn ein Kind hinfällt, soll es nicht aufgehoben werden, es soll selbst aufstehen. Kleine Kinder plärren, auf dass ihnen dieses oder jenes, das sie selbst nicht erreichen können, gebracht werde. Hier muss die Erziehung abbiegen, zu verhindern ist, dass bereits das Baby zum Tyrannen seiner Umgebung mutiert und den Erwachsenen diktiert. Das Kind soll lernen, sich selbst zu helfen.

Es ist eine Erziehung mehr durch Beispiele als durch Strafe. Zu verhindern ist, dass Émile ein künstlicher Mensch wird, der Erzieher muss ihn zu sich selbst

führen und ihn nicht für andere abrichten. In dem Roman "Nouvelle Héloise" lässt Rousseau Mme de Wolmar den Satz aussprechen, dass niemand einem anderen als Werkzeug dienen darf, da der Mensch dafür ein zu edles Wesen ist.

Durch den 'Emile' wurde die Pädagogik revolutioniert, Pestalozzi sah in ihm 1826 "eine höhere Natur", einen herkulesartigen Überwinder einer alten und einen Begründer einer neuen Pädagogik. Fortan sah man im Kind keinen kleinen Erwachsenen mehr, sondern dem Kind wurde sein Menschenrecht auf Kindheit und seine für Erwachsene unantastbaren Erlebniswelten wiedergegeben, die die sogenannte Zivilisation abgespalten hatte. So finden wir im "Contrat social" den Satz, dass die französischen Lehrer ihre Kinder so erziehen, dass sie durch Drill nur einmal im Leben glänzen, um dann nie wieder etwas zu sein.

Die Lehrer opfern - angeblich zum Wohl des Kindes - dessen kleine, gegenwärtige Welt zugunsten einer ungewissen Zukunft und gaukeln ein zukünftiges Glück vor, das zu erreichen für das Kind sehr unwahrscheinlich ist. Das Kindesalter, das eines mit Heiterkeit ausgefülltes sein sollte, ist eines des Schmerzes, der Tränen, der erhobenen Zeigefinger und der Bestrafungen. Das Kind wird um seines angeblichen Wohles willen gequält.

Von der Geburt an gilt das Kind als Staatsbürger und wird als solcher nach ihm äußeren Zwecken abgerichtet - es geht aber um die Ausbildung seiner inneren Anlagen, seiner Sinne.

Also kann Rousseau keiner geläufigen, staatlich ausgerichtete Pädagogik das Wort reden, sondern einer gegen den Strom schwimmenden. Seine Vorgaben sind noch heute äußerst problematisch für das pädagogische Establishment eines eingerenkten Systems, dessen Funktionalität auf Kosten der Kinder sich durchsetzt. Im Gegensatz zur Systemschule wird Emile nicht für bürgerliche Berufe und kapitalistische gesellschaftliche Rollen vorbereitet. Die Erziehung erfolgt nicht durch Belehrung, Beschämung und Bestrafung, nicht unter Druck von Zeitplänen.

Anmerkung 1: Vergleiche Hartmut von Hentig, Rousseau oder Die wohlgeordnete Freiheit, Beck Verlag, München, 2002. Zeit haben ist eines der großen Zauberworte gegenläufiger Erziehung. Anmerkung 2: Nebenbei bemerkt, im Vietnamkrieg pflegte der Vietcong zu sagen, die Offiziere der US-Imperialisten haben Uhren, wir haben Zeit.

Anmerkung 3: Die so genannte Zivilisation dagegen kennt kaum einen wichtigeren Hetzdruck als den, der unter dem Kommandowort steht: 'Zeit ist Geld'. Und so kommt Rousseau zu der schwerbeladenen, fast ungeheuren Aussage: "Junger Erzieher, ich lehre Dich eine schwere Kunst: Kinder ohne Vorschriften zu leiten und durch Nichteinwirkung alles zu erreichen". Was Rousseau im Grund sieht und kritisiert, ist der Umstand, dass die gängige Pädagogik Menschen nach den normativen Vorgaben der Ausbeutergesellschaft herstellen will.

Kuba

Gregor Lenßen: Trotz marktwirtschaftlichem Kurs gilt die Notwendigkeit der Solidarität

Hinsichtlich des marktwirtschaftlichen Kurses wurde bereits in offen-siv 12/2020 alles Notwendige gesagt. Die Signale sind gesetzt: die Planungsbehörden werden entmachtet, die Betriebe erhalten mehr Autonomie vom Plan, das Außenhandelsmonopol ist gebrochen, es entstehen private Unternehmen kleiner und mittlerer Größe. Daraus wird nach allen uns bekannten Kenntnissen einer Warenökonomie eine Eigendynamik entstehen, die immer mehr Bereiche miteinbeziehen wird, sodass auch weitere ehemalige Undenkbarkeiten fallen werden.

Es ist derzeit aber nicht exakt abzusehen, wie weit diese Prozesse bereits fortgeschritten sind. Die Revision der Planwirtschaft in der UdSSR erfolgte nicht in gerader Linie. Chruschtschow ging mit seinen wirtschaftlichen Abenteuern so weit, dass auf ihn erst eine Phase der Stabilisierung aber auch Stagnation folgen musste und erst Gorbatschow knapp 20 Jahre später sein Werk vollenden konnte.

Unabhängig davon sollte die Solidarität mit dem vom Imperialismus strangulierten Kuba niemals zur Debatte stehen, da auch Kuba selbst bislang seine

internationale Solidarität in keiner Weise angetastet hat. Während der Corona-Pandemie machten Kubas Ärzte ihrem guten Ruf weltweit wieder alle Ehre. Wir solidarisieren uns daher weiter bedingungslos mit Kuba und üben dabei solidarische Kritik an den Marktreformen, die absehbar zu zerstörerischen Folgen führen werden.

P.S.: Die Redaktion offen-siv schließt sich der hier vorgenommenen Orientierung an.

Besprechungen

Frank Flegel: Melodie und Rhythmus, 2. Quartal 2021, Thema: Irrationalismus und Wahn

Das Heft geht einem zurzeit sehr verbreiteten Phänomen nach: Dem Okkultismus, der Verschwörungstheorie, der Abkehr vom Wissen und der Hinwendung zum Irrationalismus und zum Glauben.

Ein paar Zitate. Es beginnt mit Hacks, der zur deutschen Romantik feststellte, "dass Wackenroder, Schlegel, Tieck, Novalis, Brentano und Co erstens schlecht abgekupfert hatten, nämlich britische Horrorgeschichten und gegenrevolutionäre Traktate, zweitens vom englischen Geheimdienst zu antifranzösischer ... Deutschtümelei angestiftet und von diesem finanziert worden waren sowie drittens ... etwas in Gang gesetzt hatten, was sich zu einem "geistigen Weltbrand" – Hacks nennt Schopenhauer, Nietzsche und Wagner – entfachen würde. ... Die Romantiker waren Impfgegner. Wer die Pocken bekämpfte, wollte aus ihrer Sicht ein "egalitäres Gelüst von Despoten" befriedigen.

Hacks nennt die Ästhetik der Romantiker "einfach die Ästhetik des bürgerlichen Zeitalters" und macht so auch die späteren Erscheinungen verständlich: Sie setzen der Wirklichkeit jedes beliebige Unwirkliche entgegen, erklären Träume zur Realität, die Verwirrung zur Untersuchung, das Innere zum Außen – und sind dabei sozialpsychologischer Wegbereiter des Faschismus. Schlegel formulierte beispielsweise: "Die Treue ist der Ehre Mark". (Melodie

und Rhythmus, 2. Quartal 2021, Arnold Schölzel, "Warum machen Esoterik, Okkultismus und Wahn regelmäßig Karriere?" S. 21)

Ende des 19. Jahrhundert tummelten sich "Goldmacher, Quacksalber, Wurmund Wundärzte, Magnetiseure und Taschenspieler auf den Marktplätzen". Das war die zweite Welle nach der Romantik. Eine dritte Welle ergab sich mit der Machtübergabe an den Faschismus. Nach 1945 war damit erstmal Schluss, allerdings blieben in der BRD die Faschisten weiterhin in Amt und Würden. Ein kurzes Aufflackern gab es als Begeliterscheinung der 68er-Bewegung. Nun haben wir die vierte Welle. "Pegida, Reichsbürger, Querdenker und deren Aufmärsche – auch von ähnlichen Bewegungen in anderen imperialistischen Ländern – zeigen, dass dieser `Basisirrationalismus´ sich ausbreitet. Die `Social-Media´-Konzerne sorgen für Beschleunigung." (ebenda, S. 22)

Soviel zur Geschichte. Auch sozialpsychologische Aspekte werden beleuchtete, z.B. zitiert Schölzel Theodor W. Adorno aus den "Thesen gegen den Okkultismus": Die objektive Realität erscheine den Menschen taub und undurchschaubar wie nie, daher suchen sie ihr "mit Abrakadabra Sinn zu entlocken" und "die Vernünftigkeit des Wirklichen, mit der es nicht recht mehr stimmt, durch hüpfende Tische und strahlende Erdhaufen" zu ersetzen. Und Schölzel weiter: "Die postmoderne Philosophie hält sich für pluralistisch, weil ja jeder Unfug mit Wahrheit gleichberechtigt ist. In der Politik haben Postmoderne und CIA seit den 80er Jahren auch in den damaligen sozialistischen Ländern Europas ganze Heerscharen von Wissenschaftlern, Journalisten, Künstlern und anderen Intellektuellen mit 'Pluralismus' besoffen gemacht. Hacks dazu: 'Das Trickwort Pluralismus hat einen genauen deutschen Sinn. Pluralismus, das bedeutet die Alleinherrschaft der schlechten Seite'" (ebenda, S. 23)

Das Leit-Thema des Heftes wird mit folgenden Artikeln durchgearbeitet: "Der reale Aberwitz", "Die Aura isch intakt. Warum machen Esoterik, Okkultismus und Wahn regelmäßig Karriere?", "Abneigung gegen die schwere Wirklichkeit", "Studien zum hypernormalen Charakter", "Utopische Negation", "Der Gott der Reichen" ("Armut ist Sünde – die Strafe Gottes für einen verkommenen Lebenswandel"), "Aufklärung statt Heilung", "Verneinung der Humanität. Anmerkungen zur Präsenz des Teufels im 21. Jahrhundert", "Paranoide Phantasien. Über das Spiel mit Angst, Verwirrung und Verunsicherung", "Einsturz des satanischen Lügengebäudes. Der antikommunistische Irrationalismus der kapitalistischen Vernunft in Kulturindustrie, Politik und Gesell-

schaft", "Esoterik als zweite Realität", "Die Lackschicht auf dem Kapitalismus".

Weitere Themen des Heftes u.a.: Erich Fried, Giesela Steineckert, Israel und der Antisemitismusvorwurf, Marx-Revival bei jungen Chinesen und selbstverständlich jede Menge Musikbesprechungen.

Sehr lesenswert und vor allem der Schwerpunkt des Heftes bringt wichtige Aspekte des Irrationalismus-Problems zur Sprache.

Melodie und Rhythmus, Verlag 8. Mai, Torstr. 6, 10119 Berlin, Abo-Service: Tel: 030/53635582, abo@melodieundrhythmus.com. Einzelheft: 6,90 Euro

Frank Flegel: "Chinas neuer Imperialismus" von Anton Stengl

Eine Neuerscheinung, die hoffentlich ein wenig Licht in das in der Linken und auch in weiten Teilen der kommunistischen Bewegung verbreitete Dunkel des Wunschdenkens vom sozialistischen Weg, auf dem sich China angeblich befände, bringen wird.

Zunächst die Kapitelaufteilung des Buches: "Die neue Seidenstraße", "Die Route über das Meer: Die Politik Chinas an Asiens Küsten", "Die Charakteristika des chinesischen Kapitalismus", "Stellungnahmen. Merkwürdige Ansichten: James Petras; Merkwürdige Ansichten: Vladimiro Giacché u.a.", "Die heutige Kommunistische Partei Chinas und ihre Ideologie", "Affirmative Kultur", "Falsche Freunde", "China und Corona".

Kurze Leseproben:

"Ist China sozialistisch? Schön wär's. Manche möchten gern daran glauben – auf diesen Standpunkt wird hier auch ausführlich eingegangen. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass China eine kapitalistische, ja imperialistische Großmacht ist. In diesem Kontext steht die "Neue Seidenstraße" als ein Vorhaben weltweiten Kapitalexports zur Ausbeutung von Arbeitskraft und Rohstoffen." (S. 8)

"Der Hafen von Piräus bei Athen wurde während der griechischen Finanzkrise 2009 von dem chinesischen Unternehmen COSCO (China Ocean Shipping Company) übernommen und ist der größte Container-Umschlagplatz im Mit-

telmeer. ... Was ist dagegen zu sagen? Wie macht man Gewinn? Durch Effizienzsteigerung (Rationalisierung, Automatisierung, Entlassungen) und Lohnsenkungen. Nach Aussagen der griechischen Hafengewerkschaft fanden Kürzungen bei Gehältern und Sozialleistungen statt, wurden Gewerkschafter entlassen, allgemein der Leistungsdruck erhöht. Auch in den oberen Etagen: Zuvor betrug das höchste Jahresgehalt 181.000 US-Dollar, 2012 dagegen bezahlte die COSCO in keinem Fall mehr als 23.300 US-Dollar. Ganz normaler Kapitalismus." (S.16)

"Die `Maritime Seidenstraße' verläuft von China in Richtung Süden, an der Küste Vietnams vorbei, dann direkt zur Straße von Malakka, der Meerenge zwischen Sumatra und Malaysia – dem unverzichtbaren Verbindungsweg zwischen dem Südchinesischen Meer und dem Indischen Ozean. Dort liegt Singapur, der zweitgrößte Hafen der Welt, an dem Chinas Staatsreederei COSCO Anteile besitzt. Zur Absicherung schlug China Indonesien vor, gemeinsam den Bau von rund 30 modernen Häfen entlang seiner Küste zu finanzieren. Auch in Kyaukpyu an der Küste von Myanmar, immer schon ein chinesischer Trabant, baut die Volksrepublik einen neuen Hafen und im benachbarten Bangladesch wird der Hafen von Chittagong erweitert und ein neuer Tiefwasserhafen in Sonadia angelegt.

Nächste Station ist Sri Lanka, dort hat China 2017 den Hafen von Hambantota zu 70 Prozent übernommen. Er soll zum Knotenpunkt des künftigen Warenverkehrs zwischen Südasien und Afrika werden.

Im Südwesten Pakistans hat die Volksrepublik in Gwadar einen Tiefwasserhafen errichtet – ihm ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Er wird über eine neue Eisenbahnlinie mit Chinas Region Xinjiang verbunden. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf umgerechnet 54 Milliarden US-Dollar – Gwadar soll ein Drehkreuz zwischen Ostasien, Arabien, Afrika und Europa werden. Indien verfolgt die Aktivitäten wegen seiner Sicherheitsbedenken und aus der Sorge heraus, eigene Häfen würden ins Abseits gedrängt, mit gehöriger Skepsis.

Einen kleinen Brückenkopf leistet sich China auch auf den Malediven: Der Ausbau des Flughafens und seine Verbindung mit der Hauptinsel Malé durch eine gewaltige Brücke wird von China sowohl finanziert als auch bautechnisch verwirklicht. Dann Ostafrika: Im tansanischen Bagamoyo vor der Insel

Sansibar entsteht ein supermoderner Tiefwasserhafen, eine Satellitenstadt, ein Flugplatz und ein Industriegebiet. Dieses 10-Milliarden-Dollar-Projekt wird von China und Oman finanziert. Mit chinesischem Kapital wurde auch ein Schienen- und Straßennetz vom kenianischem Hafen Mombasa zur Hauptstadt Nairobi finanziert. China hat sich im Gegenzug das Recht gesichert, für geschätzte 25,5 Milliarden Dollar nordöstlich von Mombasa den so genannten Lamu-Komplex zu bauen – einen riesigen Containerhafen mit 32 Liegeplätzen, angrenzenden Industriearealen und neuen Verkehrsverbindungen bis in den Südsudan und nach Äthiopien. Die nötige Energieversorgung wird durch ein Zwei-Milliarden-Dollar-Kohlekraftwerk gesichert.

Auf dem Weg zum Mittelmeer besitzt China seit Sommer 2017 auch einen militärischen Stützpunkt – Dschibuti, am Golf von Aden, direkt neben den Kriegshäfen anderer Großmächte. Es handelt sich um den ersten Einsatz der chinesischen Armee außerhalb der Heimat in ihrer Geschichte.

Ob man will oder nicht – bei dieser stichwortartigen Beschreibung der Schaffung eines neuen asiatisch-europäischen Handelsseeweges erinnert man sich an den alten britischen Kolonialismus – Queen Victoria, Britannia rules the waves – Gibraltar, Malta, Zypern, Somaliland, Indien...

Durch den Suezkanal gelangt man schließlich ans Ziel: Europa. Von Piräus und den italienischen Häfen die bereits Eigentum Chinas sind (u.a. Triest und Genua, F.F.), geht es weiter nach Westen: Etwa 2,5 Milliarden US-Dollar will Bejing in den Ausbau der Containerhäfen von Sines, Lissabon und Leixoes investieren: Portugal soll als globales logistisches Drehkreuz am Atlantik fungieren. Im Norden haben chinesische Firmen etliche Beteiligungen an Häfen, so etwa die COSCO an Rotterdam, die SIPG als Hafenbetreiber von Schanghai im belgischen Zeebrügge und CH Hutchison, ein privater in Hongkong ansässiger Konzern, in Rotterdam, Venlo, Duisburg, Felixstove, Gdynia und Barcelona.

Fast zwei Drittel der 50 größten Häfen der Welt sind entweder in chinesischem Beitz oder China hat Anteile daran.

Um das Thema Eigentum gleich vorweg zu nehmen: Wenn man von chinas Investitionen spricht, wer investiert denn eigentlich? Der chinesische Staat oder chinesische Privatunternehmen? Beispiel Afrika. Der linke Journalist Jörg Kronauer – der Chinas Politik verteidigen will – schreibt unter Berufung

auf den McKinsey-Bericht eines amerikanischen Beratungsunternehmens, 90 Prozent der chinesischen Unternehmen, die in diesem Kontinent arbeiten, seien Privatunternehmen." (S. 25ff)

So weit die Leseprobe. Zum Autor: Anton Stegl, geb. 1957 in Regensburg, studierte Philosophie in Neapel und Sinologie in München. 2015 ging er nach China, seit Anfang 2020 lebt er in Vietnam.

Das Buch ist ausgesprochen faktenreich, bezieht Unmengen ökonomischer Daten ein – und der Autor hat die Fähigkeit, diesen eigentlich ja etwas trockenen Stoff durchaus interessant und mitnehmend darzustellen. Das Beste aber ist: Er sitzt keiner Illusion auf, sondern sieht die Realität des chinesischen Kapitalismus klar und ungeschminkt. Ich kann das Buch nur empfehlen.

Anton Stengl: Chinas neuer Imperialismus. ISBN: 978-3-85371-483-6, 19,90 Euro, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft Wien, 2021, promedia@mediashop.at

Aus der Leser/innen-Post

Karsten Steimke: Für eine offene Debatte, was in Kuba derzeit passiert

Lieber Frank Flegel,

meine Zuschrift bezieht sich auf Ihre Veröffentlichung zu Kuba in der offensiv 10-2020. Ich selbst bin seit über 25 Jahren in der Solidaritätsbewegung mit Kuba aktiv. Das Bild eines sozialistischen Beispiels zu entwerfen wird zu einer Gratwanderung, wenn einem selbst immer mehr Eindrücke und Fakten begegnen, die bedenklich sind. Fidel Castro hat einmal gesagt: "Revolutionäre müssen ihre Ideen mutig zum Ausdruck bringen, ihre Prinzipien festlegen, so dass niemand getäuscht wird, weder Freund noch Feind." Ähnliche Äußerungen kennen wir auch von Luxemburg und Lenin.

Mit Ihrer Veröffentlichung haben Sie sich verdient gemacht dafür, dass eine offene Debatte darüber geführt wird, was in Kuba derzeit passiert. Ich verbrei-

te Hinweise auf Ihren Text, erhalte aber wenig Resonanz. Es ist leider so, dass die Soli-Bewegung eine gewisse Wagenburg-Mentalität entwickelt hat und alles scheut, was den Kubanern gegenüber als Kritik erscheinen könnte. Das ist das Problem für die Debatte hier bei uns.

Die Parallelen der heutigen kubanischen Situation zur Phase des Zusammenbruchs des europäischen Realsozialismus sind offensichtlich und das haben Sie in Ihrem Text sehr gut verdeutlicht. Die Argumente sind dieselben. Damals wie heute ist neoliberale Wühlarbeit am Werke. Mitte der 90er Jahre ist Fidel dem entgegengetreten und hat diese Entwicklung abgebremst. Er sah die Gefahren. Doch mit dem Abgang der revolutionären Generation werden die Karten neu gemischt.

Meines Erachtens herrscht in Kuba eine komplexe Gemengelage und ganz unterschiedliche Akteure versuchen, ihre eigene Agenda voranzubringen. Angefangen bei Leuten, die vermutlich aus den USA finanziert werden, sich aber nur sehr vorsichtig äußern, bis auf gelegentliche Ausrutscher. Solche Kräfte sehe ich u.a. im akademischen Feld. Das Krebsgeschwür des Neoliberalismus hat sich ja auch bei uns zunächst über die Universitäten verbreitet und ist nachfolgend in den Medien und in der Öffentlichkeit zu "Allgemeinwissen" oder zu dem geronnen, was man als "gesunden Menschenverstand" versteht. Das macht die Bekämpfung so schwierig.

Ähnliches geschieht in Kuba. Heute haben die Menschen Internetzugang und die Vergiftung durch das, was über die digitalen Kloaken einsickert, ist ein riesiges Problem. Das haben kubanische Medienmacher und Funktionäre uns gegenüber immer wieder unterstrichen.

Dann gibt es sicher Leute, auch in der Partei und den Massenorganisationen, die in dem, was Vietnam und China vorleben, Brauchbares zu entdecken glauben. Diese Länder werden ja auch hierzulande immer mehr unter Linken zu einem Orientierungspunkt. Das teile ich überhaupt nicht und auch in Kuba wird das zumeist bestritten. Doch auch dort ist es schwierig, offene Gespräche zu führen. Man vertritt einfach die offizielle Linie und ist damit auf der sicheren Seite. Hinter den Kulissen wird sicher heftig gestritten, doch man lässt das nicht nach außen dringen, was auch verständlich ist.

Viele Menschen in Kuba haben den Mangel an Gütern satt. Sie träumen von einer Konsumgesellschaft westlichen Strickmusters, deren Nachteile und Täuschungen sie nicht erkennen und sich auch keine Rechenschaft darüber ablegen, was sie im schlimmsten Falle zu verlieren haben. Die Einschränkungen der Corona-Krise haben solche Tendenzen sicher noch verstärkt. Schade, einen Fidel, der den Menschen den Kopf gerade rückt und sie durch Dick und Dünn mitzieht, den findet man nicht an jeder Ecke.

Derzeit will ich nicht so weit gehen, der gesamten Gesellschaft, der Partei oder auch nur einzelnen Repräsentanten direkte Verantwortung oder böse Absichten zu unterstellen. Dazu fehlt es noch an Evidenz, und Zersetzung ist ein schleichender Prozess. Vieles ist zur Zeit nur angedacht, die praktische Umsetzung steht in den Anfängen und die Mehrheit der Menschen kann die möglichen Konsequenzen noch nicht einschätzen.

Vielleicht haben Sie auf Ihren Text mehr Rückmeldungen erhalten von Menschen, die das auch beschäftigt. Ich würde diese Dinge gern mit anderen diskutieren und vertiefen. Leider schränkt die Corona-Krise derzeit die Möglichkeiten ein, aber vielleicht könnte man später ein Treffen, eine Veranstaltung oder ein Seminar organisieren.

Mit besten solidarischen Grüßen, Karsten Steimke

Lorenz, Mitglied der AG Sozialismus der KO: Eine Antwort an den Genossen Willi Franke

Als erstes Heft dieses Jahres brachte die offen-siv den Text "Die Akte Andropow" von Willi Franke heraus. Der Genosse hat es sich darin zur Aufgabe gemacht, das weit verbreitete Bild von Andropow als Retter des Sozialismus, der nur leider zu früh gestorben sei, zu entlarven und charakterisiert ihn stattdessen als Urverräter "der die den Sozialismus endgültig zerstörenden kapitalistischen Reformen und den Umsturz aller sozialistischen Regierungen in Europa vorbereitete und einleitete" (Franke, S.47). Dies argumentiert der Genosse vor allem über personelle Verstrickungen Andropows, seine Position zur relativen Eigenständigkeit der Betriebe und letztlich über die Rolle des von Andropow gegründeten Geheimdienstapparates "Luch" in der Konterrevolution.

Die Einschätzung in der kommunistischen Bewegung zur Ära Andropow, von der sich der Genosse explizit abgrenzt, ist diejenige von Roger Keeran und

Thomas Kenny. Die beiden US-amerikanischen Kommunisten schätzen in ihrer Niederlagenanalyse "Socialism Betrayed" das ökonomische Reformprogramm Andopows als grundverschieden von dem Gorbatschows ein (Keeran/Kenny, S.58). Wenn Andopow auch eine interessierte und teilweise zustimmende Haltung zu Dezentralisierungsexperimenten wie in Ungarn unter Kádar hatte, habe er die radikalen Dezentralisierungspläne wie unter Gorbatschow abgelehnt (ebd., S. 65). Sein Ziel wäre es viel mehr gewesen, unter anderem über Computarisierung das Planungssystem zu verbessern und mit besseren Kontrollmöglichkeiten dem Disziplinproblem und dem großen Schwarzmarkt entgegenzuwirken (ebd., S. 64).

Auch wir haben diese Position im groben übernommen. In unserem Artikel "30 Jahre Konterrevolution - die Sieger schreiben die Geschichte" heißt es: "In den Jahren 1982/83 bestand in der Sowjetunion unter Andropow die Möglichkeit eines Kurswechsels. Andropow hat an vielen Stellen den Revisionismus in der KPdSU, besonders in der Ökonomie, richtig erkannt und erarbeitete Konzepte zur erneuten Vertiefung der sozialistischen Verhältnisse" (KO, S.27).

Der Genosse spricht uns in seinem Text direkt an (S.5) und schreibt, dass er es schade finde, "dass die Kommunistische Organisation, die sonst eine solch tolle und saubere politische Arbeit betreibt, kritiklos dieses schwache Kapitel von Keeran/Kenny in "Socialism Betrayed" als Empfehlung zitiert." (Franke, S. 47).

Wir freuen uns über die klare und inhaltlich fundierte Kritik und müssen selbstkritisch zugeben, dass wir diese Position, wie es uns der Genosse vorwirft, unkritisch und vorschnell aus dem Werk von Kenny und Keeran übernommen haben. Diese Kultur von Kritik ist für uns Kommunisten ein hohes Gut, Grundlage jeder Klärung und sollte unbedingt gestärkt werden.

Daraus ergeben sich einige weitere Anschlussfragen. Man müsste die bestimmte Abgrenzung Andropows die Keeran und Kenny auf ökonomischem und politischem Gebiet von Gorbatschow vornehmen genauer prüfen. Dies betrifft auch die ähnliche Einschätzung der KKE, die die Zeit unter Andropow eher mit dem Kampf "gegen bürgerliche und reformistische Ansichten über den sozialistischen Aufbau […] sowie [der] Wachsamkeit gegenüber Sabotageaktionen des Imperialismus" in Verbindung bringt (KKE, These 19 KKE,

2011: Thesen über den Sozialismus, Quelle: http://anstoss-archiv.dkp-berlin.info/publikationen/k2_2011.pdf). Ebenso muss die Operation Luch und damit die Rolle einer organisierten Konterrevolution von oben gegenüber objektiven Problemen und materialistisch zu erklärenden revisionistischen Tendenzen im konterrevolutionären Prozess genauer untersucht werden."

Wir hoffen, dass wir uns auch in Zukunft mit einer lebhaften Kritik und Selbstkritik gemeinsam die Niederlage des Sozialismus, so wie auch die anderen großen Fragen der kommunistischen Bewegung, weiter erschließen und ein Verständnis dafür entwickeln wie der Sozialismus erfolgreich ein weiteres Mal aufgebaut werden kann - ohne in den Kapitalismus zurück zu fallen.

Lorenz - AG Sozialismus der Kommunistischen Organisation

Vitali Kovel: Fast überall unter Verbot

Lieber Frank, ich gratuliere Dir herzlich zum Tag der Befreiung.

Unsere Straßenversammlungen stehen fast überall unter Verbot. Unsere Taktik heißt zerstreut aufzutreten. Der eine Teil vor den Toren des Autowerkes, der zweite vor dem Eisenbahnpanzerzug, der dritte traf auf einem Bahnsteig einen "Zug des Sieges" mit alten Kriegstechnik usw. - alle Teile reichlich rotbeflaggt.

Es wurde auch der Grundstein zum Stalin-Zentrum gelegt. Zur "Ewige Flamme" war kein Zutritt, weswegen ich - wie viele andere Menschen auch - die Blumen am Lenin-Denkmal niederlegte. Dann nahm ich an einer internen Jugendversammlung teil.

Mit kommunistischem Gruß, Vitali Kovel, Gorkij

S.L., Pseudonym Kuckuck: Was genau heißt "Kampf um Demokratie"?

Diese Frage wurde im Heft 2-2021 gestellt. Hier der Versuch einer Antwort.

Ein Blick egal zu welchem historischen Ereignis zeigt, wann die Herrschenden und ihre Speichellecker von Demokratie reden bzw. von Diktatur schreien.

Man nehme sich z.B. einerseits das Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD von 1946 vor. Zwangsvereinigung? Klar doch – der Zwang war historisch und war demokratisch: einstimmig bei 548 Delegierten der SPD und 507 der KPD jeweils aus Ost und West.

Dann untersuche man andererseits die Hetze des Klassenfeindes und wie "demokratisch" die von den Besatzern eingesetzten Führer der West-SPD selbst mit Befürwortern von Gesprächen mit der KPD umsprangen – Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Rauswürfe bis hin zur Auflösung von zahlreichen Kreisverbänden. Der Besuch der Gedenkstätte Ernst Thälmann in Hamburg war mir dahingehend sehr lehrreich, ebenso Erzählungen in München über die Zeit der Aktionseinheit.

Ist eine politische Gleichheit überhaupt praktisch möglich, ohne ökonomische Gleichheit?

Täglich erfährst Du selbst, wofür nie Geld da ist, wofür immer Geld da ist, wessen Versammlungsfreiheit die derzeitige ist, wem der Staat Gemeinnützigkeit anerkennt und was eine Reisefreiheit wert ist, wenn man sie kaufen muss und sich nicht leisten kann. Eine Freiheit und ein Recht die erst gekauft werden müssen, machen jeden ohne Geld zum Unfreien und Rechtlosen. Schlimmer noch: das Geld ist die stärkste Mauer mit dem größten Todesstreifen – und zwar bereits für viele schon vor der Tür zum Supermarkt oder Arzt!

Genau so, wie es die von Georg Kreisler besungene "Meine Freiheit, Deine Freiheit" gibt, so gibt es auch "Meine Demokratie, Deine Demokratie". Schon Aristoteles unterschied vier verschiedene Arten davon und als gutem Sklavenhalter war ihm natürlich die der Reichen die einzig wahre. Heute haben wir sie in der Allianz von Regierung und Börse: Ein Gesetz oder Projekt – ein Aufsichtsrats- oder Beraterposten! Und in den Betrieben? Eine Aktie – eine Stimme!

Als schlechteste Demokratie sah Aristoteles die Diktatur der Mehrheit an. Was wünscht sich denn nun die Mehrheit hierzulande? Vermögenssteuer, Frieden, kostenlose medizinische Versorgung, bezahlbare Wohnungen ... da steht doch was im Manifest:

"Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

- 1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
- 2. Starke Progressivsteuer.
- 3. Abschaffung des Erbrechts.
- 4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
- 5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
- 6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.
- 7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
- 8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.

- 9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
- 10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw." (MEW 4/481f)

Laut zahlreichen Umfragen finden sich im Volk einzelne dieser 10 Punkte durchaus mehrheitlich wieder. Frommes Wünschen hilft nur nichts. Aufgabe der Kommunisten beim "Kampf um die Demokratie" ist es, den Weg zu weisen, auf dass der Wunsch zur Tat führt! Tun sie es nicht, dann folgen die Massen eben den Führern von Sozialdemokratie oder Faschismus auf dem Weg in die Barbarei.

Ergänzt wurden diese Punkte in der sozialistischen Tat u.a. um

- Zerschlagung des alten Staatsapparates
- Rätesystem, direkte Demokratie oder imperative Mandate
- Abstimmung der Arbeiter im Betrieb über Vorgesetzte, wer studieren darf usw. bis hin zur Überprüfung der Parteimitgliedschaft unter Beteiligung parteiloser Arbeitskollegen
- Planerstellung für die gesamte Wirtschaft und Verfassungsänderungen jeweils bei maximaler Volksbeteiligung
- Volksbewaffnung und Betriebskampfgruppen
- Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Beamter bei Facharbeiterlohn
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Annullierung der Staatsschulden
- Außenhandelsmonopol liegt beim Staat
- exklusive Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen zur Nutzung von Druckereien und anderen Pressemöglichkeiten, Wandzeitungen etc.

Wollen wir mal an diesen Punkten messen, inwiefern sich ein Land als demokratisch (in <u>unserem</u> Sinne) bezeichnen lässt? Und nicht nach dem üblichen Formalkram wie der Zahl der Parteien oder einer imaginären Gewaltenteilung? An obigen Punkten werde ich jedenfalls jeden messen, der allen Ernstes von der Verteidigung einer "Demokratie" hierzulande spricht … und ihn deutlich auffordern, bitte konkret zu werden, denn da liegt bekanntlich die Wahrheit. Und dann führt der Weg, wie schon in Heft 2-2021 geschrieben über Klarheit zur Einheit – oder eben zum Kampf. Was die Bündnispolitik betrifft, hat dies Lenin besser formuliert als ich es je könnte. Ein schöner Anhang wäre hier Werke Bd 25 S. 312 und 313ff.

Die Geschichte wird feststellen, dass in der BRD nicht alle das Recht auf freie Meinungsäußerung hatten, sondern mehr als eine Million Demokraten Berufsverbote erhielten. Deshalb zeichne ich mit "Kuckuck". Das Ei habe ich hiermit gelegt, mögen sich die Redaktion und Leser um das Weitere kümmern.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck Postvertriebsstück, DPAG, H 14360 Entgelt bezahlt